

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage: Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

erschint täglich.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle für jeden Raum 10 Wg. für politische und gewerkschaftliche Zeitungs- und Verbandsanzeigen 30 Wg. Kleine Anzeigen: das sechsgehaltene Wort 20 Wg. (zweiwöchentlich 2 sechsgehaltene Worte), jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Wg. jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigebriefe für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 28. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

2 1/4 Milliarden Militärausgaben.

Als wir vor einigen Tagen schätzungsweise die gesamten militärischen Ausgaben des Reiches für das Jahr 1914 auf 2.180.000.000 Mark veranschlagten, bemerkten wir, daß wir eher zu niedrig als zu hoch geschätzt haben dürften. Daß wir in der Tat zu niedrig geschätzt haben, ergibt die nachstehende genaue Berechnung, die wir auf Grund der inzwischen dem Reichstag zugegangenen Spezialtats aufgemacht haben. Ergibt sich danach, und zwar nach Abzug aller militärischen Einnahmen, eine Militärausgabe für das Jahr 1914 von annähernd 2 1/4 Milliarden Mark. Eine geradezu ungeheuerliche Summe, die zeigt, wie rettungslos das Deutsche Reich dem Militärischwahnsinn verfallen ist!

Unter den Einnahmen des Militarismus spielen die Verzinsungs- und Tilgungsraten der chinesischen Kriegsschadigung sowie der Erlös aus verkauften Festungsgrundstücken und Uebungsplätzen (Zempelhofer Feld) die Hauptrolle. Unter den Einnahmen haben wir natürlich die 393 Millionen aus dem Wehrbeitrag nicht mitgerechnet. Handelt es sich hier doch um keine Einnahmen aus eigentlichen Vermögensobjekten des Militarismus, sondern nur um eine einmalige Steuer. Ebensovienig konnten die im Etat des Reichsschatzamt aufgeführten Schuldentilgungen unter die Einnahmen gestellt werden, weil ja diese Tilgungen nach Absatz 2 des § 2 des Etatsgesetzes nur dann erfolgen können, wenn die Anleihe um den gleichen Betrag erhöht wird. Auch hier handelt es sich also keineswegs um wirkliche Einnahmen des Militarismus.

Zu den Ausgaben sei bemerkt, daß wir von der Schuldenverzinsung nur den Betrag von 150 Millionen als militärische Ausgabe in Anschlag gebracht haben. Von den 15.000.000 für den Kaiser-Wilhelm-Kanal haben wir in den Ausgaben nur 10.000.000 in Anschlag gebracht, weil der Kanal auch der Privatdampfschiffahrt dient. Ebenso haben wir von dem kaiserlichen Gnadenfonds in Höhe von 3 Millionen nur 1 1/2 Millionen für die militärischen Ausgaben in Anspruch genommen, sicher eher zu wenig als zu viel.

Einnahmen und Ausgaben sehen sich folgendermaßen zusammen:

Einnahmen:	
Eisenbahnverwaltung	
Ordentlicher Etat	
Erlös aus Militärfahrarten	840 000
Verwaltung des Reichsheeres	
Ordentlicher Etat	
Einnahmen für die Gemeinschaft ohne Bayern	14 253 131
Gesamtgemeinschaft	6 260 766
Reichsmilitärgericht	394
Marineverwaltung	
Außerordentlicher Etat	
Aus dem Erlös von Festungsgrundstücken	1 094 367
3 873 522	
Reichskolonialamt	
Verschiedene Einnahmen	1 465 299
Etat des Reichsschatzamt	
Ordentlicher Etat	
Verzinsung der chinesischen Kriegsschadigung	10 504 662
Zinsen des Reichsdarlehens aus Togo	246 501
Südwestafrika	1 404 410
Außerordentlicher Etat	
Kriegsschadigung auf China usw.	1 747 919
Rückhaltung auf Vorkasse	500 000
Allgemeiner Pensionsfonds	
	10 776
Allgemeine Finanzverwaltung	
Aus dem Hinterbliebenenversicherungsfonds	2 591 500
Gesamtsumme aller Einnahmen	45 645 905
Ausgaben:	
Auswärtiges Amt	
Für militärische Auslandsbevollmächtigte	213 460
Geheime Ausgaben	1 000 000
Reichsamt des Innern	
Unterstützung der Familien d. z. Friedensübung. Eingezog.	6 046 000
480 000	
Kaiser-Wilhelms-Kanal	10 000 000
Verwaltung des Reichsheeres	
Reichsmilitärgericht	871 805 789
538 711	
Verwaltung der Marine	
Zentralverwaltung für Kantschou	220 902 043
160 574	
Reichsschatzamt	
Kaiserlicher Gnadenfonds	1 500 000
Pensionszuschüsse	64 000
Unterstützungen für Invaliden	1 500 000
Weihlosen an unterstützungsbedürftige Kriegsteilnehmer	39 000 000
Zuschuß zu den Kolonien	30 000 000
Reichsschatzamt	
Ausgaben des Allgemeinen Pensionsfonds	150 000 000
für das Reichsmilitärgericht	97 317 248
129 655	
die Reichsmarine	12 125 290
Schugruppe	30 982
Aus der Expedition nach Ostasien für das Heer	2 397 900
die Marine	1 817 900
13 528	
Eiserne Kreuz-Ehrenzeichen	13 528
für ehemalige französische Militärpersonen	343 000
Invalideninstitute	336 456
Militärische Versorgungsgebühren	25 978 400

Allgemeine Finanzverwaltung	
Quote an Bayern	120 293 207
Rayonentschädigungsrenten	1 374 877
Einmalige Ausgaben:	
Quote an Bayern	32 418 720
Rayonentschädigungen	3 122 520
Eisenbahnbauten im Interesse der Landesverteidigung	5 715 920
250 000	
Militäretat	
Einmalige Ausgaben für das Reichsheer	344 823 048
die Marine	287 479 550
Allgemeine Finanzverwaltung	
Zuschuß zu den einmaligen Marineausgaben	29 410 000
Gesamtsumme der Ausgaben	
	2 248 498 678
Davon ab Einnahmen	45 645 905
Höhe der militärischen Ausgaben	2 202 852 773

2 1/4 Milliarden kostet uns also im Jahre 1914 unser Land. Wasser, Kolonial- und Luftmilitarismus, 2.202,8 Mill. Mark! Welche Unsummen sozialer und kultureller Leistungen könnten für diese ungeheuerlichen Beträge vollbracht werden. Da diese fabelhaften Summen aber für den kulturwidrigen Militarismus verausgabt werden, bleibt natürlich für Ausgaben im Interesse der sozialen Wohlfahrt und des Kulturfortschrittes nichts übrig. Nicht einmal Lumpige paar Duzend Millionen hat nach Ansicht unserer herrschenden Klassen das glorreiche Deutsche Reich übrig, um durch eine Reichsarbeitlosenversicherung auch nur das allergrößte Elend zu mildern, das unsere kapitalistische Wirtschaftsanarchie über die Kerkern der Armen gebracht hat! Soll doch nach der unwidersprochen gebliebenen Meldung einer halbamtlichen Korrespondenz auch die Reichsregierung den Standpunkt vertreten, daß „zurzeit“ die soziale Fürsorge ihren „Höhepunkt“ erreicht habe, der nicht überschritten werden dürfe. Für die Rüstungssteigerung hat man durch eine einzige neue Wehrvorlage vor wenigen Monaten ohne die geringsten Bedenken 1300 Millionen bewilligt; aber für eine Arbeitslosenversicherung auch nur den fünfzigsten Teil dieser Summe aufzuwenden, gilt unseren kapitalistischen Gesetzgebern als ganz unbilliges Zugeständnis an die grenzenlose Begehrlichkeit der Arbeiterklasse, deren „Kompottschüssel“ nun für absehbare Zeit gefüllt sein soll!

Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die wirklichen Aufwendungen des deutschen Volkes für den Militarismus noch viel höher sind, als sie selbst die Summe von 2 1/4 Milliarden darstellt. Rechnet man nun noch den Verlust an Arbeitsverdienst für die mehr als 800 000 Mann Soldaten mit 1000 M. pro Kopf hinzu, so kommt man schon auf weit über 3 Milliarden Jahresausgabe für unseren herrlichen Militarismus.

Was tut's? Leiden auch die Kulturaufgaben, so blüht doch der Weizen der Rüstungskapitalisten um so üppiger. Konnte doch allein die Firma Krupp 43 Millionen Jahresgewinn machen und 14 Proz. Dividende an die Aktionäre der Kanonenfirma, das heißt die Familie Krupp, verteilen!

Der Finanzkonflikt.

Paris, 25. November. (Eig. Ber.)

In seinem Leitartikel im „Vorwärts“ vom 1. Mai dieses Jahres schrieb Jaurès, daß den Genossen im französischen Parlament nach dem Kampf gegen die Verlängerung der Dienstzeit eine zweite große Schlacht bevorstehe: die um die finanzielle Deckung der neuen Ausgaben. Die Regierung werde gezwungen sein, eine Anleihe von über einer Milliarde und 400 Millionen neuer Steuern zu beantragen. Die Sozialisten würden sich bemühen, in dieser Finanzkrise die vollständige Umgestaltung des ganzen Steuersystems zu erringen.

Die Krise ist nun da, in größeren Dimensionen, als man erwartet hatte. Und die Regierung, statt eine Lösung vorzuschlagen, die wenigstens durch eine stärkere Inanspruchnahme der bestehenden Klassen der Staatswirtschaft dauernd Luft schaffen würde, kommt mit Projekten, die auf eine eines Vankrotteurs würdige Schiebung hinauslaufen und auch bei den Bürgerlich-Radikalen wie bei den nicht mit der Großfinanz verknüpften Konservativen entschiedenen Widerstand hervorgerufen haben. So scheint aus der finanziellen Krise eine politische zu erwachsen.

Das Abenteuer der Herren Barthou und Dumont spielt sich auf zwei Feldern ab: auf dem des Budgets und dem der Anleihe. Und die Minister wollen um jeden Preis verhindern, daß der Jaan, den sie zwischen beiden aufgerichtet haben, niedrigergerissen werde. Ihre rechte Hand weiß sehr gut, was die linke tut, aber das Publikum soll nicht wissen, daß die beiden Hände einander bei Taschenspielerstücken beistehen.

Als die Sozialisten während des großen patriotischen Nummels im Sommer die Frage aufwarfen, ob die bestehenden Klassen wenigstens die Kosten des dritten Dienstjahres auf sich nehmen würden, wie die des Deutschen Reichs die Kosten der Heeresvermehrung, erklärte Barthou feierlich, daß die Regierung sie entsprechend dem größeren Interesse an der Landesverteidigung, das ihnen ihre Situation gebe, in Anspruch nehmen würde. Das sah wie das Versprechen einer progressiven Besitzsteuer aus — denn die Einkommensteuer, die noch immer im Schoß des Senats das Tageslicht erwartet, soll nur die bisherigen direkten Steuern ersetzen. Das angekündigte patriotische Opfer aber nahm die Form einer Anleihe an, die der Staat bei den Massen der kleinen Spareter in Stadt und Land aufnehmen will. Eine Rent-

von 1300 Millionen soll aufgelegt werden, die Kleinbürger und Bauern werden ihre Sparbüchsen und Sparstrümpfe öffnen, die Großbanken und die Börsenwelt bei der Emission schon verdienen und der Staat seine Kassen füllen. Und das Opfer der Bestehenden? Nun — sie sollen die Zinsen und die Amortisationsquoten der in 30 Jahren rückzahlbaren Anleihe aufbringen. Die Regierung schlägt eine Erbschaftsteuer vor, die 70 Millionen jährlich einbringen soll. Der Gedanke ist großartig. Was haben die Proletarier noch zu maulen? Die Deckungsfrage geht sie jetzt nichts mehr an. Die Bestehenden machen das ganze Geschäft in sich. Seine sagt: „Wahre Dichter aus Genieland zahlen bar, was sie verzehren.“ Die Barthou und Dumont beweisen ihre Genialität umgekehrt dadurch, daß sie das, was sie verzehren, gratis aus der Luft holen. Es ist ein modernes Tischlein, deck dich!

Aber das Tischlein hat noch einige Geheimfächer. In dem einen könnte die Erbschaftsteuer verschwinden. Die Regierung verbürgt nämlich gar nicht, daß diese Steuer wirklich zur Verzinsung und Amortisation verwendet werden würde. Einerseits wäre es möglich, daß der Staat die 70 Millionen zu anderen Zwecken braucht, andererseits, daß sich die kapitalistischen Parlamentarier, sobald sie erst einmal die Anleihe unter Dach haben, die ganze Geschichte mit dem patriotischen Opfer — auch in der Miniaturausgabe — überlegen. Die Verbindung von Anleihe und Erbschaftsteuer im Gesetz festzulegen, lehnt die Regierung einträchtig ab. Frankreich ist doch nicht die Türkei, daß es das Vertrauen zu seinem Kredit durch Steuerpfänder sichern sollte! Die ganze Börse wiederholt dieses Schwindelargument im Chor. Als ob es sich darum handelte, den Gläubigern eine Sicherheit zu bieten und nicht der schuldenenden Nation — darüber, daß die Zinsen nicht aus den Taschen der Ärmsten genommen werden. Aber die Regierung hat aus der Loslösung der parlamentarischen Erledigung der Anleihe von der der Erbschaftsteuer eine Vertrauensfrage gemacht. Die erste ist dringend, die zweite kann warten. Die Budgetkommission ist nicht dieser Meinung.

Sie widersetzt sich der Regierung noch in einem wichtigeren Punkt. Sie will nämlich eine Anleihe von nur 900 Millionen gewähren, statt der geforderten 1300. Warum will die Regierung gerade 1300? Die Erklärung stellt an die Phantasie der Bürger keine geringeren Ansprüche als an ihre Leichtgläubigkeit. Auch nach den Grundrissen der bürgerlich-soliden Staatswirtschaft sollen durch Anleihen nur außerordentliche Ausgaben gedeckt werden, ordentliche, sich wiederholende dagegen durch die budgetären Einkünfte. Außerordentliche Ausgaben aber waren durch die Vorlagen vom 27. Februar und 19. Mai 1913 begründet worden. Die erste forderte Rüstungsverfälschungen im Betrag von 420 Millionen, die zweite die durch Zurückbehaltung des dritten Jahrganges notwendigen Ausgaben, Kasernenbauten und -restaurierungen, Bekleidung der Soldaten, Pferdekäufe usw. inbegriffen — im ganzen 440 Millionen. Von diesen 440 Millionen wurden 234 bewilligt und ausgegeben. Der Kriegsminister aber bekennt jetzt, daß er mit den übrigen 206 sein Auskommen nicht finden kann. Die verschiedenen Militärlieferanten haben nämlich die Verwaltung ganz schamlos über Ohr gehauen. Die Patrioten sagen freilich, an den Mehrkosten seien die Sozialisten und ihre Bundesgenossen im Kampf gegen die dreijährige Dienstzeit schuld, namentlich weil sie die Annahme des Gesetzes verzögert hätten. Der Kriegsminister fordert 145 Millionen mehr. Das wären also im ganzen 585 Millionen, und mit den 420 für die Verpflegung und Beschleunigung der Rüstung ergäbe das einen außerordentlichen Aufwand von über einer Milliarde.

Beziffert die Kriegsverwaltung ihre — im Lauf von 1913 und 1914 — zu liquidierenden Ausgaben für das dritte Dienstjahr mit 585 Millionen, ist sie dafür merkwürdigerweise mit ihrem Anspruch für die Rüstungsverfälschung von 420 auf 300 Millionen zu rückgegangen. Das darf man nun nicht etwa so auffassen, als ob wirklich um 120 Millionen weniger für Kanonen, Festungsbauten usw. ausgegeben werden sollten. Im Gegenteil, es werden ganz sicher bedeutend mehr verpulvert werden. Vermutlich ein paar hundert Millionen und die Marine wird sich auch melden. Aber der Kriegsminister will die Dosen so abmessen, daß sie den Patienten nicht gleich umbringen. Deshalb sollen bis 1914 nur 300 Millionen ausgegeben werden.

Das ergäbe also — wenigstens nach der zweifelhaften Budgetmathematik — rund 900 Millionen außerordentlicher, durch die Anleihe zu deckender Ausgaben. Wie kommt die Regierung nun zur Forderung von 1300 Millionen? Hier bekommt die Phantasie ihre Aufgabe. Es wird ihr nämlich zugemutet, sich vorzustellen, daß 400 Millionen, die in Marokko ausgegeben worden sind, erst ausgegeben werden müßten. Das Parlament soll sie bewilligen und die Regierung wird sie in ein „Vorratsskonto“ tun — eine total erschöpfte Kasse, die dazu gedient hat, das Defizit zu verschleiern.

Man bewundere nun das Finanzgenie der Barthou und Dumont! Mittels der Anleihe bezahlt man die „Schuld“ des Staates an das Vorratsskonto und das Vorratsskonto kann in Zukunft wieder dem „ordentlichen“ Budget aufhelfen. Fünf Minuten, bevor die 400 Millionen in das Vorratsskonto gelegt werden, sind sie ein „außerordentliches“ Marokkobudget. Einmal drinnen, werden sie ein „ordentliches“ disponibler Fonds. Es ist einfach die Verwirklichung der Alchimistenträume — die Verwandlung der Elemente. Der Finanzminister Reppstophel ist überiroffen. Man muß schon an einen Scherz des alten Glasbrenner denken — an die Geschichte der Berliner Schulze und Lehmann, die nach dem Paradesfeld wandern, um dort einen gemeinsamen Schnapsbrennhandel aufzutun, unterdes aber unablässig einer dem anderen ein Glaschen verkaufen und schließlich entdecken, daß sie keinen Schnaps mehr und nur einen Grofchen haben.

Das Ministerium ist indes nicht allzusehr zu ergründen. Für das nächste Finanzjahr ist ein Defizit von rund 800 Millionen Frank vorausgesehen. Die Regierung aber hat nur 400 Millionen neuer Steuern vorausgesehen, darunter die Erbschaftsteuer als die einzige, direkt auf die besitzenden Klassen gelegte. Die fehlenden 400 Millionen sollen aus dem Vorratskonto, d. h. aus der Anleihe gedeckt werden, um weitere Steuern, d. h. vor allem die Kapitalsteuer, zu verhindern! Eine solche Anleihewirtschaft kann allerdings nicht fortgesetzt werden, ohne selbst einen finanziell so gut fundierten Staat wie Frankreich dem Bankrott zuzutreiben. Aber immerhin — bis zu den Wahlen würde der Gang eines ohne Belastung des „Bürgerfleisches“ zustandekommenen Budgets vorhalten!

Die Budgetkommission will jedoch auch dieses Kunststück nicht approbieren und schlägt nur 600 Millionen vor. Auch hier entscheidet die Antwort der Kammer über das Leben des Ministeriums.

Eine dritte Vertrauensfrage bezieht sich auf die Formel, die der neuen Rente ausgedrückt werden soll. Die Großfinanz und die Regierung möchten nämlich, daß darin die Steuerfreiheit der Rente für die Zukunft verbürgt werden soll. Die Mehrheit der Budgetkommission aber will verhindern, daß auf diese Art das Einkommensteuergesetz, noch ehe es fertig geworden ist, durchlöchert werden soll. Die Währungsfrage hat für die Steuerfreiheit der Rente ebenfalls ein elegantes Buch über die Rentenversicherung geschrieben. Herr Barthou hat vor einigen Monaten ein elegantes Buch über die Rentenversicherung geschrieben. Die Zärtlichkeit für den Rentenprofit ist das, was in ihm vom Geist des Volkstreibens lebendig geblieben ist.

Die Kammerdebatte.

Paris, 27. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Den sozialistischen dringlichen Beschlußantrag begründete Jaurès in einstündiger, freilichweise von der ganzen Linken applaudierten Rede. Die angeblich für frühere marokkanische Ausgaben geforderten 400 Millionen seien tatsächlich für die Deckung des künftigen Defizits bestimmt, aber das im Budget mit 800 Millionen bezifferte Defizit übersteigt in Wirklichkeit eine Milliarde. Die reaktionäre Behauptung, daß die soziale Gesetzgebung diese Defizite verschulde, sei un wahr. Die wahre Ursache ist das Militärbudget, das in fünf Jahren von 1314 auf 2121 Millionen stieg. Alle Sozialgesetze kosten nicht 200 Millionen. Die Fortdauer der jetzigen Politik bedroht alle Staaten und bereitet die friedliche Lösung der sozialen Frage. Frankreich solle getreu seiner revolutionären Tradition für Frieden und Freiheit vorangehen.

Barthou erwiderte, die Vertagung der Anleihe bedeute ihre Vereitelung. Ein auch für nationale Ehrenfragen obligatorisches Schiedsgericht sei unannehmbar. Die Ablehnung der Schiedsgerichte im Haag kam nicht von den Ententemächten, sondern von Deutschland. Barthous Rede wurde nicht aufgenommen. Für den sozialistischen Antrag, der mit 449 gegen 145 Stimmen abgelehnt wurde, stimmten 70 Linksradikale.

Die Arbeitslosigkeit.

Kommunale Maßnahmen.

Der Züricher Stadtrat hat dem Großen Stadtrat eine Vorlage betreffend die Einführung der Arbeitslosenversicherung zugehen lassen, nach der die Stadt Zürich die Arbeitslosenversicherung einführen und den Gewerkschaften mit Arbeitslosenunterstützung einen Beitrag gewähren will, welches Verfahren nach dem Genfer System sich z. B. in Basel, wie der Stadtrat in der dem Verordnungsentwurf beigegebenen Begründung ausdrücklich konstatiert, sehr gut bewährt hat.

Hilfe für die hungernden Arbeitslosen in Breslau verlangte eine am Mittwochvormittag von über zweitausend Arbeitslosen besetzte Versammlung. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde auf die außerordentlich große Zahl der Arbeitslosen und deren Notlage hingewiesen. Der Magistrat wurde ersucht, allen seit einem Jahre in Breslau wohnenden Arbeitslosen, die seit dem 1. Dezember und früher arbeitslos sind, eine einmalige Unterstützung von 10 M. zu gewähren, die Ende Dezember zur Auszahlung kommen soll. Als Armenunterstützung darf diese Unterstützung nicht angesehen werden. Ferner wurde vom Magistrat die Einführung einer städtischen Arbeitslosenunterstützung und die sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten gefordert.

Die Polizei hatte, weil sie eine Demonstration der Hungernden befürchtete, umfangreiche „Vorkehrungen“ getroffen. Alle nur verfügbaren Schutzeinheiten standen revolverumgürtet stundenlang vergeblich in Bereitschaft.

Seit zwei Jahren besteht in Breslau auf Antrag unserer Stadtverordnetenfraktion eine Studienkommission zur städtischen Arbeitslosenunterstützung, die jetzt glücklich so weit gekommen ist, daß am 1. Dezember eine Zählung der Arbeitslosen durch das statistische Amt der Stadt Breslau vorgenommen wird. Wenn es sich um Straßenaufräumarbeiten bei Frostbefahren handelt, kennt man ein solches Schneidentempo nicht.

Freizarten für Arbeitslose.

Man schreibt uns: Die Zahl der Arbeitslosen vermehrt sich zusehends. In den Großstädten ist die Not am größten. Hier sind die Wirkungen der Konjunkturschwankungen am kräftigsten, hier strömen die zusammen, die auf kleineren Arbeitsmärkten keinen Verdienst fanden.

Umgekehrt ist der Abfluß der Arbeitslosen aus den Großstädten schwer. Der, der nicht Geld genug fürs tägliche Brot hat, dürfte noch weniger Geld haben, um für sich und seine Familie die sehr erheblichen Reisekosten zu decken.

Unter diesen Umständen ist es ein Gebot der Billigkeit und Humanität, daß die Bahnverwaltungen denen, die arbeitslos sind und die arbeiten wollen, Begünstigungen gewähren, wie sie in Notstandszeiten der Industrie und Landwirtschaft und wie sie dauernd Militärpersonen zugestanden werden.

Man hat die Verstaatlichung der Bahnen — und mit Recht — damit begründet, daß die Eisenbahnen viel eher als Privatunternehmungen zur Anpassung an öffentliche und soziale Bedürfnisse gezwungen werden können. Nun wohl, man hat Gelegenheit, die Probe aufs Exempel zu machen. Wie dringend die Gewährung von Freizarten an Arbeitslose ist, geht schlagend aus einer Arbeitslosenstatistik der Sächsischen Regierung hervor. Danach sind von je 100 Arbeitslosen beschäftigungslos geworden:

männlich			
	am Jahort außerhalb des Jahortes	unbekannt	
1911	67,2	81,2	1,6
1912	67,7	82,1	1,2
weiblich			
	am Jahort außerhalb des Jahortes	unbekannt	
1911	73,4	25,6	1
1912	72	25	—

Danach hätten über 90 Proz. der männlichen und 25—30 Proz. der weiblichen Arbeitslosen ihren Aufenthaltsort nach Beginn der

Arbeitslosigkeit gewechselt, ohne daß sie bis zum Jahlungstage wieder Arbeit gefunden hätten.

Dabei handelt es sich keineswegs um fluktuierende Elemente, Landstreicher und Vagabunden, wie eine gewisse Presse ihrem verächtlichen Publikum glauben machen will. Im Gegenteil! Nach derselben amtlichen Statistik waren 86 Proz. der Männer und 67 Proz. der Frauen über zwei Jahre am Jahort anwesend, etwa 11 bezw. 9 Proz. über sechs Monate bis zu zwei Jahren und nur etwa 23 Proz. aller Arbeitslosen waren weniger als sechs Monate am Jahort anwesend.

Was die Bahnen der deutschen Bundesstaaten mit ihren enormen Heberschüssen noch nicht gewährt haben, das haben die österreichischen, die bekanntlich finanziell bei weitem ungenügender gestellt sind, und die Südbahn, also eine Privatgesellschaft, schon längst getan.

Gehilfen, die nicht im Jahres- oder Monatslohn stehen, Fabrikarbeiter, Lehrlinge, Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Bergarbeiter und Tagelöhner, denen durch eine von der Bahn anerkannte öffentliche oder gemeinnützige Arbeitsvermittlungsstelle ein auswärtiger Arbeitsplatz vermittelt worden ist, werden bei Fahrten auf Entfernungen über 50 Kilometer in der 3. Klasse der Personen- und gemischten Jüge zum halben tarifmäßigen Fahrpreis befördert. Bei kleineren Entfernungen werden halbe Fahrkarten der Preisklasse 51—80 Kilometer ausgestellt, sobald sich ihr Preis billiger stellt als der volle Tarif für die im Ausweis angeführte Entfernung. Die Ausfolgung der Fahrkarte erfolgt gegen Vorweisung eines von der Arbeitsvermittlungsstelle ausgestellten stempelfreien Ausweises, in dem die Person, des Arbeitssuchenden, die zu besuchende Strecke, der Reisetag, sowie Namen und Ort des Arbeitgebers angegeben sein müssen.

Zur Ausfertigung des Ausweises sind befugt die öffentlichen und gemeinnützigen Vermittlungsstellen; zu diesen gehören auch die Arbeitgeber- und Arbeitervereine.

Der Schluß ist un schwer zu ziehen: was die in ewigen finanziellen Kalamitäten schwebenden österreichischen Staatsbahnen den Arbeitslosen gewähren konnten, dazu werden sich auch die deutschen Bundesstaaten verstehen können, wenn in ihnen der aufrichtige Wunsch lebt, zu helfen und schwerste Not zu lindern.

Politische Uebersicht.

Zeugengebühren, Kolonialgerichtshof und Wanderlager.

Der Reichstag erledigte am Donnerstag einige Gehehntwürde in erster Lesung. Die Vorlage zur Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige wurde vom Genossen Dr. Eohn einer Kritik unterzogen, die sich besonders dagegen richtete, daß nur die Sachverständigengebühren, nicht aber auch die der Zeugen erhöht werden, wie das längst vom Reichstag gewünscht worden ist. Unser Redner machte auch darauf aufmerksam, daß die vorgeschlagenen Bestimmungen über die Honorierung der Sachverständigen in ihrer jetzigen Form sehr leicht zu einer schlimmen Benachteiligung unmittlerer Parteien im Zivilprozeß führen können. Die Redner der bürgerlichen Parteien schloffen sich dem Wunsch nach Erhöhung der Zeugengebühren an, wenn auch mit sehr geringer Energie. Hoffentlich gelingt es in der Kommission, zu erreichen, daß die Erfüllung der staatsbürgerlichen Zeugenpflicht nicht mehr durch eine — Geldstrafe in Gestalt unentgeltlichen Verdienstentganges und Zeitverlustes belohnt werde.

Die Vorlage auf Errichtung eines Kolonialgerichtshofs in Berlin gab dem Mandatsnachfolger Vebels, unserem Genossen Stolten-Hamburg, Gelegenheit, zum ersten Male das Wort zu ergreifen. Er hatte an sich gegen den Entwurf nichts einzuwenden, wenn auch eine Mitwirkung des Laienlements an der Rechtsprechung wünschenswert sein würde; aber mit allem Nachdruck trat Genosse Stolten — und natürlich nicht etwa aus Lokalpatriotismus — dafür ein, daß der Kolonialgerichtshof nicht nach Berlin komme, wo das ganze Milieu nicht gerade dazu angetan ist, die volle Unabhängigkeit und Unbeeinflussbarkeit dieses höchsten Gerichtshofs zu sichern. Hamburg mit seinen starken kolonialen Beziehungen würde dann als geeignetster Ort für den Kolonialgerichtshof anzusehen sein. In der Debatte wurde zumeist über die Frage Hamburg oder Berlin gestritten, es fanden sich aber auch Mitsprecher einer Angliederung des Kolonialgerichtshofs an das Reichsgericht in Leipzig. Staatssekretär Dr. Soli hat um rasche Verabschiedung dieses Gesetzes, das ebenfalls an eine Kommission ging.

Schließlich wurde noch die Beratung der Gewerbenovelle begonnen, die die Wanderlager einschränken will. Genosse Frey wandte sich gegen eine weitere unbegründete Verfolgung des Hausierhandels und zeigte die Un Sinnigkeit der Argumentation, die den Rückgang der Geburtenzahl durch Ersäuerung des Handels mit empfängnisverhütenden Mitteln erreichen zu können glaubt, was allerdings nicht hinderte, daß der konservative Graf Carmer-Jeserowits kräftig in diesem Sinne lospaukte. Gleich ihm sprachen auch der Zentrumsmann Krl und der Reichsparteiler Segenscheidt für weitere Einschränkung des Hausierhandels, während der Volksparteiler v. Bayer darauf hinwies, daß der Hausierhandel schon von selbst zurückgehe.

Die Weiterberatung wurde auf morgen, Freitag, vertagt. Vorher kurze Anfragen und Wahlprüfungen.

Preussischer Landtag.

Die Einberufung des preussischen Landtages ist auf den 13. Januar 1914 festgesetzt worden. Dem Landtage wird im Jahre 1914 noch keine Vorlage zur Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen zugehen.

Wandlungen der „Germania“.

In seiner jüngsten Nummer zieht das „Katholische Deutschland“ scharf gegen die kirchliche Berliner „Germania“ zu Felde. Seit dem 1. Oktober hat die „Germania“ einen neuen Chefredakteur erhalten, einen gewissen Dr. Hommerich, der bis dahin das bayerische „Düsseldorfer Tageblatt“ leitete. Seitdem sei die „Germania“ völlig in das Fahrwasser der Kölner Richtung gekommen. Wegen den Herausgeber des „Katholischen Deutschland“, Pfarrer Dr. Niedrowitz, habe die „Germania“ ein „unsäglich erbärmliches Verfahren“ anlässlich dessen Verurteilung wegen Verleumdung der evangelischen Kirche angewendet, obwohl das Urteil noch nicht rechtskräftig sei; handle es sich aber um einen Krupp- oder Mittelprozess, dann heiße es, man dürfe nicht in einen noch nicht entschiedenen Prozess eingreifen.

Ueber den Wechsel in der Leitung der „Germania“ macht das „Katholische Deutschland“ folgende Angaben:

„Redakteur Dr. Reimeringer von der „Germania“ war diesen „Geistesstreitern“ längst ein Stein des Anstoßes: Die erquickende Sprache, der große Freimut, mit der dieser Priester

nach dem Herzen Gottes die Sache des Apostolischen Stuhles verfolgte, drohte das ganze interkonfessionelle „Kölner“ Kartennetz umzukippen. Dr. Reimeringer mußte unschädlich gemacht werden, und das geschah in der Weise, daß man der Redaktion der „Germania“ in der Person des Doktor rer. pol. Hommerich vom „Düsseld. Tagebl.“ vom 1. Oktober ab einen Aufsichtsratsdeputierten beigab. Die Firma Julius und Karl Wasmann kann triumphieren. Der Inhalt der „Germania“ ist seit dem 1. Oktober farblos, fad, „weltlich“ und — langweilig, denn Dr. R. war nicht nur ein papstreuer Katholik und Priester, sondern auch ein gewandter, tüchtiger Redakteur. Doch die „Berliner“ lassen sich kein „X“ für ein „U“ machen. Sie werden wahrheitslieblich das Blatt möglichst zahlreich abbestellen und damit wahrlich näher, wo die Herausgabe eines unabhängigen katholischen Tagesblatts zur dringenden Notwendigkeit wird. Heberoll, wo an einer Korrespondenz oder Zeitung oder Vereinigung eine Stelle zu besetzen ist, da zieht ein Kölner Gesinnungsgenosse ein und wenn es ihm noch so sehr an der Befähigung mangelt. Wer sein steifes Rückgrat besitzt oder wer materiell abhängig ist, dem wird der Brotkorb höher gehängt, und siehe, es gelingt. Auf diese Weise haben die an Ideen schwachen, im Organisieren starken „Kölner“ die gesamte Zentrumspresse sich dienstbar gemacht, einen Zeitungstrust der schlimmsten Art geschaffen.“

Gegenüber diesem Treiben spricht das „Kath. Deutschland“ von einem „ungeheuerlichen Terrorismus der angeblich „für Wahrheit und Recht“ streitenden Kämpfer“.

Neuwahl in Offenburg-Kehl.

Der Reichstagsabgeordnete Leopold Kösch, Vertreter des Wahlkreises Offenburg-Kehl, hat sein Mandat niedergelegt, da seine Wahl schon Ende vorigen Jahres von der Wahlprüfungskommission für ungültig erklärt worden ist und morgen zweifelslos das Plenum des Reichstages sich dieser Entscheidung angeschlossen hätte.

Bei der letzten Wahl erhielt Kösch im ersten Gange 8062, der Zentrumslandidat 11.615, der Sozialdemokrat 8705 Stimmen. Im zweiten Gange siegte Kösch mit 12.712 über den Zentrumsmann, der nur acht Stimmen weniger erhielt. Das Mandat ist für die Nationalliberalen also außerst gefährdet.

Aus dem sächsischen Landtage.

Am zweiten Tage der Staatsdebatte im sächsischen Landtage frohlockte der Führer der Konservativen, Geheimrat Odis, daß in Sachsen noch immer konservativ regiert werde, obwohl man sich einbilde, die Konservativen verdrängt zu haben. Die neuen Besitzkern im Reiche seien sozialdemokratischen Ursprungs, deswegen habe seine Partei davon nichts wissen wollen. Die Konservativen erblickten darin auch eine schwere Gefährdung der Interessen der Einzelstaaten und würden jede Gelegenheit freudig ergreifen, diese Steuern wieder zu besitzeln. Die von den Sozialdemokraten geforderte Arbeitslosenunterstützung sei nicht opportun, so lange der Arbeitermangel auf dem Lande bestehe. Schließlich forderte der konservative Wortführer unter dem Beifall seiner Freunde die bürgerlichen Parteien zum festen Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie auf. Was bei der Präsidentschaftswahl bereits begonnen worden sei, solle gefestigt werden, dann werde man einer Zeit entgegengehen, wo die „Ordnung“ herrsche. Auch der sächsische Finanzminister erklärte von neuem, die sächsische Regierung werde direkte Reichsteuern immer mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Genosse Sander mann polemisierte scharf und gewandt gegen einige bürgerliche Redner und zersägte besonders die Reichssteuerpolitik der Regierung und der Konservativen. Er schilderte die Arbeitslosennot, wie auf den Rückgang des Fleischverbrauchs hin und geißelte das Verhalten der Regierung, die die Sozialdemokratie dadurch für minderen Rechts erkläre, daß man alle zu Gemeindevorstern oder Gemeindevorstefern gewählten Sozialdemokraten nicht bestimme.

Der Minister des Innern entgegnete, daß es für die Regierung ausgeschlossen sei, Sozialdemokraten als Gemeindevorsteher zu bestätigen, weil die sozialdemokratische Partei die Grundlagen der Verfassung zerstören wolle. Er polemisierte weiter gegen die Sozialdemokratie, die die sozialpolitischen Gesetze ignoriere und bemerkte zum Schluß, er wünsche, daß auch in Sachsen, wie es in Baden schon geschehen sei die Sozialdemokratie bald zurückgedrängt und die Zeit nicht mehr fern sei, wo das sozialdemokratische Programm in der Abteilung für tote Literatur in der deutschen Bücherei in Leipzig aufbewahrt werde!

Die übrige Debatte war nicht von Belang, Freitag wird sie fortgesetzt.

Eine wichtige Verkehrsfrage.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Von Deutschland nach Kopenhagen führen drei Verkehrslinien: Berlin-Dänemark-Göteborg, Hamburg-Kiel-Korsör und Hamburg-Vandrup. Seit einigen Jahren sind Bestrebungen im Gange, eine neue Verbindung des deutschen Westens mit den nordischen Reichen zu schaffen durch eine neue Verkehrslinie Hamburg-Lübeck-Gehrn-Landau-Kopenhagen. Hinter diesem Plane stehen zweifellos privatspekulative Interessen, namentlich wohl die Aktionäre der Lübeck-Büchener Eisenbahn. Die Verwirklichung dieses Planes würde ohne Zweifel eine schwere wirtschaftliche Schädigung eines großen Teiles der Provinz Schleswig-Holstein und besonders der Stadt Kiel bedeuten, denn die neue Gehrn-Landau-Linie würde, weil auf ihr Kopenhagen bedeutend schneller zu erreichen wäre, als auf der verkehrstechnisch nicht auf der Höhe stehenden Linie Hamburg-Kiel-Korsör, den Verkehr auf der letzteren Linie vollständig lahm legen. Ferner hat der Eisenbahnminister im Frühjahr dieses Jahres im Abgeordnetenhaus erklärt, daß er Wegner der Gehrn-Landau-Linie, doch hat das der Agitation für sie leinen Abbruch getan. Jetzt hat sich aber eine Anzahl von Stadtmagistraten, die Handelskammern und die Landwirtschaftskammern in Schleswig-Holstein geregt, um für das Interesse der Provinz einzutreten. Die sächsischen Kollegen in Kiel haben in einer Sitzung am Dienstagabend einen weitgehenden Beschluß gefaßt. Sie haben einstimmig beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, mit Nachdruck für die Erhaltung und zeitgemäße Ausgestaltung und Verbesserung der Linie Hamburg-Altona-Kaasbühl-Kiel-Kopenhagen einzutreten. Zugleich haben sie den Magistrat ermächtigt, die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Stadt zu einer, ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden materiellen Unterstützung zu erklären. Gebot ist eine gradlinige Bahn von Altona nach Kaasbühl, zu welchem Projekt der Minister schon die Vorarbeiten angeordnet haben soll und die Einstellung von schnellen modernen Dampfern auf der Seefröde Kiel-Korsör oder Kiel-Röddby. Dadurch würde die Fahrtdauer von Hamburg nach Kopenhagen auf 7 resp. 6 1/2 Stunden herabgedrückt, während die auf der projektierten Gehrn-Landau-Linie erreichte kürzeste Fahrtdauer 9 1/2 Stunden betragen soll. Diese halbe Stunde würde keine wesentliche Rolle mehr spielen. Die sozialdemokratische Fraktion hat für den Antrag gestimmt. Sie hat allerdings die Erklärung abgegeben, daß für Lösung von Verkehrsfragen, die ganzen Bezirken zugute kommen, auch die Allgemeinheit, hier der Staat, die Kosten tragen sollte, hat aber doch angeführt, der schweren wirtschaftlichen Gefahren, die der Stadtgemeinde drohen und angesichts der Tatsache, daß heute leider die Kommunen vom Staate zur Tragung solcher Kosten herangezogen werden, viele Kommunalverwaltungen sich sogar in solchen Fällen dazu drängen, dem Antrage zugestimmt.

„Terrorismus“?

Scharfmaßerblätter veröffentlichten die Geschichte eines sozialdemokratischen Terrorismus, die sich in Aschersleben abgespielt haben soll und von ihnen anscheinend als besonders fetter Napfen in ihrem „Kampfe“ um verstärkten Arbeitswilligkeit angesehen wird. Auf der Ascherslebener Maschinenfabrik streikten seit Wochen die Metallarbeiter. Eines Tages veröffentlichte die Direktion eine Erklärung, in der sie behauptete, daß der Former Grabe sich zur Aufnahme von Arbeit gemeldet, aber die Arbeit nicht angetreten habe, weil er daran durch den Druck seiner Kollegen gehindert worden sei. Hierauf antwortete Grabe mit einer Gegenerklärung, in der er die Angaben der Firma bestritt und erklärte, daß ihm gelegentlich des Abholens eines Lohnrestes von einem Meister Arbeit angeboten worden sei, er jedoch auf dieses Angebot nicht eingegangen sei.

Etwa drei Wochen später fing Grabe trotz des Streiks in der Maschinenfabrik wieder zu arbeiten an. Nach wenigen Tagen erschien nun eine zweite Erklärung Grabes in einem Lokalblatt. In einem Nieseninserat erklärte er diesmal, daß seine erste Erklärung unvollständig gewesen sei, dagegen die Angaben der Maschinenfabrik vollständig der Wahrheit entsprochen hätten. Zwei Kollegen hätten ihm Vorwürfe gemacht, daß er sich um Wiederaufnahme von Arbeit beworben hätte und ihn bestimmt, die Arbeit nicht aufzunehmen:

„Als eine Woche später die Mitteilung von der Maschinenfabrik im „Anzeiger“ erschienen war, veranlaßten mich mehrere Kollegen, mit zur Ortsverwaltung zu kommen. Trotzdem die Kollegen und auch Herr Greiner (der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes, D. R.) darüber unterrichtet waren, daß ich mich tatsächlich eine Woche vorher bei der Maschinenfabrik um Arbeit beworben hatte, setzte Herr Greiner die von mir im „Anzeiger“ veröffentlichte Erklärung auf, in der ich wider besseres Wissen die oben angeführten Angaben der Maschinenfabrik bestritt. Ich habe dazumal unter dem Druck meiner Kollegen gestanden und die Sache veröffentlicht.“

Ein Minder kann mit dem Stode fühlen, daß bei dieser Geschichte etwas nicht stimmt, denn freiwillig bezieht sich so leicht nicht jemand selbst in aller Öffentlichkeit, daß er die Unwahrheit gesagt habe. Was also richtig ist, ob der „Held“ dieser Geschichte sich zur Arbeit gemeldet hat, oder ob sie ihm angeboten wurde, steht dahin. Wahrscheinlich ist das erstere richtig. Als ihn das Jureden seiner Kollegen von seinem Vorhaben wieder abgebracht hatte, veröffentlichte die Maschinenfabrik ihre Erklärung, was den Grabe veranlaßte, sich zum Metallarbeiterbureau zu begeben. Hier enthielt er sich in heftiger Weise über die Unwahrheiten in der Erklärung der Firma und gab seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, den Vertretern der Firma durch ich Lagernde Beweise die Unhaltbarkeit ihrer Behauptungen darzulegen. Davon riet man ihm ab und sagte ihm, daß er nicht anderes tun könne, als der Öffentlichkeit den richtigen Sachverhalt mitzuteilen. Grabe war dazu gleich bereit und ersuchte den Geschäftsführer, ihm eine Erklärung zu entwerfen, da er selbst zu aufgeregt sei. Das geschah, und an der Hand dieses Entwurfs fertigte sich Grabe dann selbst seine Erklärung an, die er hierauf auch selbst nach der Expedition des „Anzeigers“ brachte.

Das sind die nackten Tatsachen. Wer ehlich sein will, muß zugeben, daß hier zwar von einem unwürdigen Verhalten eines Arbeiters die Rede sein kann, nicht aber von einem terroristischen Druck der Sozialdemokratie, auch nicht davon, daß, wie die „Post“ schreibt, ein Arbeiter unter Gewaltmaßnahmen um sein Brot gebracht worden ist. Die Komödie, die Grabe in dem Metallarbeiterbureau aufführte, entsprang dem Bestreben, bei seinen Kollegen den Verdacht zu zerstreuen, daß er bereit gewesen sei, abtrünnig zu werden. Seine Erklärung verfolgte den gleichen Zweck. Inzwischen wurde er aber „arbeitswillig“; und nun stellte ihm wahrscheinlich die Firma die Bedingung, daß er sich öffentlich selbst lägen strafe. Das war der Firma natürlich nicht die Hauptsache, sondern die Kennzeichnung des „sozialdemokratischen Terrorismus“, den Grabe der Betriebsleitung wohl mit der gleichen Entrüstung geschildert hat, mit der er im Bureau der Gewerkschaft gegen die Firma rassistierte.

Das orientalische Seminar in Berlin als Hochschule.

Zu der Meldung, daß nach der Ansicht der Regierung das Seminar für orientalische Sprachen in Berlin zu einer Hochschule von besonderem Typus ausgestaltet werden soll, erfährt die „Frankfurter Zeitung“ von unterrichteter Stelle, daß in der Tat im Kultusministerium ernsthafte Erwägungen darüber angestellt werden. Die Erwägungen sind aber zurzeit noch nicht so weit gediehen, daß bereits für neuen Etat die Mittel dafür angefordert werden könnten.

Ein Schulpalast in Westfalen.

Wenn von Schulpalästen in Anführungszeichen die Rede ist, denkt man in der Regel zuerst an die Volkshochschulen in den ostelbischen Gefilden. Doch aber auch im Westen das sprichwörtliche Volkshochschulend heimisch ist, dafür teilt die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ einen Bezeichnenden Fall mit. In Lichtenberg (Kreis Hörde) steht ein Schulgebäude, das innen und außen Fugen von 10 bis 27 Zentimeter Tiefe aufweist. Das ganze Gebäude ist so feucht, daß die erst im Jahre 1912 angebrachten Tapeten in Fugen von den Wänden hängen. In der Küche des evangelischen Lehrers wachsen die Pilze aus den Wänden heraus. Die Möbel müssen 20 bis 30 Zentimeter von den Wänden abgerückt werden, wenn sie nicht verfaulen sollen. Die Fenster sind undicht, so daß die Luft ungehindert durchzieht. An der Bestieße drohte schon vor zwei Jahren ein Dedeneinsturz. Bei dem Schulbeden hatte man Lehmann verordnet, dessen Feuchtigkeits die Balken verfaulen ließ. Doch ein derartiges Gebäude für Lehrer und Schüler große gesundheitliche Schädigungen bedeutet, bedarf seiner weiteren Begründung. Jetzt ist beschlossen worden, einige Verbesserungen vorzunehmen. Aber selbst eine gründliche Reparatur könnte den „Schulpalast“ nicht zu einem wohnlichen Aufenthalt machen. Und deshalb wird es im großen und ganzen wohl beim alten bleiben.

Die italienische Chronrede.

Rom, 27. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Chronrede, mit der der König heute das Parlament eröffnete, schlägt, wie erwartet werden konnte, einen demokratischen Ton an, freilich mit stark imperialistischem Einschlag und der Ankündigung neuer Militärausgaben. Die Wahlreform werde die Gesetzgebung veranlassen, für Verbesserung der geistigen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu wirken. Die soziale Gesetzgebung müsse zugunsten der Arbeiter ausgebaut werden. Ueber diese Gemeinplätze kommt die Chronrede nicht hinaus. Was sie über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche sagt, entläßt durch die mangelnde Schärfe, die längst nötige Einführung der Arbeiterversicherung wird mit keinem Worte erwähnt.

Die Sozialdemokraten blieben wie üblich der Verlesung der Chronrede fern, dagegen waren von den Reformisten Ferri und Bissolati anwesend.

Die Lage in Mexiko.

New York, 27. November. Der Führer der Aufständischen Carranza glaubt, daß die Niederlage der Bundesstruppen bei Juarez der Macht Huertas im nördlichen Mexiko das Rückgrat bricht. Es wird angenommen, daß der Einbruch von Chihuahua nun noch geringe Schwierigkeiten entgegensteht. Villas Bericht über die Schlacht besagt, er habe die Bundesstruppen vollständig geschlagen und drei Militärszüge mit der gesamten Bundesartillerie und Munition erbeutet.

England.

Die Zunderunruhen in Natal.

Durban, 27. November. Zwischen Polizei und Zundern kam es auf einem Grundstück in Stadburn im Distrikt Mount Edgecombe zu einem ernsthaften Zusammenstoß. Dabei sollen fünf Zunder getötet worden sein.

Holland.

Die Altersversicherung.

Die holländische Regierung hat jetzt eine Vorlage veröffentlicht, durch welche das Altersversicherungsgesetz des kaiserlichen Kabinetts durch ein Gesetz über unentgeltliche Staatspensionierung aller bedürftigen alten Leute ersetzt werden soll. Damit kommt die Regierung einer Forderung nach, die unsere Partei seit dem Jahre 1896 anfangs unter dem Hohn sämtlicher bürgerlichen Parteien, dann aber unter steigendem Beifall propagierte. Leider ist aber das Gesetz, so gut es in prinzipieller Hinsicht ist, zu dürftig in der Ausführung. Es verleiht die Alterspension erst mit dem 70. Lebensjahre und nur demjenigen, der unbescholten ist, sich nicht dem Trunke ergeben hat, in den letzten 10 Jahren keine Gefängnisstrafe erlitten und in den letzten 5 Jahren keine Armenunterstützung bezogen. Und auch diesen werden nur zwei Gulden in der Woche, einem Ehepaar nur drei Gulden (ein Gulden gleich 1,65 M.) zugesichert.

China.

Die Politik Jüan-schikais.

Peking, 27. November. Präsident Jüan-schikai ernannte acht Personen in den Zentralverwaltungsrat der Regierung. Außer diesen acht Personen entsendet jedes Ministerium einen Vertreter in den Zentralverwaltungsrat, dessen Eröffnung nach der Ankunft der Vertreter der Provinzen erfolgt.

Aus der Partei.

Genosse Gerassimow gestorben.

Aus Paris wird uns geschrieben: In Lezin in der Schweiz ist am 22. d. M. Genosse Philipp Sirodski gestorben, der unter dem Namen Gerassimow als ein begeisterter und überaus begabter Streiter der russischen Sozialdemokratie bekannt war. Schon als Sechzehnjähriger hatte er an der revolutionären Bewegung in der Schweiz teilgenommen. Als Volontär in Karlsruhe gehörte er der sozialdemokratischen Gruppe der russischen Studenten an. Die Revolution von 1905 rief ihn in die Heimat. Er nahm an allen großen Aktionen teil und war Mitglied der wichtigsten Komitees. Damals war er auch Petersburger Berichtserstatter des „Vorwärts“. Nach dem Sieg der Reaktion ging er nach Paris, von wo er für verschiedene Blätter korrespondierte. — Gerassimow ist an allgemeiner Tuberkulose gestorben. Er ist nur 30 Jahre alt geworden. Die Krankheit hatte die Kampfesfreudigkeit und Energie seiner Seele nicht berührt. Unsere russischen Genossen und die Internationale verlieren in ihm nicht nur einen Mann der erprobten Tat, sondern auch eine reiche Hoffnung.

Ein neues Parteiblatt erscheint vom 16. Dezember ab im oberösterreichischen Industrieviertel unter dem Titel: „Freie Presse“ als Kopfblatt der „Wesslauer Volkswacht“. Von Mitte nächsten Jahres ab soll die „Freie Presse“ in einer in Oberösterreich zu errichtenden eigenen Verlagsdruckerei hergestellt werden.

Die bayerische Postkammer vor Gericht.

Wegen Verleumdung des zweiten Vorsitzenden des Münchener Gemeindefollegiums, Genossen Wittl, wurde der verantwortliche Redakteur des ultramontanen „Bayerischen Couriers“ am Donnerstag zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Am 20. September war Genosse Wittl als Vorstandsmitglied des Gemeindefollegiums beim Prinzregenten zur Hofstafel eingeladen und abends hatte der Regent beim Besuch des Oktoberfestes in der Trinkhalle des Rates dem Genossen Wittl gegenüber gesessen und ihn in ein längeres Gespräch gezogen. Das gab dem „Bayerischen Courier“ Anlaß, einen Artikel zu veröffentlichen, in dem es hieß: „Der Regent muß auf seine sozialdemokratischen Hofgänger a la Wittl Rücksicht nehmen und ihnen ein gutes Mahl bei der Hofstafel vorziehen; denn er kann nicht riskieren, daß seine genösslichen Gäste unzufrieden hinterher in der „Münchener Post“ über die Verhältnisse des Oktoberfestes herziehen, das bei sozialdemokratischen Festen viel reichhaltiger ist als in der Residenz.“ In einem zweiten Artikel wird über Wittl geschrieben: „Der Federhut hat er natürlich zu Hause gelassen, auch die rote Kravatte und dafür Zylinder und weiße Binde hergenommen. Die genösslichen Herren werden wieder hergenommen, wenn es zum Volke geht, um dort die Herrschenden zu stützen. Was wohl die Sozialdemokraten von der alten Garde über die Tellerfledderei der Münchener Revisionisten sagen werden?“ Wegen dieser beiden Artikel erhob Wittl Verleumdungssklagen. Vor Gericht erklärte Wittl, er habe auf Anfrage des Bürgermeisters geantwortet, er wünsche nicht zur Hofstafel eingeladen zu werden; gleichwohl sei ihm vom Bürgermeister mitgeteilt worden, der Regent habe selbst verfügt, Wittl einzuladen. Als Zeuge wurde zunächst der zweite Bürgermeister Brunner vernommen. Er bestätigte Wittls Angaben und bemerkte weiter, Wittl habe bei Hof seine Meinung immer in würdiger Weise gesagt, in keiner Weise devot, aber auch in keiner Weise die Pflichten des Anwesenden verleugend. Wittl habe mit dem Regenten ein längeres Gespräch über sozialpolitische Angelegenheiten geführt und dabei in sehr würdiger Weise seine Meinung vertreten. Der dritte Bürgermeister Dr. v. Worscht sagte aus, er habe dem Wunsch Wittls entsprechend, diesen nicht auf die Vorschlagsliste der bei der Hofstafel einzuladenden Herren gesetzt. Er sei daher überrascht gewesen, als trotzdem eine Einladung für Wittl gekommen sei. Er habe bei Hof angefragt, ob hier ein Versehen vorliege. Der Hofkammer habe darauf erwidert, die Einladung Wittls sei auf direkten Wunsch des Regenten erfolgt. Worscht sagte dann in gleichem Sinne aus wie Brunner. — Wittls Vertreter, Dr. Bernheim, führte aus, Wittl habe nicht anders handeln können, nachdem er, einem Beschlusse der sozialdemokratischen Fraktion folgend, bei der Uebernahme des Postens als zweiter Vorsitzender des Gemeindefollegiums sich verpflichtet hatte, die damit verbundenen Repräsentationspflichten zu erfüllen. In der Urteilsbegründung wird angeführt, der erste Artikel bedeute eine Verhöhnung Wittls. Es verbiere sich ganz von selbst, daß man jemanden verhöhne, der Gast des Landesherren sei. Der zweite Artikel enthalte den Vorwurf der Heuchelei und Unechtheit. Dazu fehle jeder Anlaß und es sei vom Beklagten auch gar nicht versucht worden, diese schwereren Vorwürfe zu beweisen.

Und wäre es lieber gewesen, wenn dieser Prozeß und die Vorgänge, die ihn veranlaßten, nicht stattgefunden hätten.

Pöbelliches, Gerichtliches usw.

Preßprozesse.

Das nationalliberale Bayreuther „Tageblatt“ hatte einen von Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie strotzenden Artikel gebracht, weil einige Sozialdemokraten eine Versammlung besucht hätten, in der ein liberaler Krankenunterstützungsverein gegründet werden sollte. Als Führer dieser „Garde“, die unter der Maske stumpfloser Heuchler in die Versammlung eingedrungen seien, um „mit edler Unverfrorenheit Forscher an der Wand zu spielen“, war der Geschäftsführer unseres Bayreuther Parteiblattes, Genosse Herzog, bezeichnet worden, der aber zur Zeit der Versammlung krank im Bett lag. Herzog strengte Privatverleumdungsklage an. Das Schöffengericht sprach den nationalliberalen Redakteur Kellnerbauer frei, indem es ihm „Wahrung berechtigter Interessen“ zubilligte. Die Strafkammer des Landgerichts Bayreuth verurteilte jedoch Kellnerbauer zu 10 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten beider Instanzen.

Vom Düsselbacher Schöffengericht wurde am Mittwoch der Verantwortliche der „Düsselbacher Volkszeitung“, Genosse Gerlach, wegen Verleumdung eines Polizeikommissars zu 75 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte das Benehmen des Kommissars anlässlich einer Gerichtsverhandlung scharf kritisiert.

Aus Industrie und Handel.

Von der amerikanischen Kälteindustrie.

Im Anschluß an den dritten internationalen Kältekongress, der in Chicago stattfand, berichtet Professor Schwarz im „Vorwärts-Courier“ über die Kälteindustrie in Amerika: Es bestehen in den Vereinigten Staaten 3500 Eisfabriken, welche gegen 20 Millionen Tonnen Eis jährlich erzeugen. Das in diesen Anlagen investierte Kapital wird auf 150 Millionen Dollar geschätzt. Die Zahl der Kühlhäuser, deren Fassungsvermögen zwischen 25 000 und 11 Millionen Kubikfuß variiert, läßt sich wegen der allgemeinen Verbreitung überhaupt nicht mit Sicherheit feststellen, nicht einmal abschätzen. Nachweislich bestehen in den Vereinigten Staaten allein 1100 Kühlhäuser, 2000 Kühlhallen für Fleisch, 350 Produktionslagerhäuser und 150 Lagerhäuser für gefrorene Fische. Die Verwendung der Kälte zur Konservierung und zum Transport der Nahrungsmittel ist eine so allgemeine, daß es kaum ein Gebiet in den Vereinigten Staaten gibt, welches nicht mit Kühlhäusern ausgestattet wäre. Für den Transport von Nahrungsmitteln sehen auf den nordamerikanischen Bahnen hunderttausend Kühlwaggons im Verkehr, gegenüber den noch wenigen Hunderten zählenden Kühlwaggons auf den deutschen, österreichischen und französischen Eisenbahnen. Nur so ist es erklärlich, daß die Obstsorten und Gemüse aus Kalifornien und Florida, die Fische aus den Seen und Flüssen der gesamten Union, Geflügel aus Kansas und Tennessee, Fleisch aus allen viehzuchtstreibenden Gebieten in Quantitäten von Millionen Tonnen nach den Zentralstellen des Nahrungsmittelhandels geführt werden und die Verpflegung der Millionenstädte New York, Chicago, Boston usw. zu relativ billigen Preisen ermöglicht.

In Chicago wurde den Kongressteilnehmern Gelegenheit geboten, die Kälteanlagen der zweitgrößten Stadt Amerikas zu besichtigen. In erster Reihe beim Besuch der weltberühmten Stadt Parks, der Riesenschlachthäuser Chicagos, welche nicht nur den größten Teil Amerikas, sondern auch der ganzen Welt mit Fleischkonerven versehen. Eine einzelne der zahlreichen hier vertretenen Firmen, das Haus Armour u. Co., schlachtet allein täglich 15 000 Schweine, welche im Verlauf weniger Stunden bis auf die letzten Nebenprodukte verarbeitet werden. Die hier verwendeten Kälteanlagen sind wohl die größten der Welt, sie haben zusammen eine Leistung von 2000 Tonnen Eis pro Tag, entsprechend 8 Millionen stündlicher Kalorienleistung.

Davon, daß die Konservierung durch Kälte den Geschmack und Nährwert der Nahrungsmittel keineswegs beeinträchtigt, konnten sich die Kongressmitglieder auf dem „Kälteanlaß“ überzeugen, an dem nicht weniger als 1000 Personen teilnahmen. Das Menu dieses Niesenbanketts war durchweg aus Speisen und Getränken zusammengesetzt, welche nach der in Amerika üblichen Art in Kühlhäusern lange Zeit konserviert und in Kühlwaggons nach Chicago transportiert wurden, und deren Herkunft und Konservierungsdauer auf den Menulisten ausführlich geschildert war. So unter anderem Kanarienvogel, welcher im Juni d. J. im Columbiafluß gefangen wurde; Stahlfisch, welcher am 16. Juni gefangen und seither in gefrorenem Zustand aufbewahrt war; Truthähne, welche im Januar d. J. und Gänse, welche im Dezember v. J. geschlachtet, also durch fast 10 Monate in gefrorenem Zustande eingelagert waren; Butter, welche im Oktober v. J. hergestellt, also mehr als ein Jahr im Kühlhaus eingelagert war; Eier, welche im April d. J. gesammelt und seither im Kühlhaus aufbewahrt waren; Kronbeeren von Wisconsin, welche im Herbst 1912 geerntet und bei — 20 Grad eingelagert waren. Und all diese aus konservierten Materialien hergestellten Gerichte erwiesen sich von tadelloser Qualität und vorzüglichem Geschmack, der beste Beweis für die einwandfreie Wirkung der Konservierung durch Kälte.

Zinshöhermässigung. Auch die Oesterreichisch-Ungarische Bank hat jetzt ihren Diskontsatz von 6 auf 5 1/2 Prozent ermäßigt.

Letzte Nachrichten.

Verchtolds Politik wird gebilligt.

Wien, 27. November. (B. Z. V.) Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten der österreichischen Delegation hat nach einer längeren Rede des Ministers des Auswärtigen, Grafen Verchtold, in welcher er die Ausführungen und Anfragen der Delegationsmitglieder beantwortete, das Budget des Ministeriums des Auswärtigen im allgemeinen mit großer Mehrheit angenommen. In der Spezialdebatte wurde der Dispositionsfonds des Ministeriums mit zwölf gegen die sechs Stimmen zweier Abgeordneter, der Deutschnationalen Dr. Langenhau, Dr. Waldner und Wolf und des Sozialisten Ellenbogen angenommen; einige Forderungen hatten die Sitzung verlassen.

Englische Liberale für Rüstungseinschränkung.

London, 27. November. (B. Z. V.) In einer Versammlung der nationalen liberalen Vereinigung, die heute in Leeds stattfand, bildete den Hauptgegenstand der Beratung eine Resolution betreffend die Einschränkung der Rüstungen. Es wurde dabei betont, daß dem Wachstum der Flotte eine steigende Steuerlast folgen müsse, und daß daher keine Gelegenheit veräußert werden sollte, um die freundschaftlichen Beziehungen mit den freundlichen Mächten zu fördern.

Zusammenstoß zwischen deutschen und italienischen Studenten.

Graz (Steiermark), 27. November. (B. Z.) Vor der hiesigen Universität ist es heute zu blutigen Krawallen zwischen italienischen und deutschen Studenten gekommen. Die Sicherheitswache kam mit blankgelegtem Säbel in den Vorgarten der Universität herangefahren, um die streitenden Parteien zu trennen. Auf deutscher Seite gab es vier Verwundete. Die Italiener hatten 15 Verwundete, darunter 5 schwer. Zwei deutsche und ein italienischer Student wurden verhaftet.

Brandkatastrophe auf einer Schiffswerft.

Delfingfors, 27. November. (B. Z. V.) Auf einer hiesigen Schiffswerft brach auf einem Dampfer während der Arbeit Feuer aus. Fünf Arbeiter sind in den Flammen umgekommen, zwei erlitten schwere Brandwunden. Das Feuer wurde bald gelöscht.

Wahlverein des 3. Berliner Reichstagswahlkreises.
 Sonntag, den 30. November, abends 6 Uhr, in den Arminshallen,
 Kommandantenstr. 58:

Lichtbilder = Vortrag

über: **Die Abstammung des Menschen.**

Eintritt inkl. Garderobe 25 Pf.

Nach dem Vortrag: **Gemütliches Beisammensein.**

Der Massenstreik gegen die Staatskirche.
 Tagesordnung:

Es ist die **höchste Zeit!**
Nachversammlung

für Straßenbahner, Droschkenkutscher, Kellner,
 Chauffeure usw.

Freitag (sam Sonnabend) Mitternacht 12 Uhr:

Festsäle, Koppenstr. 29.

Redner: Schriftsteller **Hans Leub, Ad. Hoffmann (M. d. A.).**

Es lebe der Freiheitskampf von 1913!

Für Unkosten 10 Pf.

295/7

Die Einberufer: **Adolf Harnot, Otto Lehmann-Rußbildt.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.
 Telefon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Branchen-Versammlung
 der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher
 sowie Rundscheifer

in Obiglos Festhallen (früher Keller) gr. Saal, Koppenstr. 29.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: Die Lage der Unternehmer — Die Ansichten
 der Arbeiter. Referent: Schriftsteller Genosse Kurt Feinig. — 2. Dis-
 kussion. — 3. Branchenanglegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Zahl der Arbeitslosen
 ist in letzter Zeit gestiegen. Die Unternehmer machen sich das zu-
 nütze. Überall werden Verschlechterungen der Lohn- und Arbeits-
 verhältnisse durchzuführen versucht. Deshalb ist es Pflicht eines
 jeden Kollegen, sich um die Organisation zu kümmern und in der
 Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 30. November 1913, vormittags 9 1/2 Uhr:

Gruppen-Versammlung
 der Scharfschleifer

im Lokal von Niesel, Hufschmiedstraße 40.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die „Volksfürsorge“. Referent: Kollege Paul
 Kallste. — 2. Gruppenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung
 pünktlich zu erscheinen.

Montag, den 1. Dezember 1913:
Bezirks-Versammlungen
 für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

Norden: Pharussäle, Müllerstr. 112, abends 8 1/2 Uhr.

Vortrag des Reichstagsabgeordneten Karl Spiegel.

Norden: Büttner's Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Frankes Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.

Moabit: Frachtsäle Nordwest, Vieckstr. 24, abends 8 1/2 Uhr.

Vortrag: Neue Arbeitsmethoden. Referent: Kollege Hans Böttler.

Charlottenburg: Volkshaus, Reichenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.

Tegel: Wohlfahrts Festsäle, Reinickendorfer Weg, Eichhorn-
 straße 18, abends 6 Uhr.

Westen und Schöneberg: Vereinshaus, Schöneberg,
 Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.

Osten: Comeniusäle, Memeler Str. 67, abends 8 1/2 Uhr.

Lichtenberg: Restaurant Karkowski, Pfarrstraße 74,
 abends 8 1/2 Uhr.

Siralau - Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 3,
 abends 8 Uhr.

Weißensee: Penkerts Restaurant, Berliner Allee 251,
 abends 8 1/2 Uhr.

Beratung des Antrags der Vertrauensleute betr. Hauskasserung im
 Bezirk I.

Südenbezirke: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4),
 abends 8 1/2 Uhr.

Neukölln: Bartschs Festsäle, Hermannstr. 18/19, abends
 8 1/2 Uhr.

Humor in der Literatur. Referent: Genosse Davidsohn.

Steglitz: Albrechtshof, Albrechtstr. 1a, abends 8 1/2 Uhr.

Köpenick u. Friedrichshagen: Restaurant Linden-
 garten, Friedrichs-
 hagen, Friedrichstr. 79, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag über: Feuer-
 besatzung.

**Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannis-
 thal u. Umg.:** Wilhelmshof, Wilhelmshofstraße,
 abends 8 1/2 Uhr.

Spandau: Schulze, gen. Köhne, Neumeisterstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Berichterstattung von der General-
 versammlung.**

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

130/10 Metallarbeiter-Notizkalender 1914, Stück 60 Pf., sind im
 Bureau und bei den Bezirkskassieren zu haben.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz

10-2-7. Sonntags 10-12

Gewand. Redakt.: Alfred Dieckow, Neukölln. Inseratenteil verontw.

Arbeiter-
 Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Blode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierg. 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierg. 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Dierg. 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen
Einseker.

Sonntag, den 30. November, vormittags 10 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal III.

Tagesordnung:

1. Vortrag: „Aus der Reichs-Versicherungsordnung.“ (Kranken-
 versicherung.) Referent: Arbeitersekretär Eugen Brückner.
 2. Bericht von der Generalversammlung.
 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen aus Groß-Lichterfelde und Steglitz sind besonders eingeladen.

Fischbranche.

Sonntag, den 30. November, vormittags 10 Uhr,
 in den „Comenius-Festhallen“, Memeler Str. 67.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Statistik.
 2. Bericht von der Generalversammlung.
 3. Verbandsangelegenheiten.

Versammlung

für alle in der Küchenmöbelindustrie
 beschäftigten Holzarbeiter.

Sonntag, den 30. November, vormittags 10 Uhr,
 im „Englischen Hof“, Alexanderstr. 70

1. Die Lage in der Berliner Küchenmöbel-Industrie und die
 Einfuhr von auswärts. Referent: Kollege Peters. 2. Diskussion.
 Jeder Kollege erscheine, Kontrolle findet nicht statt.

Bezirk Nordosten.

Montag, den 1. Dezember, abends 5 1/2 Uhr, bei Voelker, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung.
 2. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags 4 Uhr,
 bei Obiglos (früher Keller), Koppenstr. 29:

Märchenvortrag mit Lichtbildern
 für Kinder.

Einlaß 3 1/2 Uhr. Anfang 4 Uhr.
 Einlaßkarten a 10 Pf. für Kinder und deren Begleiter sind auf
 allen Jahrestellen, beim Gastwirt Kollegen Greibe, Kungestr. 30 und im
 Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Schiffseigner, Boots-
 und Steuerleute! Heizer und Maschinisten!**

Sonntag, den 30. November 1913,

nachmittags 4 Uhr,

im Lokale von Kottke, Berlin, Fischerstraße 25, in der Nähe der
 Mühlendammstraße, an der Fischerbrücke:

Große öffentliche

Schiffer-Versammlung.

Tagesordnung:

Am Vorabend neuer Kämpfe um Zolllarif.

Referent: Redakteur Emil Eichhorn.

Freie Aussprache.

197/12 Der Einberufer: Richard Herbst, Berlin, Lettstraße 7.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bureau: Engelufer 15. Geöffnet v. 9-1 u. 4-8 Uhr. Tel. N. Worplatz 11443

Achtung! Achtung!

Sonntag, den 30. November, vormittags von 10 bis 1 Uhr:

Urabstimmung!

Wegen des Ausbaues der Arbeitslosen-Unterstützung auf
 lokaler Grundlage (höhere und längere Unterstützung) findet in nachstehenden
 Lokalen eine Urabstimmung statt.

Jedes an der Urabstimmung teilnehmende Mitglied hat die Verbands-
 legitimisation mitzubringen und darf nicht mehr als acht Wochen ruf-
 fähig sein.

Jugendliche und weibliche Mitglieder, die den 30. 11. 1913 nicht zählen,
 können nicht abstimmen. (Alles Nähere siehe Flugblätter.)

Abstimmungs-Lokale.

- Bezirk Norden:** Döbling, Brunnenstr. 79. Hoffmann, Palmenallee Str. 3. Thiel, Albrechtstr. 7.
- Bezirk Schönhauser Vor-
 stadt:** Gleich, Koppenhagen Str. 74.
- Bezirk Nordwest:** Bürgeräle, Beuststr. 9. Särder, Stromstr. 36.
- Bezirk Osten:** Rott, Strahmannstr. 29. Schmidt, Gubener Str. 13. Tante, Bismarckstr. 12.
- Bezirk Südost u. Süden:** Schulze, Köpenicker Str. 17. Weisse, Belfortstr. 67. Kleinf, Arndtstr. 35. Werner, Friedrichsstraße, Wilhelmstr. 66.
- Bezirk Rummelsburg-
 Lichtenberg:** Ritter, Schillerstr. 26.
- Bezirk Oberschöneweide:** Raabe, Wilhelmshofstr. 43.
- Bezirk Johannisthal:** Göbl, Roentgenstr. 2.
- Bezirk Neukölln:** Weigelt, Steinmetzstr. 93. Schmidt, Reuterstr. 24.
- Bezirk Charlottenburg:** Boltshaus, Reichenstr. 3. 57/14*
- Bezirk Weißensee:** Pantisch, Leberstr. 5.
- Bezirk Tegel:** Zorner, Schillerstr. 50. Schulze, Vorfigwalde, Schubert-
 Straße 39.
- Bezirk Reinickendorf:** Löwung, Schwanenbergr. 37.
- Bezirk Spandau:** Röhr, Brömmannstr. 11. Wind, Bismarckstr. 5.
- Bezirk Köpenick:** Müller, Alter Markt 8. Schröder, Friedrichshagen, See-
 Straße 103.
- Bezirk Adlershof:** Tempel, Kronprinzenstr. 46. Türr, Alt-Glienide, Köpenicker
 Straße 6.
- Bezirk Schöneberg:** Gacidel, Vorbergstr. 9.
- Bezirk Niederlehme:** Koch, Riederichme, Jägerstr. 8.
 Knorr, Jernsdorf.
- Bezirk Teltow:** Bonow, Seeliner Str. 16.
- Bezirk Blankenfelde:** Staab, Blantensfelde.
- Bezirk Erker:** Degebrodt, Gesellschaftshaus.
 Die Ortsverwaltung.

Schultheiss' Brauerei Act.-Ges., Berlin.

Bilanz am 31. August 1913.

	M.	Pf.
Aktiva.		
Grundstücke	6 700 338	43
Gebäude und Kellereien	15 607 888	93
Wege- und Eisenbahn-Anlagen	100	—
Brunnen-Anlagen	100	—
Kanalisations-Anlagen	100	—
Lagerfässer und Bottiche	1 471 481	71
Maschinen und Utensilien	1 247 990	14
Inventar	1 447 086	68
Inventar und Einrichtung der Ausschanklokale	550 108	91
Lokal „Zum Schultheiss“ am Wannsee	355 319	35
Eisenbahnwagen	64 959	25
Pferde, Wagen und Motorwagen	784 579	82
Absatztonnen	244 984	40
Inventar und Einrichtung der auswärt. Niederlagen	228 996	32
Kasse	292 069	10
Wechsel	119	—
Effekten	3 361 847	45
Bankguthaben	4 477 291	32
Hypotheken und Darlehen	3 394 407	63
Sonstige Debitoren	624 400	95
Fällige Zinsen	28 036	78
Vorausbezahlte Mieten	44 542	47
Vorausbezahlte Steuern	92 443	87
Warenbestände in den Hauptbetrieben	2 287 103	83
Warenbestände in den auswärtigen Niederlagen	138 987	65
Verschiedene Vorräte (Abgänge, Futter usw.)	43 011	28
Ausstehende Forderungen	622 011	67
	46 919 274	54
Passiva.		
Aktien-Kapital	14 000 000	—
Prioritäts-Obligationen	1 248 900	—
Hypotheken	4 145 070	74
Nicht abgehobene Prioritätszinsen und Dividende	2 905 50	—
Prioritätszinsen per Juli/August	8 200	—
Wohlfahrtsfonds	460 540	17
Richard Roosicke Beamten-Pensionskasse	903 781	11
Sparkasse der Angestellten und Arbeitnehmer	4 236 210	62
Depositen-Guthaben der Kunden und Angestellten	6 769 708	92
Kautionen	126 612	75
Kreditoren	1 875 292	63
Restante Brausteuer und Gemeinde-Biersteuer	3 519 993	19
Dekredere	205 895	56
Reservofonds	7 003 000	—
Gewinn	2 618 104	55
	46 919 274	54

Berlin, den 5. November 1913.
 Geprüft und richtig befunden.
Der Vorstand.
 Die Rechnungsrevisoren: Boehme, Scheibel, Sautner.
 G. Kraner, Alexander Jacoby, Funke, Gerduin, Führ.
 Die Ausschüttung der Dividende von 16 Proz. für das Ge-
 schäftsjahr 1912/13 erfolgt vom 29. November d. J. ab in den
 gewöhnlichen Geschäftsstunden an der Couponskasse der Deut-
 schen Bank in Berlin W, Kanonenstr. 29/30.
 Berlin, den 27. November 1913.

Schultheiss' Brauerei
 Aktien-Gesellschaft.
 L. Boehme. Scheibel.

Schubert's Armeesohle
 hergestellt aus
**reiner hydrophiler
 Baumwolle.**
 Aerztl. anerkannter
 bester Schutz gegen
**Kälte und
 Schweiß.**
**Kein Wundlaufen!
 Keine Erkältung!
 Keine harte Haut!
 Keine Blasen!**
**Für
 ältere Leute unentbehrlich.
 Schont Schuhe u. Strümpfe.**
 Fabrikant: Oswald Schubert, Harthau bei Chemnitz.
 Zu haben in allen Schuh-, Drogerie-
 und einschlägigen Geschäften.
 In ständ. Geschäften der Firmen
 A. Jandorf & Co., A. Wertheim
 Conrad Lück & Co., H. Pech
 sowie in allen Schuh-, Drogerie-
 und einschlägigen Geschäften.

Goldgeist!
 mit Brut vermischt radikal Rademachers Goldgeist,
 gen. gesch. Nr. 75198. Geruch u. farblos. Reinigt die
 Kopfhaut v. Schuppen, befreit d. Haarwuchs, ver-
 zuzug von Parasiten. — Wichtig für Schulkinder.
 Tausende v. Anerkennungen. Fl. a 0.50 u. 1.00 M.
 in Apotheken und Drogerien. Man weise Nach-
 ahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen:
Goldgeist!
 Verkaufsstelle: Fritz Kratz, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 119.
 Engrosniederlage: A. Neumann, W. 57, Potsdamer Str. 65.

Augen auf!
 Beim Einkauf Ihrer Herrengarderobe elegante Winter-
 Ulster, Paletots, Anzüge aus guten Stoffen, selbst an-
 gefertigt, für jede Figur passend, auf Lager.
 Unsere Preise sind unerreicht billig.
Winter-Ulster M. 14.—, 18.—, 24.— usw.
Herrn-Paletots 10.—, 15.—, 20.—
Jackett-Anzüge 12.—, 16.—, 22.—
Gehrock-Anzüge 25.—, 30.—, 36.—
Jünglings-Anzüge 9.—, 12.—, 15.—
Herrn-Hosen 2.—, 3.— bis 8.—
 Gummi-Mäntel von M. 10.— an. Wetter-Pelorien von M. 6.— an.
 Winter-Joppen von M. 5.— an.
**Institut für Verleihung
 eleganter Gesellschafts-Anzüge**
Garderobenhaus
 Hauptgeschäft: Große Frankfurter Straße 116 an der
 Andreasstraße
 2. Geschäft: Schönhauser Allee 101.

Gewerkschaftliches.

Die Bauarbeiter und die Arbeitslosenunterstützung.

Zum dritten Male kommen in diesem Jahre die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu einem Verbandstage zusammen.

Es ist eine außerordentliche Tagung der Bauarbeiter, die am Montag, den 1. Dezember, in Hamburger Gewerkschaftshaus beginnt.

Mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung haben sich die Bauarbeiter, der frühere Verband der Maurer sowohl wie der der Bauhilfsarbeiter wiederholt beschäftigt.

Auf dem Verbandstage der Maurer 1905 in Braunschweig wurden die ersten Anträge auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung gestellt.

Unterdessen hatten zahlreiche andere Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und mit ihr gute Erfahrungen gemacht.

Bei der Abstimmung erklärte sich der Verbandstag mit 301 gegen 97 Stimmen im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

endgültig über Form und Inhalt des Statuts beschließen sollte. Später wurde noch eine Kommission eingeleitet.

Auf dem Verbandstage, der im Mai dieses Jahres in Berlin zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen Stellung nahm, gab dann diese Kommission ihren Bericht.

Spricht sich ein Viertel der Zweigvereine, die mindestens die Hälfte aller Mitglieder umfassen, für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus.

Die Voraussetzungen dieses Antrages wurden erfüllt. Bis Ende September hatten sich 500 Zweigvereine mit etwa 200 000 Mitgliedern (von zirka 330 000) für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und für die Vorlage der Kommission ausgesprochen.

Der Vorstand unterbreitet dieser Tagung die von der Kommission ausgearbeitete Vorlage. Nach dieser Vorlage können die Mitglieder nach einjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft und Leistung von mindestens 44 Wochenbeiträgen Kranken- und Arbeitslosenunterstützung beziehen.

Die Beiträge müssen natürlich bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Erhöhung finden. Sie betragen zurzeit je nach dem Stundenlohn in der 1. Klasse bei 35 Pf.

Als Termin für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung schlägt der Vorstand den 1. Juli 1914 vor. Eine ganze Reihe Zahlstellen, darunter die größten, wie Berlin, Hamburg, München, beantragt, den 1. März zu nehmen.

Kleines feuilleton.

Selbstkritik. „Deutsche Ruhmesbilder und Ehrenfaseln“ heißt ein Buch, das in einem Heidelberger Verlag erschienen ist.

Deutschland, wenn deine Feinde drängen, ström' an die Gränt deines toten Leuen und hol' ihn du zu Friederichsruh aus der Totenruh' und lege mit Helm und Harnisch bewehrt, Widmard auf ein gepanzertes Pferd und fahr' ihn in die Feldschlacht mit, wie die Spanier den Leichnam des großen Eid!

Wleibt nur die bange Frage: ob der tote Leu die Knochen, die nur nicht von ihm da sind, für seine großmäuligen Nachfahren zu Markte reiten würde.

Ein Rat für Tausende. Im „Roland“, der Monatschrift für freisinnige Erziehung in Haus und Schule (Alfred Junfermann Verlag, Hamburg) teilt Heinrich Scharrelmann folgenden Elternbrief mit:

Scharrelmanns Antwort lautet: Sehr geehrter Herr! Wenn Sie die große Anzahl Briefe sehen, die alle ähnlichen Inhalts sind wie der Ihre, aus dem ich hier ein Stücklein abdrude, dann würden Sie begreifen, daß derartige Klagen der Eltern über eine falsche oder ungerichte Behandlung ihrer Kinder in der Schule häufig sind wie Sand am Meere.

diese Prügelstrafen über das Kind verhängt worden sind. Wahrscheinlich daß Ihr Sohn während des Unterrichts nicht auf, spielt oder macht irgendwelche anderen Dummheiten.

Küßt Ihr Besuch beim Lehrer nichts, wenden Sie sich getrost an die Leitung der Schule. Schlimmstenfalls können Sie ja den Jungen in eine andere Schule schicken.

Ein Druckfehler. Alexander III. von Rußland pflegte bekanntlich zu sagen, in seinem Reiche stelle alles, mit Ausnahme des Kores. Was den Jaren anging, war Alexander III. bei diesem Urteil Partei.

Natürlich ist die Notiz durch einen Druckfehler gröblich, ganz gröblich entstellt worden, denn es muß, wie jeder Leser ganz von selbst bemerkt, heißen: Weil sich in seiner Begleitung die Generalität und die Polizei befand, wurde dem Kriegsminister sein Portemontagne mit fünfshundert Mark gestohlen.

Fürken als Aufsichtsräte. In einem Inserat der „Soss. Zeitung“ wird einem älteren inaktiven Offizier oder einem ersten eine Stellung als Aufsichtsrat in einer ersten Industriegesellschaft angeboten.

Das Inserat spricht in diesem Fall nur von einem inaktiven Offizier, nicht aber von inaktiven Fürken. In den Zeitungen der Zukunft werden sich vielleicht Annoncen finden, in denen inaktive Fürken sich um industrielle Stellen bewerben.

Berlin und Umgegend. Der Staatsanwalt als Retter der Victoria!

Das Vermögen der Victoria ist in Gefahr! Um 180 M. ist das rund eine Milliarde — 1 000 000 000 M. — betragende Vermögen dieser Gesellschaft durch Mahnungen, bei denen „alle Momente des kriminellen Betruges gegeben sind“, leihthin geschädigt worden.

Dies ein Auszug der Denunziation, die die Victoria bei der Staatsanwaltschaft eingereicht hat. Alle Momente! Zwar wird das Recht, derartige Darlehen am Gehalt zu kürzen, unter Berufung auf § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches von durchaus rechtskundigen Leuten entschieden bestritten.

Doch im Ernst gesprochen. Ist es nicht empörend, wie frechhaft leichtfertig diese Kleingeldgesellschaft mit dem guten Ruf der bei ihr einmal angestellt gemeinen Beamten umgeht?

Verhärfung des Vorkotts in der Innungsherberge der Schmiede.

Bereits kurze Zeit nachdem der jetzige Wirt Wum die Innungsherberge der Schmiede in der Kuladstraße übernommen hatte, sahen sich die Schmiede gezwungen, gegen diesen Mann Stellung zu nehmen, weil er sich den bei ihm verkehrenden Schmieden gegenüber in durchaus ungehöriger Weise benahm.

einer sehr begehrten Ware macht. Am Ende würde die schände Geschäftswelt gar auf den fortupten Gedanken kommen, wirkliche Leistungen von ihnen zu verlangen.

Und dann blickten wir sehr trübe in die fursliche Zukunft.

Notizen.

Deutsche Arbeiterlängerfahrt nach Paris. Der Arbeitergesangverein „Freiheit“ zu Düsseldorf (Mitglied des deutschen Arbeiterlängerbundes) veranstaltet 1914 eine Sängerkunft nach Paris.

Kunstabend. Die Neue freie Volkshöhne veranstaltet am Sonntag, den 30. November, in der Aula des Friedrichs-Gymnasiums einen Richard-Dehmel-Abend zur Feier des 50. Geburtstages des Dichters, bei dem Julius Bab, Ludwig Hartau und Marie Fuchs mitwirken werden.

Der Parlamentskläfer. Es war in einer Sitzung des englischen Parlaments, so erzählt eine Londoner Wochenschrift, in der Lord North, sonst als Schläfer berühmt, einmal nicht schlief.

Der Seelenjäger der Devoten. Die Zeitschrift „Automobilwelt — Flugwelt“ bemerkt mit Grimm, daß Peugeot in Frankfurt a. M. in der Unterhaltung mit fursichtigen Personen mit den Händen in den Hosentaschen und der Zigarette im Munde dagesandten habe, und freidet es beagten Fursichtigkeiten an, daß sie sich ruhig gefallen ließen.

Der Seelenjäger der Devoten. Die Zeitschrift „Automobilwelt — Flugwelt“ bemerkt mit Grimm, daß Peugeot in Frankfurt a. M. in der Unterhaltung mit fursichtigen Personen mit den Händen in den Hosentaschen und der Zigarette im Munde dagesandten habe, und freidet es beagten Fursichtigkeiten an, daß sie sich ruhig gefallen ließen.

Stadtb. Sonnenfeld: Die Gedankentiefe, die sich in der Bemerkung des Stadtb. Hoffmann über die Juristen ausdrückt, besitzt kein anderer in dieser Versammlung mehr. Herr Jubel hat mich als sozialpolitisch besonders rüchlich bezeichnet. Für dieses Urteil besitzt Herr Jubel keine Legitimation; ich überlasse es der Weisheit dieser Versammlung.

Vorsitzer Mischelet: Ich habe vorher schon meinerseits konstatiert, daß Herr Hoffmann mit dem Zwischenruf eine Verleumdung der Schönbörger Stadterwaltung, mit der wir in freundschaftlichen Beziehungen stehen, nicht beabsichtigt hätte.

Stadtb. Hoffmann: Ich will noch einen weiteren Zurückzieher machen: selbst die Schönbörger Bauern von 1860, glaube ich, würden sich eine derartige Behandlung nicht haben gefallen lassen.

Vorsitzer Mischelet: Von einem unzulänglichen Verhalten oder Verfahren des Räumers habe ich absolut nichts gehört und muß diese Behauptung auf das Entschiedenste zurückweisen.

Stadtb. Jubel: Ich lehne es ab, mit Herrn Sonnenfeld in Kontroverse zu treten. (Gelächter bei der Weisheit.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Arons mit 60 gegen 51 Stimmen abgelehnt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/2 11/2.

Soziales.

Aus dem Gewerbegericht. Kammer 5.

Kammer 5, Vorf.: Magistratsrat Dr. Wöbling.

1. Gehilfen oder Werkmeister?

Ein Werkmeister Dräger forderte gestern von der Firma Krüger u. Friedberg Lohnentbindung für 6 Wochen in Höhe von 198 M. wegen plötzlicher Entlassung.

Kläger war ursprünglich als Monteur auf Stücklohn eingestellt. Später bekam er festen Wochenlohn, hatte die Arbeiter seiner Abteilung zu beaufsichtigen, mußte Arbeiten ausgeben und abnehmen, Arbeiter unterweisen, Lohnbücher führen und hatte auch in einigen Fällen Arbeiter eingestellt bzw. entlassen. Während eines Besuchs in der Betriebsleitung war er, wie der Chef jagab, der einzige, auf den sich der Chef stützen konnte. Der Kläger war mithin allmählich in die Funktion eines Werkmeisters hineingewachsen. Der neue Betriebsleiter bezeichnete ihn auch als solchen, obwohl eine förmliche Vorstellung unterblieb. Demnach war der Anspruch auf eine sechsmonatige Kündigungsfrist an sich berechtigt gewesen. Die vom Chef als Gründe zur sofortigen Entlassung aufgestellten Behauptungen wurden durch die Beweisaufnahme widerlegt.

Leider ließ er sich bewegen, einen Vergleich in Höhe von nur 30 M. einzugehen.

Charakteristisch ist bei derartigen, mehrfach schon verhandelten Meisterklagen, daß sich die Firmen sehr gern die erhöhten Leistungen ihrer befähigten Angestellten gefallen lassen, wenn es aber an das Fehlen geht, alles aufbieten, die völlige Unbrauchbarkeit des Betreffenden darzutun.

2. Simulationskrankheit.

Ein Zeichner der Firma Mohr forderte für 9 Krankheitsstage Bezahlung mit 37,50 M.

Dem Kläger war gehündigt. Er erkrankte an Schwindelanfällen und Kopfschmerz, blieb von der Arbeit weg und leitete der Firma den Grund mit. Drei Tage später erhielt er einen Medizinischen Bescheinigung. Inzwischen hatte sich sein Zustand soweit gebessert, daß er hoffen durfte, in den nächsten Tagen wieder arbeitsfähig zu sein. Deshalb unterließ er es, einen Arzt zu rufen. Es trat jedoch ein Rückfall ein; erst nach 9 Tagen konnte er zur Arbeit erscheinen. Seine Logiswirtin bestätigte, daß er während der 9 Tage zu Bett gelegen hat.

Der Vertreter der Beklagten bezweifelte dennoch das Vorliegen einer Krankheit und meinte, wogu zählt denn der Unternehmer die Krankheitsbeiträge, wenn er auch in Krankheitsfällen den Lohn weiterzahlen soll?

Das Gericht kam zu einer Beurteilung dem Klageantrag entsprechend. Es sei nicht zu verlangen, daß einer wegen jeder Kleinigkeit zum Arzt laufe. Kläger habe sich zudem entschuldigt. Wurden Zweifel in seine Krankheit gesetzt, dann mußte ihm das zu verbleiben gegeben werden, damit er noch während seiner Krankheit von einem Arzt eine Bescheinigung erhalten konnte.

Lohnaufrechnung.

Das Reichsgericht hat in einer neuerdings veröffentlichten Entscheidung wiederum, dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes entsprechend, entschieden, daß in der angeleglichen Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts wegen einer fälligen Geldforderung gegenüber einer fälligen Lohnforderung in Wahrheit regelmäßig eine Aufrechnungserklärung liegt, die den Beschränkungen der Aufrechnung, insbesondere dem § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuches, unterliegt. (Entscheidung vom 30. September 1913.) Es ist demnach die Aufrechnung nur so weit zulässig, als der Arbeitsverdienst 1500 Mark jährlich übersteigt; ein Zurückbehaltungsrecht ist gegenüber dem Aufrechnungsverbot unzulässig.

Gerichts-Zeitung.

Die Gräfin als Angeklagte.

In der gestrigen Sitzung kamen zwei neue Wunderfälle zur Verhandlung, die die Angeklagte gegen Provision vermittelt haben soll. In dem einen handelt es sich um den früheren Leutnant im 11. Württembergischen Infanterie-Regiment, Christian v. Mey. Wegen seines leichtsinnigen Lebenswandels hat er den Dienst quittieren müssen und wurde wegen Verschwendung entmündigt. Im September hat er sich im Vodensee ertränkt. Bei dem Darlehnsgeschäft handelte es sich um 50 000 M. In dieser Höhe sollen Schmuckgegenstände gekauft und dann für 10 000 M. verpfändet worden sein. Die Angeklagte behauptet, von einer Entmündigung des Leutnants sei ihr nichts bekannt gewesen, dieser sei mit der Witte um Rat wegen Anschaffung eines Schmucks für seine Frau an sie herantreteten. In dem anderen Fall handelte es sich um den Leutnant A. D. Darlohe. Er soll durch Vermittlung der Angeklagten gegen ein Dreimonatsdarlehen über 10 000 M. 8500 M. erhalten haben. Der als Zeuge vernommene Besondere bekräftigt die Frage eines Verleidigers, ob im Internationalen Klub zu Baden-Baden sich die allerreichsten Leute, wenn sie im Spiel augenblicklich mal Hamm geworden sind, von dem Klubaffizier, Herrn Roque, Geld zu Spielwetten geben lassen und daß Herr Roque für je 1000 M. 10 M. pro Tag erhält sowie daß diesen hohen Prozentsatz auch ganz reiche Leute, vielfache Millionäre, zahlen.

Angeklagte Gedichte.

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts III hatten sich gestern der Herausgeber des „Pan“, Schriftsteller Dr. Alfred Kerr (Kempten), der Student Alfred Denfsche aus München und der Student Karl Dede aus Strauß und wegen Verbreitung einer unächtigen Schrift bzw. wegen Verhülfe und Begünstigung zu verurteilen. Als Sachverständiger war Schriftsteller Richard Dehmel geladen.

Es handelt sich um drei Gedichte, die der Angeklagte Denfsche unter dem Namen Alabund dem „Pan“ zugesandt hatte und die dort veröffentlicht worden waren. Ueber den literarischen Wert der Gedichte begn, die Frage, ob sie unzüchtig zu bewerten sind, haben die Verteidiger Rechtsanwält Grünspach und Dr. Alie Gutachten von Franz Bebel, Dr. Max Halbe, Karl Denks, Erich Mühsam und Theodor Engel eingeholt und zu den Akten gegeben.

Der Angeklagte Kerr ist der Herausgeber und Eigentümer der Wochenchrift „Pan“. Er opfert für diese Schrift, wie er erklärt, nicht unbedeutende Zugüsse. Die Tendenz des „Pan“ gehe dahin, Reverscheinungen auf dem allgemeinen Kulturgebiet

zu erörtern und für oder gegen Stellung zu nehmen, ferner die „fortgeschrittene Lyrik“ zu pflegen, die Lyrik junger Talente zu fördern usw.

Ehe zur Verlesung der Gedichte geschritten wurde, beantragte der Staatsanwalt den Ausschluß der Öffentlichkeit, während die Verteidiger die Zulassung einiger anwesender Vertreter der Presse beantragten. Das Gericht beschloß, die Öffentlichkeit auszuschließen und nur dem anwesenden Vorsitzenden des Sauberverbandes deutscher Schriftsteller, Ulrich Kauscher, zu gestatten, der Verhandlung beizuwohnen.

Der Staatsanwalt beantragte, da nach seiner Ansicht zwei der veröffentlichten Gedichte des Alabund das Scham- und Sittlichkeitsgefühl gründlich verletzend seien, gegen Kerr 100 M., gegen Dede wegen Begünstigung 20 M. Geldstrafe. Das Gericht kam nach längerer Ausführung der Rechtsanwält Grünspach und Dr. Alie zur Freisprechung. Nach Ansicht des Gerichts seien die beiden Gedichte objektiv als unzüchtig zu erachten. Es könne sich nur darum handeln, ob der Angeklagte Kerr den unzüchtigen Charakter erkannt und trotzdem die Gedichte veröffentlicht hat. Das Gericht hat in dieser Hinsicht Zweifel gehabt und sich dem zugunsten des Angeklagten ausgefallenen Gutachten des Sachverständigen Dr. Dehmel angeschlossen. Gegen den zweiten Angeklagten ist ein Schuldbeweis nicht erbracht worden. Das Gericht hat schließlich im objektiven Verfahren die Unbrauchbarkeit der inframierten Gedichte und der vorfindlichen Exemplare der Nr. 21 des „Pan“ angeordnet.

Die feindlichen Gemeindevorsteher.

Ein hitziger Streit, der im Anschluß an den Bau der sog. Uferbahn Grünau-Schmöditz zu öffentlichen Protestversammlungen, Verteilung von Flugblättern usw. geführt hatte, bildete den Gegenstand eines Verleumdungsprozesses, der gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langer die 5. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Als Kläger und Widerbeklagter trat der frühere Gemeindevorsteher von Schmöditz, der Rentier Ernst Röll, gegen den jetzigen Gemeindevorsteher Max Schünemann und den Fabrikanten Hermann Heile auf. Dieser Prozeß hat schon einmal das Schöffengericht Köpenick beschäftigt. Unter Schünemann ist durch die Gemeinde Schmöditz die Anlage einer Verbindungsbahn zustande gekommen, welche längs des Dahmeufers entlang führend eine bessere Verbindung mit Grünau bezw. Köpenick schafft. Hierbei soll die Gemeinde um 63 000 bis 70 000 M. geschädigt worden sein.

Der jetzige Kläger Röll spielt als Vorsitzender des Grundbesitzervereins in Schmöditz eine führende Rolle. In einer der Versammlungen des Grundbesitzervereins brachte Röll u. a. zur Sprache, daß ihm bekannt geworden sei, daß der Amtsvorsteher Schünemann von der „Continentalen Eisenbahnbetriebsgesellschaft“ eine Standuhr geschenkt erhalten habe, außerdem beziehe er von der Gesellschaft eine „Kommission“ von 1 Proz. der Einnahmen aus dem Bahnbetrieb. Diese Mitteilungen des R. riefen in der Versammlung allgemeines Erstaunen hervor. Einige Tage später wurde von Anhängern des Gemeindevorstehers Schünemann eine Protestversammlung einberufen, in welcher dieser selbst und auch der Mitangeklagte Heile die von Röll erhobenen Beschuldigungen mit aller Schärfe zurückwies. Es fielen dabei Ausdrücke wie: „insame Wühler“, „unerschämte Erbärmlichkeit“, „bewußte Unwahrheit“ usw. gegen Röll. Dieser erhob deshalb gegen Schünemann und Heile die Verleumdungsklage. Dieser Weg zum Akte hatte für den Kläger sehr üble Folgen. Denn das Schöffengericht Köpenick sprach die beiden Angeklagten frei, der Kläger, der frühere Gemeindevorsteher Röll, wurde aber auf die Widerklage der Angeklagten hin wegen seiner Behauptungen zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Auf die Berufung hin hob die Strafkammer das erste Urteil, welches wegen verleumderischer Verleumdung erlassen war, auf und verurteilte Röll nur wegen übler Nachrede im Sinne des § 186 zu 300 M. Geldstrafe. Das Gericht nahm an, daß der Wahrheitsbeweis, daß sich der Amtsvorsteher Schünemann der Verleumdung schuldig gemacht bezw. daß er Schmiergelber angenommen habe, völlig mißlungen sei. Dagegen habe das Gericht angenommen, daß der Angeklagte seinerzeit jene Behauptung nicht wider besseres Wissen aufgestellt habe; jedenfalls sei er aber über das im Rahmen des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) Zulässige weit hinausgegangen. — Bezüglich der von Röll angelegten Verleumdungsklage gegen Schünemann und Heile sei das Gericht der Ansicht, daß es sich hier um eine zur Abwehr unberechtigter Angriffe vorgebrachte Kritik handele, die allerdings im Affekt in etwas zu scharfen Worten gehalten sei. Das Gericht habe sich deshalb dem auf Freispruch lautenden ersten Urteil angeschlossen.

Zuchthaus gegen einen Fürsorgezögling.

Anfang Juli d. J. brach in den Warsower Fürsorgeanstalten eine große Revolte aus. Von den dort untergebrachten 110 Zöglingen entwichen nicht weniger als 76. Das Aufsichtspersonal floh vor den jungen Leuten in den nahen Wald. Aus Stettin wurde Polizei zur Hilfeleistung requiriert, die in Automobilen anrückte. Im Laufe der nächsten Tage gelang es, die meisten der Entflohenen wieder einzufangen. Eine Anzahl stellte sich auch freiwillig, und nur wenigen war es bezugnehm, sich länger der goldenen Freiheit zu erfreuen. Zu ihnen gehörte einer der Mädelstähler bei jenem Revolte, Franz Grajewski. Er trieb sich merkwürdig in Stettin herum und machte hier die Bekanntheit eines schon mit Zuchthaus verurteilten Mannes, Nöglin, mit dem zusammen er Wirtschaften niederen Ranges betrieb. Eines Tages kam es in einer solchen zu einem Streit, wobei Nöglin einen Gast derartig mißhandelte, daß er bestimmungslos zu Boden fiel. Nöglin sollte daher von einem herbeigeeilten Polizisten verhaftet werden, widersetzte sich aber seiner Eistierung, wobei ihn Grajewski behilflich war. Als der Polizist den festgenommenen mit Gewalt mitnehmen wollte, gab Grajewski auf den Beamten zwei Schüsse ab, die diesen schwer verwundeten. Erst mit Hilfe anderer Beamten konnten die beiden festgenommen werden. Sie hatten sich vor der Stettiner Strafkammer wegen Körperverletzung und gemeinschaftlichen Widerstandes zu verantworten. Der Gerichtshof verurteilte Grajewski, der kaum 18 Jahre alt geworden war, zu vier Jahren Zuchthaus, Nöglin zu einem Jahre Gefängnis.

Was ist ein Anlaß zu der Revolte in der Art des Fürsorgeanstaltensystems vor? Eine Aufklärung hierüber wäre sachdienlicher gewesen als die Verurteilung des jungen Mannes.

Aus aller Welt.

Die Nachkommen Ludwig XVII.

Eine Erinnerung an die Zeiten der großen französischen Revolution wurde dieser Tage vor der Pariser Zivilkammer aufgeführt. Nach der glücklichen Vereidigung Ludwig XVI. wurde der Thronfolger Karl Ludwig zu einem Schuhmacher in die Lehre gegeben. Kurze Zeit danach soll Ludwig gestorben sein. Später tauchten dann wieder Leute auf, die behaupteten, daß sie der angeblich gestorbene Thronfolger seien. Auch der früher in Spanien lebende Uhrmacher Raundorf behauptete, mit Ludwig XVII. identisch zu sein. Um die Behauptung, Nachkommen der Bourbonen zu sein, haben die Raundorfs viele Prozesse geführt, darunter auch einen jahrelangen Verleumdungsprozeß gegen Henri Rochefort und die Zeitung der Zeitung „Patrie“. In diesem Verleumdungsprozeß hat nun die 9. Pariser Zivilkammer ihr Urteil gefällt; die „Patrie“ wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, und den Nachkommen Raundorfs ist das Recht zugesprochen worden, sich „Bourbon“ zu nennen.

Explosion in einer Pulverfabrik.

Eine schwere Explosion ereignete sich am Donnerstagnachmittag in den Werken der rheinisch-anhaltinischen Sprengstoff-Atiengesellschaft bei Reinsdorf. Aus bisher unbekannter Ursache entzündete sich in einem Trockenhaus eine

Quantität Pulver, wobei zwei Trockenhäuser in die Luft gesprengt wurden. Zwei Arbeiter sind tot, ob unter den Trümmern noch mehr Opfer liegen, ist noch nicht festgestellt worden.

Auch ein Grund zum Selbstmord.

Aus H. S. H. wird uns geschrieben: Im benachbarten Hofheim hat der Arbeiter Schürmann aus einem eigenartigen Grunde Selbstmord begangen. Schürmann beschäftigte sich in seinen Freistunden mit einer rationalen Kanarienzucht und hatte darin sehr schöne Erfolge aufzuweisen, so daß ihm auf verschiedenen Ausstellungen, die er besuchte, eine ganze Reihe von Auszeichnungen zugefallen war. Als er vor kurzen wiederum einige seiner schönsten Tiere zu einer Kanarienzucht sandte, wurde ihm mitgeteilt, daß die Preisrichter keines seiner Ausstellungsobjekte prämiert hätten. Diese Nachricht nahm sich der ehrgeizige Züchter so sehr zu Herzen, daß er keine Freude mehr am Leben fand. Er begab sich in den Kanarienzucht und erhängte sich inmitten seiner Liebste.

Kleine Notizen.

Wieder einer. Direktor Weber von der Hölshöcker Vereinsbrauerei-Aktiengesellschaft wurde auf Grund eines richterlichen Haftbefehls festgenommen und dem Solinger Gerichtsgefängnis zugeführt. Die Verhaftung erfolgte wegen Unterschlagungen und Untreue zum Nachteil der Vereinsbrauerei.

Im Kampf mit Wilderern. Im Großvorsteher Gehölg, in der Nähe der Hamburger Schießstände, hat der Jagdaufsicher Sorgensfrei in der Nacht zum Donnerstag zwei Wilderer überfallen, die auf Hasen geschossen hatten. Der Zimmermann Wendorf-Ottensen wurde durch den Beamten im Handgemenge erschossen und der andere Wilderer, der 24jährige Gärtnerarbeiter Reibold verhaftet.

Ein zwölfjähriger Mörder. In Abbeville (Departement Somme) wurde ein zwölfjähriger Schulknabe namens Ragne verhaftet, der beschuldigt wird, am 12. d. M. in Cahez mit seiner Schwester einen Mordversuch an einer 70-jährigen Rentnerin verübt zu haben.

Der Präsident im Koffer. Der ehemalige Präsident von Nicaragua, Jelsa, wurde in New York im Hause eines Freundes, in das er in einem Koffer eingeschmuggelt worden war, aus dem Bett heraus verhaftet. Jelsa wird angeklagt, während seiner Präsidentschaft ungerichtlich den Befehl zur Hinrichtung zweier Amerikaner in Nicaragua gegeben zu haben.

Panik in einem Kinematographentheater. In dem französischen Orte Mauguio entstand am Mittwochabend in einem Kino ein Brand. Die Besucher sahen plötzlich eine gewaltige Stichflamme aus dem Innern des Operationsraumes herausschlagen. In dem darauf entstehenden Gedränge wurden sieben Frauen und zehn Kinder schwer verletzt. Der Operateur und der Besitzer des Theaters erlitten leichte Brandwunden.

Eine Tigerjagd nach Leipziger Muster hat sich am Donnerstag in dem französischen Städtchen Doué unweit Saumur abgespielt. Es sollte dort ein historischer Film aufgenommen werden, in dem auch ein Tiger „in Freiheit“ vorgeführt wird. Man brachte das Tier in einen mit Palisaden umstetzten kleinen Wald. Es gelang jedoch dem Tiger, über die mehrere Meter hohe Umzäunung hinwegzusehen, worauf das Tier sehr bald im Walde verschwand. Man alarmierte sofort die ganze Gendarmerie der Umgegend, die sich bis an die Zähne bewaffnet auf die Suche nach dem Raubtier machte. Zum größten Schrecken der umliegenden Dörfer hat man bisher noch keine Spur von dem Raubtier finden können. Wahrscheinlich werden heute noch die Garnisonen der umliegenden Grenzstädte alarmiert werden müssen, damit das Tier nicht nach ein Stübchen Schred wird. — Man sollte eine Abordnung Leipziger Schuppleute dorthin schicken. Der Erfolg, daß der Tiger eingefangen — pardon! zur Strecke gebracht wird, ist garantiert.

Jugendveranstaltungen.

Vonow-Nieder-Schönhausen. Die Arbeiterjugend veranstaltet am Sonntag, den 30. November, vorm. 10 Uhr, eine Reichstagsfeierung unter Führung eines Reichstagsabgeordneten. Treffpunkt 1/2 11/2 Uhr Vonow, Kirche. Jahrgeld 20 Pf. (mit der Straßenbahn 57). Auch Erwachsene sind hierzu eingeladen.

Schöneberg. Sonnabend, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr: Unterhaltungabend, bestehend aus Konzert, geselligen Vorträgen, Rezitationen und turnerischen Auführungen mit darauffolgendem Tanz. Eintrittspreis 30 Pf. Jugendliche 15 Pf. Deren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Einladungen sind nur durch die bekannten Stellen zu beziehen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist jaeben das 9. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Christlich-nationalen und das Koalitionsrecht. Von J. Meerfeld. — Der Durchbruch des Deichs. Von Th. Rothstein. — Die Beils-Wäre. Von A. Zroth. — Sozialdemokratische Frage und anarchistische Ware. Ein Beitrag zur Parteigeschichte. Von R. Mejanoff. (Fortsetzung). — Vommal die höchsten Landtagsabstimmungen. Von G. A. Kelmann. — Literarische Mundschau: Gaultape Ders. La conquête de l'armée. Von Georg Steloff. — Werner Sembart. Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Von Sp. Betermann. Dr. F. Die Entwicklung des gewerblichen Fortbildungsinstituts in Deutschland. Röhne, Dr. Alfred. Die Fortbildungsschule. Von Leo Arons. — Notizen: Vommal: Unorganisierte und Klassenaktionen. Von Georg Fey (Hagen). Wink für die Organisation. Von H. Roth. Die Elektrizität in der Landwirtschaft. Von Sp. — Zeitschriftenschau. Von O. P.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“ Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist am 1. d. M. das 24. Jahrgang ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Eine wichtige Aufgabe. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. X. Von Anna Rod. — Die 5. sozialistische Frauenrechtskonferenz in Desterreich. Von a. p. — Die Frau im Verfahren vor den Versicherungsbehörden. Von P. Kl. — Arbeitende Mütter. I. Von Joh. Hersh. — Sozialistische Frauenkonferenz für Groß-Berlin. Von x.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 1,20 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist jaeben die 25. Nummer des 30. Jahrganges im Umfang von 20 Seiten erschienen und bringt u. a. aus Anlaß des 100. Geburtstages des Dichters Hermann Kurz ein sehr gutes Bild von ihm nach einem im Besitz des Schiller-Museums in Marbach befindlichen Original und eine biographisch-literarische Würdigung des Dichters aus der Feder von John Schifowski.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. D. M. Dieckmann, G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Eingegangene Druckschriften.

Das Frauenbuch. Bd. II: Die Frau als Galin, Hausfrau und Mutter. Herausgegeben von Eugenie von Soden. Geb. 6 M. Stuttgart, Franckische Verlagsbuchhandlung.

Seemanns-Kalender für das Jahr 1914. Herausgegeben vom Deutschen Transportarbeiterverband. Bearbeitet von P. Müller. 26 S. Verlagsanstalt „Courier“, Berlin 10, 16.

Briefkasten der Redaktion.

13. 9. 100. Rem. — 8. 501. Nur dann, wenn Volljährigkeitserklärung erfolgt ist. — C. 9. 49. Sofern und soweit er mehr als 28,85 M. pro Woche verdient. — M. 23. 1500. 1 bis 2 Ze. — 21. 12. Die Fragen lassen sich nur nach Einsichtnahme und nach Prüfung des Testaments und des Grundbuchsprotokolls beantworten. — C. 23. 500. 1. und 2. Rein. 3. Dagegen läßt sich nichts tun. — A. 6. 100. Verurteilung ist nicht notwendig. Bei Verurteilung können Sie einen neuen Antrag stellen. — Rentfälln 50/110. Unseres Erachtens ja. Antrag an die Disziplinarkommission. — P. 8. 5. Volljährigkeit. Kosten etwa 300 M. — 3. 8. 13. Unseres Erachtens nein. — A. 8. 25. Rem.

A. Wertheim heute billige Lebensmittel

Fleisch	Obst und Gemüse	Wurstwaren	Butter u. Käse	Fische
Pa. Schmorfleisch . . . Pfd. 1.00	Amerikan. Äpfel . . . Pfd. 25 Pf.	Rotwurst . . . Pfd. 55, 75 Pf.	Koch- und Backbutter Pfd. 1.10, 1.18	Kabeljau o. K., i. gz. Fisch. Pfd. 16 Pf.
Frisch. Schinken i. Ganz. Pfd. 85 Pf.	Kochäpfel . . . Pfd. 13, 16 Pf.	Landleberwurst . . . Pfd. 90 Pf.	Tischbutter . . . Pfd. 1.25	Seelachs o. K., i. gz. Fisch. Pfd. 16 Pf.
Schweinekoteletts . . . Pfd. 1.05	Graue Reinetten . . . Pfd. 15, 20 Pf.	Pasteten-Leberwurst . . . Pfd. 1.15	Tafelbutter Pfd. 1.36, 1/2 Pfd. Pak. 68 Pf.	Schellfisch . . . Pfd. 18 Pf.
Rückenstück u. Schuft Pfd. 95 Pf.	Grosse Kochbirnen . . . Pfd. 15 Pf.	Jagdwurst . . . Pfd. 1.10	Schmalz . . . Pfd. 68 Pf.	Schollen . . . Pfd. 16 u. 25 Pf.
Rückenstück Pfd. 65, Linsen Pfd. 70 Pf.	Esbirnen . . . Pfd. 18, 25 Pf.	Teewurst . . . Pfd. 1.30	Marmelade leicht gefärbt Pfd. 33 Pf.	Goldbarse . . . Pfd. 18 Pf.
Jasseler Rippensteak Pfd. 85 Pf. b. 1.00	Ananas . . . Pfd. 68, 75 Pf.	Bauernmettwurst . . . Pfd. 1.25	Emmentalerkäse . . . Pfd. 1.10	Steinbutt . . . Pfd. 80 Pf.
Australisches Hammelfleisch	Almeria-Trauben . . . Pfund 45 Pf.	Zerelat- u. Salamawurst Pfd. 1.35	Schweizerkäse . . . Pfd. 88 Pf.	Zander . . . Pfd. 75 Pf.
Keule im Ganzen . . . Pfd. 80 Pf.	Blumenkohl . . . Kopf 15, 20, 25 Pf.	Gänse . . . Pfd. 55, 68, 75 Pf.	Holländer Käse . . . Pfd. 75 Pf.	Tafellachs in ganz. Fisch. Pfd. 55 Pf.
Rücken im Ganzen . . . Pfd. 65 Pf.	Rosenkohl . . . 2 Pfd. 25 Pf.	Gänse-Rümpfe . . . 2.75 bis 3.75	Romatour-Käse . . . Stück 28 Pf.	Lebende Karpfen . . . Pfd. 85, 95 Pf.
Dicke Rippe Pfd. 70, Dünnung 55 Pf.	Schwarzwurzeln . . . Pfd. 10 Pf.	Warthebrucher Fettgänse Pfd. 75 Pf.	Limburger Käse . . . Pfd. 45 Pf.	Leb. Schleie . . . Pfund 1.15
Starke Hasen gestreift von 3.50 an	Märkische Rübchen . . . 2 Pfd. 15 Pf.	Enten . . . Stück 1.95 bis 3.50	Brie-Käse vollfett . . . Pfd. 80 Pf.	Leb. Krebse . . . Mdl. 25 Pf. b. 4.00
Rehkeulen . . . von 4.50 an	Mohrrüben . . . 5 Pfd. 15 Pf.	Suppen- u. Brathühner 1.40 bis 2.60	Kuh- und Landkäse 2 Stück 35 Pf.	Nur Leipziger Str.:
Rehblätter . . . von 1.50 an	Franz. Kopfsalat . . . 2 Köpfe 15 Pf.		Speise-Quark . . . Stück 10 Pf.	Leb. Forellen 1/2 bis 1 Pfd. schw. 1.90

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

III. Etage

Reisemuster

Ulster :: Paletots

Anzüge :: Hosen

gebe an Private zu Fabrikpreisen ab

Herrenkleiderfabrik J. Coper

Alexanderstr. 55, III (neb. d. Alexander-Kaserne)

Geöffnet b. 7 Uhr abends. — Sonntags v. 12—2 Uhr.

Zigarrengeschäfte

mach' ich aufmerksam auf meine Kantabak-Spezialitäten:

Skandia-Skraa

und

Solidaritäts-Tabak

Max Ziegenhals, Neue König-Strasse 70

(Königsplatz: 3047).

Sämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken, Zigarren zu billigen Preisen.

Theater.

Freitag, 28. November 1913.

Anfang 6 Uhr.

Eines Palast am Zoo. Varietés-Nachtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Rollendorf-Theater. Varietés-Nachtspiele.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.

Rgl. Schauspielhaus. Die Duitons. Deutsches. Ein Sommernachts-traum.

Zirkus Busch. Salonvorstellung.

Zirkus Schumann. Salonvorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Werden und Vergehen der Alpen.

8 1/2 Uhr: Professor Dr. P. Schwan: Die Bewegungen der Himmelskörper. (Sonstige Zeit bis zur Gegenwart.)

Rammerbühne. Maria Ragdallens Veritas. Pygmalion.

Königsgräber Straße. Die Kronbraut.

Theater am Rollendorfplatz. Der Mikado.

Theater des Westens. Polenblut.

Sonnab. 4 Uhr: Das tapf. Schneiderlein.

Deutsches Künstlertheater. Sozietät.

Nürnberg. Straße 70/71. am Zoo. Kasse: Nollend. 1383.

Freitag 8 Uhr: Jun 200. Male: Der Biberpelz.

Sonnabend 8 Uhr: Hanneles Himmelfahrt. Der zerbrochene Krug.

Montis Operettentheater. Uebends 8 Uhr: Lehr-Novität: Die ideale Gattin.

Freitag 8 Uhr: J. Spielmann a. G. Vog. u. folg. Tage: Die ideale Gattin.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Operette in 3 Akten von Georg Olshausen u. Karl Freund. Musik von Jean Gilbert.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Sonntagnachm. 11 Uhr: Die Räuber.

Residenz-Theater. Hoheit — der Franz!

Wustfällische Groteske in 3 Akten von Viktor Landsberger und Willi Wolf. Musik von Robert Winterberg.

Abend. 8 Uhr: Hoheit — der Franz!

URANIA

Taubenstraße 48/49.

8 Uhr: Prof. Dr. A. Penck: Werden und Vergehen der Alpen.

Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. P. Schwan: „Die Bewegungen der Himmelskörper“. (Von Koplers Zeit bis zur Gegenwart.)

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Dorf und Stadt.

Schauspiel in 2 Akten u. 5 Bildern von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Anfang 8 Uhr.

Sonnab. nachm. 4: Das verzauht. Schloß

8 Uhr: Der Melneidbauer.

Sonntag 3 Uhr: Im weißen Rößl.

8 Uhr: Berlin, wie es weint und lacht.

Folies Caprice.

Heute Freitag, den 28. November:

Premiere.

Der Kuckuck. Manöver-schwindel. Die Samuels.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Walhalla-Theater. 8 1/2 Uhr: Der Liebesonkel. Pöffe mit Gefang u. Tanz in 3 Akten von Berdes-Milo und Frey.

WINTERGARTEN

Letzte Woche!

Willard

der Mann, der wächst.

Grete Freund | Paul Beckers

Operettendiva | Komiker.

Crispi und Farren

Exzent. Gesangs-Duo und eine Kette

hervorragender Kunstkraft!

Sonntag, den 30. November: Nachmittags- (3 1/2 U.) Vorstellung. Kleine Preise!

Rauchen gestattet!

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.

Der neue Saison-Poffen-Schlager

Ferdinand der Eugendhafte.

Das toll. Stück ist belächelt d. Theat. Vorher das erste Spezialität-Programm.

Sonntagnachm. 4 Uhr: Mutterliebe.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Franz v. Blon, als Gastdirigent Hofkapellmeister Professor Traugott Ochs.

Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirig.: Oberm. Baarz.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Freitag, 28. November, abends 7 1/2 Uhr:

Gr. Gala-Vorstellung

U. a.:

5 dress. Seelöwen zu Pferde!

vorgeführt von Miss Marietta.

4 Römische Grazien (4 Damen).

The 2 Cocoon

in ihren phänomenalen Perche und Loiter-Akt.

und die übrigen November-Attraktionen.

Um 9 1/2 Uhr:

Tango vor Gericht!

Pantomimische Burleske in 3 Akten mit Gesang u. Tanz.

Die CINES Theater

Palast am Zoo

Täglich Anfang 6 Uhr.

Sonntags, 3 Uhr: Matinee

Komplettes Programm grosse Variété-Akte

sowie unsere renommierten Lichtspiele

Preise von 65 Pfennig an.

Nollendorf-Theater

Cleopatra

Die Herrin des Nils

Das Filmwunder der Welt wurde mit großem Beifall aufgenommen

Wochentags Anfang 6 1/2 u. 9 Uhr

Sonntags 4, 6 1/2 und 9 Uhr.

Jugend-Vorstellung

Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr zu halben Preisen.

Zirkus Busch.

Heute Freitag, den 28. November, abends 7 1/2 Uhr:

Pompeji.

Die bisher größte und prachtvollste Ausstattungspantomime d. Zirkus Busch in 5 glänzenden Akten.

Vorher: Das große Gala-Programm. U. a.: Nur noch einige Tage: Aufführung der Reizschönen Max, Moris und Teddy.

Borangerlei! Sonntag: 2 gr. Gala-Vorstellungen. Am 30. u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. ein Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzpl. frei.

Metropol-Theater.

Abends prägte 7 Uhr 55: Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Voigt-Theater

Baderstraße 58.

Freitag, den 28. November:

Der verlorene Sohn.

Lebensbild mit Gesang in 3 Akten von Berg u. Jacobson.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Admiralspalast.

Eis-Arena. — Allabendlich das neue mit durchschlagendem Erfolg aufgeführte Eisballett

Die lustige Puppe.

Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

Schiller-Theater O. Bühnen-Theater.

Freitag, abends 8 Uhr: **Rosenmontag.**

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Heimg'unden.**

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Freiwild.**

Sonntag, abends 8 Uhr: **Die goldene Ritterzeit.**

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter.**

Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr: **Zopf und Schwert.**

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Hedda Gabler.**

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld**

Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Jungfrau von Orleans.**

ODEON

Vergnügungs-Palast der 10 000

Potsdamer Str. 72 Hochbahn Bülowstr.

Heute und folgende Tage: **Die Hölle im Odeon.**

Feenhafte Beleuchtung des Riesenraumes.

Mephisto masque. — Großer Korso der Teufel u. Hexen.

Höllens-Kabarett. Einzug in die Hölle. Prämierung der schönsten Teufeln!

Gebr. Niagara

zu Pferde auf d. Drahtseil.

Anf. 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

UT

Reinickendorfer Straße 14

Moritzplatz

Hasenheide

Lichtspiele

Heute zum erstenmal:

Das phantastische Schauspiel

Protea.

Außerdem: Aktualitäten, Humoresken, Naturbilder.

Anfang 6 Uhr.

Schöneberg Hauptstr. 49

Das glänzende Eröffnungsprogramm mit

Tangofieber

der Krankheit der Saison!

Eröffnung: abends 8 Uhr.

Olympia

Kurfürstendamm 151

Heute Freitag: **Vier große Sensations-Ringkämpfe!**

Unter Leitung und Kontrolle des International Ringverbandes.

Raykowiec gegen **Hintze**

Berlin

Sturm . **Weber**

Charlottenbg. Köln

Reckling . **Barkowski**

Damburg Berlin

Hein . **Cl. de Angors**

Berlin Paris

Passage-Panoptikum

50 wilde Kongoweiber

Männer und Kinder

in einem eigens aufgebauten Kongodorfe

in ihren Sitten u. Gebräuchen.

Und die anderen Attraktionen.

Die gr. Kino-Variété-Vorstellung von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: **Seine Geliebte.**

Sonntagnachm. 3 U.: Die Liebe wacht.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger

Zickenbeens Künstlergenosse

Anfang 8 Uhr.

Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäß. Preisen: Der Kombagnieball

(Vogel 1 20, Ballon 75 Pf., Entrée 39 Pf.)

Nur den Inhalt der In-erata übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Folgende Lokale werden der Partei zu Versammlungen hartnäckig verweigert, sie sind daher für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt:

- Das Marinehaus, Brandenburger Ufer; die Kammerjäte, Zeltower Str. 1/4; das Lehrer-Bereinshaus, am Alexanderplatz.

In Charlottenburg veranstaltet am Sonnabend, den 13. Dezember, der Sparverein „Weihnachtsfreude“ in den Germania-Sälen, Spreestraße 13, sein Weihnachtsvergügen. Die Mitglieder obigen Vereins, größtenteils aus Chauffeuren bestehend, versuchen, in diesen Kreisen Willkür umzuwälzen. Sie machen daher darauf aufmerksam, daß ein solches Lokal nicht zur Verfügung steht und daher zu meiden ist.

In Neukölln hat der Inhaber des Lokals Feldschlößchen, Eisenstraße 75, den Besitzer gewechselt; der jetzige Inhaber Herr Kay stellt dasselbe nach wie vor zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Vierter Wahlkreis. Die erste Vorlesung mit Lichtbildern findet statt am Donnerstag, den 4. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Lokale von Voeler, Weberstraße 17. Willetts zu 10 Pf. sind zu haben bei Köbbel, Wählingstraße 27.

Wilmerdorf. Heute Freitag, abends von 8 Uhr ab, findet von den Bezirkslokale aus eine wichtige Handzetteldruckverbreitung statt.

Mariendorf. Der Bildungsausschuss veranstaltet am Sonnabend, den 29. November, abends von 7-10 Uhr, und Sonntag, den 30. November, von 8-10 Uhr, eine Wandlampe- und Bücher-ausstellung im Restaurant Matschler, Joh. G. Löwenbagen, Königstraße. Jede Rathausstraße.

Ober-Schöneweide. Sonntag, den 30. d. Mts., von morgens 8 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die geplante öffentliche Versammlung am Dienstag, den 2. Dezember, findet nicht statt.

Tempelhof. Morgen Sonnabend, abends von 7 Uhr ab, wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Mühlenbeck (Bez. Nieder-Schönhausen). Am Sonntag, den 30. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Gasthof zur „Sonne“ (Jah. A. Wäris), für die Orte Mühlenbeck, Summi, Schönfließ, Schilow und Plankensfelde eine öffentliche Versammlung statt, in welcher die Genossin Martha Demming über „Die Frau in ihrer wirtschaftlichen Stellung einst und jetzt“ referieren wird. Die Nieder-Schönhauser Genossen treffen sich bei Pratzvogel, Nordend; Schmarjch 2 1/4 Uhr (mit Sängern).

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Erregung über die vor mehreren Monaten erfolgte Einführung der Lustbarkeitssteuer für Berlin wächst von Tag zu Tag. Immer fühlbarer werden die verhängnisvollen Wirkungen der Steuer denen, die von ihr betroffen worden sind. Aber auch weit hinaus über den Kreis der Besitzer und Pächter von Kinos, Varietés usw. ist in der Bevölkerung der Unwille über diese Steuerpolitik des Berliner Freisinnigen groß. Mit Recht wollte die Sozialdemokratische Fraktion durch einen von ihr eingebrachten Antrag den Magistrat auffordern, der Stadtverordnetenversammlung in einer Vorlage Kenntnis zu geben von den bisherigen Ergebnissen und Wirkungen der Lustbarkeitssteuer. Wer hätte etwas hiergegen einzuwenden sollen? Sachlich und ruhig begründete Genosse Heiman diesen Antrag, der einer Begründung kaum noch bedurfte. Im Anschluß an die Wiedergabe der überall laut gewordenen bitteren Klagen über die von unseren Genossen im Rathaus vorausgegangenen Folgen solcher Besteuerung von Kinos usw., über die schwere Schädigung der Angestellten wieder der Unternehmer, über die empfindliche Beeinträchtigung auch des erholungsuchenden Publikums, richtete Heiman an die freisinnige Mehrheit die Mahnung, nicht wieder zu warten, bis erst die Regierung dazwischenfahren müsse. Einstweilen handelt es sich zwar noch gar nicht um Verrückung der Steuer, sondern nur um Beschaffung amtlichen Materials zu ihrer Beurteilung. Aber selbst das schien der freisinnigen Mehrheit und ihrem stämmigeren Böß schon bedenklich, wohl in der Voraussicht, daß die Beurteilung mit einer Verurteilung enden würde. Herr Böß bestritt, daß die Steuer bisher schädigend gewirkt habe, und empfahl, mit dem Urteil über sie zu warten, bis sie sich „eingelebt“ haben werde. Für den größten Teil der freisinnigen äußerten sich in demselben Sinne die Stadtverordneten Sonnenfeld und Womjen, die sich behaupteten, der Antrag vermehre nur noch die „Beunruhigung“. Für eine kleine Freisinnigengruppe unterstützten die Stadtverordneten Feuerstein und Max Schulz den Antrag. Den Ausführungen des stämmigeren Böß, der zur Erklärung des schledhten Geschäftsganges der von der Steuer betroffenen Vergnügungstätten die sonst so oft abgeleitete „rückläufige Konjunktur im Wirtschaftsleben“ herangezogen hatte, sowie dem anmahenden Gerede des Herrn Sonnenfeld traten unsere Genossen Zubeil und Heiman scharf entgegen. Wegen eines Zwischenrufes des Genossen Hoffmann, der die herausfordernden Manieren des stämmigeren Böß treffen wollten, kam es noch zu einem Schlußgeplänkel. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit 60 Stimmen gegen 51 abgelehnt. Den ersten Versuch, Klarheit über die Sachlage zu schaffen, hatte der Freisinn glücklich bereitet. „Wir kommen wieder!“ versprach einer der sozialdemokratischen Redner.

Der Exzerzierplatz an der einsamen Pappel, also das von ihm noch dem Militärklub verbliebene Stück an der Eberswalder und Schwedter Straße wird jetzt mit einer Mauer umgeben. Dadurch wird zwischen dem Militär und dem im neuen städtischen Volkspark an der Schönhauser Allee spielenden Volk eine reinliche Scheidung herbeigeführt. Das ist ganz gut, weil der Staub aus dem verwilderten Restteil des Exzerzierplatzes den Wert des neuen städtischen Parkgeländes stark beeinträchtigt hätte. Die Mauer ist ein Zeichen, daß der Militärklub vorläufig nicht daran denkt, auch den ihm verbliebenen Teil des Exzerzierplatzes zu veräußern.

Der Vot als Gärtner.

Einem Schlächtermeister in Lichtenberg fiel es seit längerer Zeit auf, daß er einen stillen Kompanion haben müsse; er merkte das an seinem Fleisch- und Würstbestand. Um der Sache auf den Grund zu gehen, legte er sich nachts auf die Lauer. Die Mücke sollte sich

lohnern. In der Stube seines Gesellen bemerkte er einen zweiten Mann, der große Palette erhielt, um sie fortzuschaffen. Als der beladene Mann das Haus verließ, verfolgte ihn der Schlächtermeister. Der Verfolgte merkte das, warf die Palette von sich und gab Fersengeld. Er wurde aber eingeholt und als Spigbube einem Schupmann übergeben. Der fesselte den Mann, um ihn zur Wache zu bringen, und nahm auch seine Rücksicht auf die dringende Bitte des Delinquenten, ihn doch laufen zu lassen. Auf der Wache wurde der Spigbube festgestellt als ein Berliner Schupmann, welcher der Schwager des Schlächtergehilfen war. Weitere Ermittlungen sollen ergeben haben, daß dieser Spigbube auch schon früher Kompanion früherer Meister seines Schwagers gewesen sein soll.

Kun ist der Sicherheitsmann erwischt worden. Er dürfte wohl kaum mehr in die Lage kommen, Sicherheitsdienst ausüben zu können.

Das gewaltige Anwachsen der Kirchenaustrittserklärungen

hat einen entsprechenden Andrang bei den Amtsgerichten Groß-Berlins zur Folge. Besonders wird das Amtsgericht Berlin-Mitte stark in Anspruch genommen. Die letzten Versammlungen, die in Berlin und Vororten am Tage nach Bußtag unter dem Zeichen „Los von der Kirche“ abgehalten wurden, hatten bekanntlich allein nicht weniger als 4200 Austrittserklärungen gebracht. Dazu kommen noch in jeder Woche einige Hundert unabhängig von öffentlichen Versammlungen. Infolge dessen sind jetzt vor dem Kirchenaustrittsbureau des Amtsgerichts Berlin-Mitte in der Neuen Friedrichstraße die Wartehalle 9 und die angrenzenden Korridore häufig von Menschen überfüllt. Obwohl zunächst eine einfache schriftliche Erklärung, daß man aus der Landeskirche austreten wolle, völlig genügt, finden sich Hunderte beim Gericht ein, um die Austrittserklärung persönlich zu Protokoll zu geben. Sie werden dann, da sie gewöhnlich nicht die erforderlichen Legitimationspapiere (Taufschein) bei sich haben, ebenso wie die sich schriftlich Meldenden nochmals vorgeladen (innerhalb 4-6 Wochen) und müssen mündlich eine Erklärung abgeben und unterzeichnen, womit der Austritt erst vollzogen ist. Als letzter Akt folgt die schriftliche Aufforderung, an die Gerichtskasse 3,50 M. zu zahlen. Wenn nun auch unter dem Ansturm der Tausende von Austrittserklärungen nur aus letzterer Zeit das Beamtenpersonal durch eine größerer Anzahl von Aktuarien verstärkt worden ist, so scheint doch nicht die richtige Einteilung zu bestehen. Es könnte sonst nicht vorkommen, daß beispielsweise am vorigen Montag die betreffenden Gerichtsräume überfüllt waren und selbst noch auf der Straße sich Gruppen bildeten, die über den Kirchenaustritt diskutierten, während am folgenden Donnerstag sich nur wenige Personen einfanden. Am Montag waren sogar mehrere Schupleute requiriert worden, um die Gruppen auf der Straße zu zerstreuen. Das Amtsgericht Berlin-Mitte tut leider nichts, um dem Publikum die entsprechende Aufklärung zu geben. Ein Anschlag in der Wartehalle 9 würde geeignet sein, die Beamten zu entlasten und starke Ansammlungen zu vermeiden.

Ueber die Benutzbarkeit der Fahrarten ist eine neue Bestimmung in die Berliner Personen-Beförderungs-Vorschriften aufgenommen worden; dieselbe lautet: „Die Fahrarten des Fernverkehrs berechneten innerhalb ihres Geltungsbereiches auch zur Benutzung der Stadtbahn- und Vorortzüge auf den Straßen, die in die Fernbahnhöfe, für die die Karten gelten, oder in die diesen entsprechenden Vorortbahnhöfe oder — im Verkehr mit der Stadtbahn — in letztere einmünden. Fahrarten des Fernverkehrs, die für die Stadtbahn gültig sind, können bei Antritt der Reise in der Richtung nach der Bestimmungsstation und bei der Fahrt nach Berlin in der Richtung zur Stadtbahn-Endstation auch von und nach Stadtbahnstationen benutzt werden.“ Die Fahrarten IV. Klasse gelten in den Vorort- und Stadtbahnzügen zur Benutzung der III. Klasse ohne Nachzahlung.“

Die Zugabfertigung der Ringbahnzüge, welche verkehrsweise den Zugführern übertragen worden war, wird vom 15. Dezember ab wieder durch die Stationsbeamten erfolgen. Das Verfahren scheint sich nicht bewährt zu haben, weshalb der „Veschelestab“ wieder auf die Zugführer übertragen bzw. deren Vertreter übergeben. Das Zugführerabteil, welches bei der verkehrsweise eingetragenen Zugabfertigung sich in dem der Lokomotive folgenden Wagen befand, wird mit dem 15. künftigen Monats wieder in den Saluhwagen verlegt werden.

Ein schwerer Betriebsunfall.

Ein entsetzlicher Betriebsunfall hat sich gestern vormittag in der Fabrik von Veher, Brügel Str. 7, ereignet. Der 20 Jahre alte Arbeiter Hermann Müller, Admiralsstr. 9 wohnhaft, hatte an der Präsemaschine zu tun, als plötzlich ein eiserner Keil von der Maschine abprang und den Arbeiter so unglücklich traf, daß ihm der Unterleib fast vollständig durchgeschnitten wurde. Die inneren Teile und die Gedärme wurden dem Bedauernswerten förmlich zerlegt. Noch lebend brachte man den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus am Urban, doch ist an ein Aufkommen nicht zu denken.

Ueberfüllung der städtischen Hospitäler. Diese Frage stand abermals in der letzten Kuratoriumssitzung des städtischen Arbeitshauses in Lichtenberg zur Debatte und zwar nach einer eingehenden Prüfung der Verhältnisse an Ort und Stelle. Dabei stellte sich heraus, daß die einzelnen Säle bis zur Unerschwinglichkeit überfüllt waren (Säle mit 40, 45, 53 und 65 Betten). Zieht man in Betracht, daß die alten Leute mehr von Husten und sonstigen Krankheiten befallen sind, wie jüngere, so muß gesagt werden, daß von einer wirklichen Kosttrübe kaum die Rede sein kann. Aber das Aller schlimmste ist, daß sich eine räumliche Trennung des Hospitals von dem Arbeitshaus gar nicht bewerkstelligen ließ, sondern beide Kategorien fortwährend in den Höfen usw. durcheinanderlaufen; so daß der Schnapshandel und andere Scharbereien unmöglich endgültig beseitigt werden können. Das Kuratorium beauftragte den Magistrat zu erfragen, inwiefern durch einen Neubau diesem unhygienischen Zustand ein Ende zu machen, insbesondere da ein großer Teil der Räume vom Arbeitshaus dringend gebraucht werden.

Gleichfalls ermahnt das Kuratorium den Magistrat, ihm eine Verwaltung abzunehmen, die nicht seine, sondern Aufgabe des Hofpitalkuratoriums ist. Dieser Vorschlag wurde in Gegenwart des neuen Herrn Magistrats einstimmig angenommen. Hoffentlich setzt sich nun der Magistrat etwas lebhafter in Bewegung.

Schwerer Betriebsunfall auf dem Bahnhof Frankfurter Allee. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich gestern morgen auf dem Güterbahnhof Frankfurter Allee zugetragen. Der Bahnarbeiter Paul Krüger, Pottenloferstr. 11 wohnhaft, war bei dem Rangieren von Güterwagen beschäftigt. Als zwei Waggons zusammengefahren wurden, hatte er das Unglück, auszurutschen und auf die Schienen, auf denen gerade die Rangierlokomotive aufsteht, zu stürzen. Noch ehe die Maschine zum Halten gebracht werden konnte, waren die Vorderräder über den Bergungsläufen hinweggegangen und hatten ihm den rechten Arm glatt abgefahren. Auch Verstaumelungen im Gesicht und am Kopf trug er davon. In fast hoffnungslosem Zustand wurde er nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht.

Ein Berliner Liebespaar versuchte sich in der Mittwochnacht in Cöpenick das Leben zu nehmen. Ein 16jähriges Mädchen Lina K.

aus der Koffitzstraße lernte vor einem Jahr den 22 Jahre alten Handlungsgesellen Fritz G. aus der Yorkstraße kennen. Die beiden verliebten sich ineinander, hatten aber keine Aussicht auf eine eheliche Verbindung. Die jungen Leute kamen zu dem Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Mittwoch früh tat das Mädchen so, als wenn es nach der Arbeitsstelle gegangen wäre, in Wirklichkeit ging es mit dem Geliebten nach Grünau, wo beide ins Wasser springen wollten. Nachdem sie diesen Plan durch einen Brief an die Schwester G.s schon mitgeteilt hatten, verließen sie ihn wieder und gingen nach Cöpenick, um sich die Pulsadern zu öffnen. Das Lieben sie um neun Uhr abends durch den Fernsprecher dem Vater des Mädchens in seiner Stammscheibe mitteilen. Während die Eltern sich nun sofort aufmachten, um den Grünauer Forst, in dem die beiden nach dem Telefongespräch ihren zweiten Plan ausführen wollten, abzuholen, kamen die Lebensmüden endlich auf den Gedanken, sich zu vergiften. Davon teilten sie aber nichts mehr mit. Während die Eltern vergeblich in der Forst suchten, gingen sie nach Cöpenick, begaben sich dort auf den Fluß des Hauses Grünauer Straße 2 und nahmen Salzsäure. Erst gestern früh fand man sie dort auf und brachte beide nach dem Kreiskrankenhaus in Brix. Dort liegt der junge Mann schwer darnieder, mehr an seinem Herzleiden als an der Wirkung des Giftes. Er wird schwerlich mit dem Leben davonkommen. Das Mädchen ist bereits außer jeder Lebensgefahr.

Serabnt.

Im Tiergarten beraubt wurde die Gattin eines Hofjuweliers aus dem Westen der Stadt. Als sie gegen 8 1/2 Uhr durch die Tiergartenstraße ging, um die Gesellschaft der Freunde in der Böddamer Straße zu besuchen, fühlte sie vor dem Grundstück Nr. 6, daß ihr von hinten jemand an der Handtasche zerrte. Sie glaubte erst, daß ihr Ekel ihr heimlich gefolgt sei und einen Scherz mache. Als sie sich aber umwandte, sah sie zu ihrem Schrecken einen wildfremden Menschen. Dieser riß ihr, bevor sie noch ein Wort sagen konnte, die Tasche aus der Hand, lief mit der Beute in das Gehölz hinein und verschwand in der Dunkelheit. Die geraubte Tasche ist eine schwarze Autotasttasche, die an einer schwarzen Seidenschur getragen wurde. Sie enthielt u. a. eine kleine Börse aus Goldgestalt mit einem Juweliermarkstein und Silbergeld, eine Pamboniere aus einem Kofasiet mit goldener Einfassung und einem kleinen Saphir als Schnapper, einen silbernen Teelöffel und zwei Kneifer. Alles zusammen ist etwa 300 M. wert. Der entkommene Räuber ist mittelgroß und trug einen dunklen Anzug und einen schwarzen, heißen Hut.

Ein Diebstahlspezialist eigener Art ist der 39 Jahre alte Valer Karl K. aus der Schönleinstraße, der als Geisteskranker schon wiederholt im Irrenhaus war und jetzt wieder einmal festgenommen wurde. K. ging auf die Klingelstraße nur zu dem Zweck, messingene Ofentüren zu hehlen. Traf er in einer Wohnung, an der er gestiegen hatte, jemand zu Hause, so hatte er alle möglichen Ausreden bei der Hand. War aber die Wohnung ohne Aufsicht, so stahl er mit unheimlicher Geschwindigkeit alle Messingtüren von den Ofen und verschwand wieder. Etwas anderes nahm er nicht. Gestern wurde er in der Bergstraße auf frischer Tat erwischt und nach der Wache gebracht. Nach Feststellung seiner Persönlichkeit und Vergangenheit wurde er wieder in die Irrenanstalt gebracht.

Strafensfälle! Am Großen Stern fuhr Mittwochnachmittag gegen 5 Uhr der 17jährige Hausdiener Karl Ganschmann mit einem Geschäftsdreirade gegen einen Straßenbahnwagen der Linie 3. Infolge des heftigen Anpralles stürzte G. vom Rade herab und erlitt eine schwere Kopfverletzung. In besinnungslosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Noack gebracht. Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich Mittwochabend gegen 9 Uhr an der Ecke der Charlotten- und Zimmerstraße. Dort fuhr ein Zug der Linie 59 gegen den Beamten eines die Kreuzung an jener Stelle passierenden Zuges der Linie 66. Infolge des Anpralles entgleiste der Motorwagen des Zuges der Linie 59. Zwei Fahrgäste meldeten sich als verletzt; sie brauchten ärztliche Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen und setzten ihren Weg fort.

Im Dämertsee ertrunken. Während einer kurzen Rahnfahrt fand der Arbeiter Paul Friedrich aus Berlin in den Fluten des Dämertsees den Tod. Er war auf dem Baggerdampfer „Mägdel“ beschäftigt. Der Bagger liegt gegenwärtig auf dem Dämertsee wegen Baggerarbeiten vor Anker. Gestern benutzte P. einen Handkahn, um von dem Dampfer aus Ufer zu fahren und in Ercker Einfäufe zu besorgen. Auf dem Wasser kam das Fahrzeug jedoch statt ins Schwanken, so daß P. über den Rand hinwegstürzte und in der Tiefe verschwand. Da er des Schwimmens unzulänglich war, so mußte er hilflos ertrinken. Das leere Fahrzeug wurde später ans Ufer getrieben, doch konnte die Leiche des Ertrunkenen noch nicht geborgen werden.

Das Berliner Aquarium hat in diesen Tagen aus Nordamerika zwei überaus eigenartige, riesige Süßwasserfischbräten bekommen, die durch ihr erschreckendes Aussehen auch dem Unkundigen sofort auffallen. Es sind Geierschildkröten, so genannt nach ihrem mächtigen Hakenhaken, mit dem sie fürchterliche Wisse beibringen können. An den mächtigen Geschöpfen, die in einem geheizten Süßwasserbecken des Erdgeschosses untergebracht sind, ist alles von geradezu bizarrer Häßlichkeit. Der unverhältnismäßig große Kopf mit den merkwürdigen, von Wargen umgebenen Augen, die auf einer Klappe an der Schnauzenspitze sitzenden Kafenlöcher, die schadeligen Hautanhänge am Halse, das gefurchte, verhältnismäßig kleine Rückenschild, die mächtigen Beine mit den großen, starken Krallen und der sehr lange Schwanz stempeln diese Riesen unter ihren Verwandten zu den abscheulichsten Geschöpfen.

Arbeitergesang. Am Sonntag, den 30. November, veranstaltet der Männer- und Frauenchor Neukölln im großen Saale der Neuen Welt, Hofenbeide, sein zweites gemeinschaftliches Konzert. Als Mitwirkende sind Hel. Uta Laube, Konzertdirigentin, sowie die Triovereinigung der Herren Rahlke, Liedermann und Vietz verpflichtet. Es gelangen außer Liedern von Uhlmann, Schubert und Remler neben Einzelstücken auch gemischte Chöre zum Vortrag. Das Konzert beginnt pünktlich 7 Uhr, Saalöffnung 7 1/2 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt inklusive Piederteg und Tanz 60 Pf.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania findet am Sonnabendabend 8 Uhr die 100. Wiederholung des Vortrages „Mit dem „Imperator“ nach New York“ statt; Herr Direktor Goerke wird an diesem Abend seinen Vortrag persönlich halten. Am Nachmittage findet noch eine Wiederholung des Vortrages „15 Jahre bei den Schwarzhaut-Indianern“ von Walter Mac Clintock zu kleinen Preisen statt; Mr. Clintock wird an der Hand farbiger Lichtbilder, kinematographischer Vorfahrungen und Gesänge Leben, Bräuche und Legenden der Schwarzhaut-Indianer in den Rocky Mountains von Montana schildern.

Vorort-Nachrichten.

Wilmerdorf.

Stadtverordnetenversammlung. Nach Einführung des wiedergewählten Stadtrats Dr. Beschlag wurde über Petitionen verhandelt. Bei der Petition der Fleischerinnung um Abstandnahme vom Vertrieb inländischen Fleisches suchte Stadtverordneter Lehmann nach dem abließenden Akt des Berichterstatters die ganze Fleischerinnungsfrage aufzurollen. Als er sich anschickte, die Not der Fleischer auszumalen, ersuchte ihn der Vorsitzende, bei der Sache zu bleiben und

so lehnte man die Forderung der „notleidenden“ Fleischer ab. Die Gast- und Schankwirtschaften wurden durch eine Kommission der öffentlichen Speiseanstalt; man will ihnen Entgegenkommen beweisen, indem der gefährliche Zusatz „unter Aufsicht der Stadt“ in Zukunft wegzulassen soll. Die Petition betreffend Umbau der Schmaragdener Bahnhalle wurde dem Magistrat empfehlend als Material überwiesen.

Lebhafte wurde es im Saal bei der Wahl des ersten Vorsitzenden der Landratskassen; es wurden abgegeben 27 Zettel auf Stadtv. Dr. Leidig und 27 auf Stadtv. Ehemann, 2 weisse. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde Ehemann durchs Los gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden Stadtv. Droese, die übrigen Vorstands- und Ausschussmitglieder nach einer vorgelegenen Liste.

Der Vorentwurf der Sparkasse für 1914 wurde in der ersten und zweiten Lesung genehmigt. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß das Bemühen Berlins, durch Erhöhung des Zinsfußes die verlorenen Sparvermögen wieder heranzuziehen, verfehlt sei, da die Vorkommnisse dann sofort folgen würden. Der Fehler liege vielmehr an der schmerzlichen Durchführung, bei der das Publikum stundenlang warten müsse. Darin sei Wilmerdorfer Berlin aber voraus. Für die Verlegung des Lyciums 4 nach der Gemeindegasse 7 wurden die erforderlichen Kosten bewilligt. Auch bei der Auswahl der zu asphaltierenden Straßen schloß man sich der Magistratsvorlage an, nach dem einzelnen Vertreter pflichtgemäß die Sonderinteressen ihrer Bezirke betont hatten. Bei der Verörterung über die anderweitige Einteilung des Hohenzollernbunnus wendete sich der Berichterstatter Dr. Heese gegen die Magistratsvorlage, er wünschte Verlegung der Straßenbahnlinie aus dem Asphalt in den grünen Rasenteil, im Interesse der Ruhe der Bevölkerung. Die Versammlung überwies die Vorlage darum nochmals an den Finanzausschuß. Eine kleine sozialpolitische Debatte gab es bei der Vorlage über eine Pflichtfortbildungsschule für gewerblich und kaufmännisch beschäftigte Mädchen. Die deutschnationalen Handlungsgehilfen haben dazu eine Eingabe gemacht, in der sie ihre bewährte Fähigkeit zur Vertretung von Angelegenheiten unter anderem wieder neu bewähren. Am liebsten wollten sie gar keine Schule; wenn sie schon nicht zu vermeiden, dann soll sie wenigstens in erster Linie Handelsunterricht geben! Die Konkurrenz des weiblichen Geschlechts soll vermieden werden. Stadtv. Heinrich sah in der Vorlage wieder nur ein neues Stück von der schrecklichen Sozialpolitik. Der Unternehmer leidet darunter! Die Vorlage wurde in erster Lesung angenommen. Der letzte Punkt, Errichtung einer städtischen Anstalt zur Unterstützung der zweiten Hypothek, litt unter der vorhergehenden Stunde; daß man mit ganzer Seele dabei war, konnte man freilich deutlich sehen; in allen Tonarten wurde das hohe Lied des Haus- und Grundbesitzers als der Säule der Gemeinde und natürlich auch des Staats gelungen. Es sollen für die Verleihung notleidender Hausgüter 5 Millionen bereitgestellt werden. Die Sache ging zur schließlichen Entscheidung an den Finanzausschuß, denn es ist die höchste Zeit, daß mehr Dampf dahinter gebracht wird.

Zur Haltung der hiesigen Stadtverwaltung in der Arbeitslosenfrage wird uns aus Bauarbeiterkreisen folgendes geschrieben: Die Wilmerdorfer Bauarbeiter reichten am 5. September d. J. dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung eine Petition ein, worin sie unter Beifügung von Material erluchten, der furchtbaren Arbeitslosigkeit zu steuern. In der darauffolgenden Antwort vom 27. September verspricht der Magistrat, alle Forderungen — soweit dies nicht schon geschehen — zu erfüllen. Die von den städtischen Körperschaften beschlossenen Neubauten sollten sofort in Angriff genommen und im Winter fortgesetzt werden. An diesen Arbeiten sollten nur die in Groß-Berlin wohnenden und ansässigen Bauarbeiter nach den tariflichen Bestimmungen beschäftigt werden. Herr Stadtbaurat Herrmann, der den Vorstand der Bauarbeiter zu sich geladen hatte, meinte sogar, daß doch in der Stadt Wilmerdorf nicht viele Arbeiter wohnen und es infolgedessen eine Leichtigkeit sein müsse, zunächst einmal die Wilmerdorfer Arbeitslosen unterzubringen. Wie jetzt haben aber die Arbeitslosen noch nichts davon bemerkt. Vielmehr glauben die Bauarbeiter, daß die ihnen gewordene Antwort nicht ernst gemeint war. Sie vermuten, daß die gegebenen Versprechungen der Stadtverordnetenversammlung ihren Niederschlag in dem jetzigen Beschluß der Armenverwaltung gefunden haben, wonach die um Unterstützung nachsuchenden geprüft werden sollen, ob nicht etwa Arbeitssuchen vorliegt. Dieser Beschluß soll wahrscheinlich nur die lästigen Anträge um Arbeit und Unterstützung verhindern.

Um sich nun gegen den Verdacht der Arbeitslosen zu wehren, haben die Bauarbeiter von Wilmerdorf zum Sonntag, den 30. November, mittags 1 Uhr, nach dem Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114, eine Versammlung einberufen, zu welcher der Magistrat schriftlich eingeladen ist. In dieser Versammlung wird Genosse Rudolf Breitscheid über: Maßnahmen nicht für — sondern gegen die Arbeitslosen referieren. Die Frauen der Mitglieder sowie Gäste sind hierzu eingeladen.

Aus dem Fenster des dritten Stockwerkes herabgeschürzt hat sich gestern morgen die in der Wabelberger Str. 5 wohnhafte Frau Jabel. Wie gemeldet wird, soll der Ehemann auf seine Ehefrau eingedrungen sein, um sie zu mißhandeln. Hierauf habe die Unglückliche sich schließlich vor den Augen ihres Mannes aus dem dritten Stockwerk in die Tiefe gestürzt. Mit zerbrochenen Gliedern blieb sie auf dem gepflasterten Hof liegen. Sie wurde schleunigst nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, doch ist ihr Zustand so gut wie hoffnungslos.

Charlottenburg.

Erhöhung des Sparkassenzinsfußes. Der Vorstand der Sparkasse der Stadt Charlottenburg hat einstimmig beschlossen, den städtischen Körperschaften die Erhöhung des Zinsfußes für Spareinlagen von 3 Prozent auf 3 1/2 Prozent vom 1. Januar 1914 zu empfehlen, für den Fall, daß der gleiche Beschluß des Berliner Magistrats die Zustimmung der Stadtverordneten von Berlin finden sollte.

Kostsandsarbeiten. Nach einem Beschluß des Magistrats soll die einmalige Reinigung eingezäunt und nicht eingezäunt und bebauten Geländes unter die Kostsandsarbeiten aufgenommen werden. Damit wird zugleich den in der Stadtverordnetenversammlung nach einem besseren Zustande jener Grundstücke geäußerten Wünschen Rechnung getragen.

Ein Merkblatt mit den wichtigsten Bestimmungen über die Krankenversicherung der Diensthelfer ist kürzlich vom Versicherungsamt der Stadt Charlottenburg herausgegeben worden. Exemplare dieses Merkblattes werden kostenlos abgegeben in der Magistrats-Geschäftsstelle VI Rathaus Zimmer 212a sowie in den Frauenabteilungen des städtischen Arbeitsnachweises, Berliner Str. 81, Eingang Wilmerdorfer Straße, ferner Angsbürger Str. 13, Ecke Bahreuther Straße, und Kantstr. 69.

Elternvereine für freie Erziehung. Montag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Köpenicker Str. 3, öffentlicher Vortragabend. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten August Oberer: „Sind unsere Volksschulen Änderungsbedürftig?“ 2. Freie Aussprache.

Sonntag, den 7. Dezember, findet unter Leitung des Herrn Dr. Brunner eine Besichtigung der Sammlung für deutsche Volkskunde statt. Treffpunkt morgens 8 1/2 Uhr pünktlich, Straßenbahnhaltestelle am Wilhelmplatz. Für Nachzügler bis 9 1/2 Uhr vor dem Museum, Klosterstr. 30. Jedes Kind hat 20 Pf. Fahrgeld mitzubringen. Nichtmitglieder und deren Kinder sind des Raummangels wegen von der Besichtigung ausgeschlossen. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.

Mittwoch, den 10. Dezember, im Volkshaus, Köpenicker Str. 3, großer Saal: Große Märchenaufführung. Zur Aufführung gelangt: „Das Märchen vom Ficker an sine Frau.“ Märchenspiel in vier Bildern mit Gesang und Reigen nach einer älteren Fabel von Bert-

hold Schröder, gespielt von 50 Kindern der Mitglieder. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf. Billets sind zu haben bei Busse, Sophie-Charlotten-Str. 21, Bäcker, Portier, Stuttgarter Platz 20, Gräß, Spreerstr. 50, Horneder, Zigarrengeißel, Helmholzstr. 84, Konjumniederlage, Wallstr. 23, „Vorwärts“-Expedition, Sefenheimer Str. 1 und im Volkshaus, Köpenicker Str. 3, Stehbierhalle. Offene Kasse findet nicht statt.

Neukölln.

Eine große Kirchenaustrittsversammlung findet am Sonntag, den 30. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, in der Neuen Welt statt. Wie wenig gerade die Neuköllner Bevölkerung Veranlassung hat, den Säckel der Kirche füllen zu helfen, zeigt ein Einblick in den Etat der Kirche. Danach bezifferten sich die Einnahmen der evangelischen Kirchengemeinde im Jahre 1912 auf 657 541,04 M. Von dieser Summe sind 1150 M. an bedürftige Gemeindeglieder und 1846,50 M. an Unterstufen, zusammen also nur 2996,50 M. verausgabt worden. Daneben sind noch 5700 M. als Wohltätigkeitsgelder angeführt, in denen die Beiträge an den evangelischen Bund, Gustav-Adolfverein usw. enthalten sind. Trotzdem die vorhandenen Kirchen Sonntags nur einen geringen Besuch aufweisen, legt die Kirchengemeinde 33 400 M. für neue Kirchenbauten zurück. Wiedel Rot und Flend könnte die Kirche mit dieser Summe lindern, wenn sie wahrhaft christlichen Grundgedanken folgend, den ersten Willen hierzu bekundete. Die soziale Hilfsbereitschaft kommt eben bei der christlichen Kirche genau so wie bei der Stadt Neukölln, die nur 16 000 M. für die große Zahl Arbeitsloser auswendet, in letzter Reihe. In der Versammlung am Sonntag bietet sich die beste Gelegenheit für die Bevölkerung, ihre Meinung über den wahren Charakter der Kirche zum Ausdruck zu bringen.

Sonntag, den 30. November, findet ein von der Spielkommission veranstalteter Besuch des Flugplatzes in Johannisthal statt. Eintritt für Kinder 10 Pf., Erwachsene 25 Pf. Außerdem sind 20 Pf. Fahrgeld (Kinder unter 10 Jahren 10 Pf.), sowie für Kaffee 10 Pf. und etwas gemahlener Kaffee mitzubringen. Die Bezirke 1-4 treffen sich bis 1 Uhr an der Grünauer Brücke. Die übrigen Bezirke ebenfalls bis 1 Uhr am Bahnhof Neukölln.

Mittwoch, den 3. Dezember: Märchenvorlesung bei Partsch, Hermannstr. 49. Eintritt frei. Anfang 5 Uhr. Nur schulpflichtige Kinder haben Zutritt.

Der gestern veröffentlichte Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins enthält insofern einen Irrtum, als sich Genosse Weiler in Sachen Michaelis nicht gegen sondern für den Vorstandsantrag ausgesprochen hat.

Schöneberg.

Vorträge über „Unsere Klaffen“ hat der Bildungsausschuß in den „Neuen Rathhäusern“, Reinerger Str. 8, veranstaltet. Jeder Vortrag bildet in sich ein geschlossenes Ganze, deshalb können sich nachträglich Teilnehmer zum dritten und vierten Vortrage am 28. November und 5. Dezember noch anschließen. Rege Benutzung dieser Arrangements liegt im Interesse der Arbeiterbewegung wie des Einzelnen.

Zehlendorf (Bannseebahn).

Das Gewerkschaftslokal veranstaltet am Sonnabend, 29. November in W. Wieds Gesellschaftshaus, Korlstr. 12, ein Gewerkschaftsfest. Anfang abends 8 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Sichterfelde.

Die Gemeindevertretung wählte in ihrer letzten Sitzung an Stelle des bisherigen Gemeindevorstehers Schulz den Schöpfer Sperle zum Kreisratsabgeordneten. Daraus resultierte der Gemeindevorsteher Dietrich sein Referat über die Unterrichtsbedürfnisse der Gemeindeglieder und höheren Lehranstalten von 1914. Seine Ausführungen warfen ein großes Schlaglicht auf die Verhältnisse der Volksschulen in den Gemeinden des vornehmen Westens; obwohl der Referent offensichtlich bemüht gewesen ist, die Tatsachen nicht zu trüb in der Erscheinung treten zu lassen. Nach seiner Meinung sei bei einer Erweiterung der jetzt siebenklassigen Gemeindeglieder in achtklassige kein Mehrbedarf an Lehrkräften usw. für den städtischen Ortsteil notwendig, da die Klaffen zumeist schon geteilt seien. Anders ständen die Verhältnisse im Westen, wo bereits jetzt ohne Berücksichtigung des zu erwartenden Zuganges die Teilung einer Anzahl Klaffen zur Notwendigkeit geworden sei. Die ersten fünf Klaffen der Gemeindeglieder im Westen haben eine durchschnittliche Schülerzahl von 50, in der sechsten Klasse sogar 68, und in der siebenten wieder 59. Das ist eine Klassenfrequenz, die beinahe an östliche Zustände erinnert und die es begreiflich erscheinen läßt, daß die hiesigen Lehrer an den Gemeindeglieder über maßlose Ausnutzung ihrer Arbeitskraft sich beschwerten. Daß bei einer solchen Klaffenfrequenz von einem geüblichen Unterricht keine Rede sein kann, das weiß auch der Referent, der selbst Schulmann ist, ganz genau. Dieser Misere in den westlichen Gemeindeglieder soll nun in der Weise wenigstens einigermaßen abgeholfen werden, daß im Osten einige Klaffen zusammengelegt, die Schülerzahl dort also erhöht und die auf diese Weise „frei“ werdenden Lehrkräfte nach dem Westen verlegt werden. Weiter sollen zwei Lehrer und zwei Lehrerinnen angestellt werden, was eine jährliche Ausgabe von circa 10 000 M. verursacht. In der anschließenden Diskussion brachten es die Gemeindevorsteher Stadtrat a. D. Wiele und Raupert fertig, im Hinblick auf die schlechten Finanzen der Gemeinde vorzuschlagen, eine Lehrkraft weniger anzustellen. Man müsse, meinte er, in Schulfragen — natürlich nur bei den Gemeindeglieder — genau sein. Man dürfe sich ja auf die Schulbehörde verlassen; sie würde wohl der Gemeinde keine Schwierigkeiten machen. Trotz seiner „pädagogischen Bedenken“ stimmte der Referent Dietrich diesem unglücklichen Antrag zu, aber, wie er sonderbarerweise erklärte, „nur als Gemeindevorsteher“! — Die Gemeindevertretung stellte sich jedoch auf den Standpunkt der Kommission und beschloß die Anstellung von vier Lehrkräften. Bei den höheren Lehranstalten entbede derselbe Referent seine wirkliche pädagogische Befähigung. Hier verlangte er bereits bei 30 bezüglichen 40 Schülern eine Teilung der Klaffen; bei einer solchen Schülerzahl könne von einem gründlichen Unterricht keine Rede sein. Ohne die geringste Opposition wurde allen Forderungen von insgesamt circa 20 000 M. zugestimmt. Gelegentlich der zweiten Lesung für den Erweiterungsbau des Rathauses brachte Schöpfer Lengner Bedenken zum Ausdruck wegen des ungenügenden Eintrudes des zunächst beschlossenen Teilbaues und wünschte die Ausführung des Gesamtprojekts; es wurde jedoch an dem bisherigen Beschluß festgehalten und die weiteren Anregungen Lengners den Kommissionen überwiesen. Die abgeänderte Vorlage betr. die Gemeindeglieder-Umschreibung wurde genehmigt, ebenso wurde die neue Geschäftsordnung der Gemeindevertretung en bloc angenommen. Am Schlusse der Sitzung gab der stellvertretende Gemeindevorsteher bekannt, daß aus der Arbeiterkassette ein Antrag eingegangen sei auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde. Der Gemeindevorstand werde sich mit den zuständigen Kommissionen in Verbindung setzen und eventuell der Gemeindevertretung geeignete Vorschläge unterbreiten.

Ober-Schöneweide.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. Nach einem inhaltreichen Referat des Genossen Georg Schmidt-Karlshorst überließ besprach unter Gemeindevorsteher Genosse Ruth die Behandlung unseres Antrages auf Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung in der Gemeindevertretung. Die hiesigen Vertreter seien zwar zum größten Teil im Prinzip für die Unterstützung, jedoch glaubten sie, die Gemeinde könne die Kosten nicht tragen. Man habe jedoch eine Summe von 3000 M. zur Verfügung gestellt, um würdigen und unverschuldet arbeitslos gewordenen Einwohnern einstreie Darlehen zu gewähren. Der Antrag unserer Vertreter auf Einführung einer Arbeitslosenunterstützung sei

gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt worden. Ein Antrag, einen Arbeitsnachweis für den Kreis Niederbarnim zu schaffen, sei angenommen worden. Ob der Arbeitstag demselben ebenfalls zustimmen werde, sei bei der Zusammenlegung dieser Körperkassett unwahrscheinlich. Wesentlich sei schon, daß die Angelegenheit überhaupt besprochen wurde. In der Diskussion erläuterte Genosse Wode die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande, er zeigte, wie auch dort durch Einführung der Maschinen die Arbeitskassett überflüssig werden. Mit einem anfeuernden Schlußwort des Genossen Schwarzburger hatte die Versammlung ihr Ende.

Eine besonders reichhaltige Ausstellung von Bäckern, Wand- schmid und Spielwaren findet vom 1. bis 6. Dezember in den Partterräumen des Hauses Edisonstr. 52 (frühere Werlerische Konditorei) statt; sie ist geöffnet von nachmittags 4 1/2 bis 9 Uhr. Der Besuch der Ausstellung ist unentgeltlich. Der Bildungsausschuß bittet die Arbeiterkassett, die Ausstellung wie im Vorjahre, so auch in diesem Jahre durch recht regen Besuch unterstützen zu wollen. Die öffentliche Versammlung am Dienstag, den 2. Dezember, findet nicht statt.

Johannisthal.

Die Jugendschriftenausstellung des Bildungsausschusses findet vom 30. November bis 2. Dezember im Lokal von Otto Senftleben, Friedrichstraße 48 (Keiner Saal) statt. Dieselbe ist geöffnet am Sonntag, den 30. November, nachmittags 4—9 Uhr; Montag, den 1. Dezember, nachmittags 7—10 Uhr; Dienstag, den 2. Dezember, nachmittags 7—10 Uhr. In diesem Jahre sind zugleich künstlerischer Wandschmid und Kinderbeschäftigungsspiele ausgestellt. Der Eintritt ist frei. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin verdamme, diese Ausstellung zu besuchen.

Hohen-Schönhausen.

Todesfall von der Treppe. Als vorgestern abend noch 10 Uhr der 53jährige Gärtnermeister Meut seine Wohnung aufsuchte, trat er im Dunkel auf der Treppe fehl und stürzte einige Stufen hinab. Bei dem Falle schlug er so heftig mit dem Kopfe auf eine Stufenkante auf, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Erst nach einiger Zeit wurde der Verunglückte von Hausbewohnern aufgefunden und nach dem Krankenhaus in Weihensee geschafft. Hier ist er gestern früh seinen Verletzungen erlegen.

Pankow.

Ueber Streikjustiz referierte in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dr. Siegfried Weinberg. Die Verammelten folgten den Ausführungen des Redners, der die aufreizenden Urteile wegen angeblicher Streikvergehen einer vernünftigen Kritik unterzog und andererseits die ganz andere Beurteilung von schweren Vergehen der Streikbrecher zum Vergleich heranzog, mit größter Aufmerksamkeit. An der dem Vortrag folgenden Diskussion beteiligte sich Genosse Wehle. Den Bericht von der Verbandssammlung Groß-Berlin erstattete die Genossin Köntow. Auf Antrag der Funktionärkonferenz wurde die Genossin Hingmann in die Kinderkassettkommission gewählt. Die Geschäfte der Lokalkommission am Orte werden den Genossen Junge und Schäfers übertragen. Die Mitgliederversammlung im Dezember soll ausfallen. Ein Antrag der Gruppe 1, eine Besichtigung des Krematoriums in Trepptow- Baumschulenweg vorzunehmen, wurde dem Bildungsausschuß überwiesen.

Nowawes.

Die Wahlen der Vertreter zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse am 22. und 24. d. M. hatten folgendes Ergebnis: Arbeitnehmerswahl: Insgesamt wurden abgegeben 1094 Stimmen, von denen 23 ungültig waren. Von den verbleibenden 1071 Stimmen entfielen auf die vom Gewerkschaftsliste aufgestellte Liste I 1422, auf die Liste II (Kirch-Dumreicher Gewerkschaft) 249 Stimmen. Es sind demnach gewählt: von Liste I 26 Vertreter (L.Nr. 1-26) und 52 Erlagmänner (L.Nr. 27-78), von Liste II 4 Vertreter (L.Nr. 1-4) und 8 Erlagmänner (L.Nr. 5-12). — Arbeitgeberswahl: Abgegeben 109 Stimmen, davon ungültig 1 Stimme. Von den verbleibenden 108 Stimmen entfielen auf die vom Gewerkschaftsliste aufgestellte Liste I 30, auf die Liste II des Vereins für Handel und Gewerbe 159 Stimmen. Es sind demnach gewählt von Liste I 2 Vertreter (L.Nr. 1-2) und 4 Erlagmänner (L.Nr. 3-6), von Liste II 13 Vertreter (L.Nr. 1-13) und 26 Erlagmänner (L.Nr. 14-39).

Spiel und Sport.

Radsfahrer.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Touren zum Sonntag, den 30. November. Ortsgruppe Berlin. Sämtliche Abteilungen 12 Uhr: Potsdam (Friedensgarten am Bahnhof Charlottenhof). Starts an den bekannten Stellen.

Neukölln. 5 Uhr: Nichtberedort bei Reich, Knefelerstr. 48/49. Charlottenburg. 2 Uhr: Tour wird am Start bekannt gegeben. Biersdorf. 1. Abt. 12 1/2 Uhr: Hagenfelde. Start: Bismarckstr. 82. Lichtenberg. 12 1/2 Uhr: Bernsdorf (Schwedler), Ober-Spreewald. Start: Wackerstr. 74.

Ober-Schöneweide. Sonntag, 1 Uhr: Rahnendorfer Röhle. Start: Reil, Schäfer, Siemensstr. 25.

Reinickendorf. 2 Uhr: Waldmannslust (Schweizerhündchen). Start bei Röhle.

Tegel. 3 Uhr: Familienlauf mit Musik nach Waldmannslust. Weihensee. Abends 8 Uhr: Buschabend in der Gemeinde-Turnhalle, Viktoriast. 23.

Arbeiter-Radsfahrerbund Groß-Berlin. Sonntag, den 30. November, nachmittags 2 Uhr, nach Steglitz, Birkenwäldchen. Anschlußort: Viktoriapark.

Turner.

Arbeiter-Turnerbund, 4. Bezirk. Sonntag, den 30. November, nachmittags 9 Uhr: Postturnturnen in Groß-Lichterfelde bei Richter, Chausseestraße (an der Kirche).

Ein Schauturnen der III. Frauen-Abt. der Freien Turnerschaft Neukölln, Brück findet am Sonntag, den 30. November er, im Lokal Partsch, Hermannstr. 49, statt. Anfang 5 Uhr nachm. Hierzu sind besonders Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse eingeladen.

Fußball.

Schmargendorf. Die Fußballmannschaft des Turn- und Sportvereins Schmargendorf spielt am Sonntag gegen „Vorwärts Zehlendorf“ in Schmargendorf um 2 1/2 Uhr.

Ober-Schöneweide. Röhle Sonntag, den 30. November, eröffnet der Sportklub „Union“ (Jung-Deutschland-Bund) mit großem Pomp und Trompetenfanfare seinen neuen Sportplatz mit einem Spiel gegen Brandenburger-Rotfas. Deshalb hat sich der Sportklub „Obersee“ (Abt. des Turnvereins „Obersee“) genötigt gesehen, ein artiges Propaganda-Billet zu veranlassen. Zu dem Spiel hat sich der Fußballklub Reinickendorf, I. Klasse der Märkischen Spielvereinigung, zur Verfügung gestellt. Das Spiel beginnt nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem Spielplatz des Turnvereins, Röhle, hinter der Villa Weihensee.

Märkische Spielvereinigung. Bei Groß-Berlin. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: Neubellows-Vorwärts in Weihensee; Rembahrstr. 40; Kummelsburg-Weihensee in Lichtenberg; Dänow; Klemm-Charlottenburg in Friedrichshagen, Gemeindeparkplatz. Beginn 2 1/2 Uhr.

Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wandererbund „Die Naturfreunde“. Am Sonntag, den 30. November, werden folgende Touren unternommen: Ortsgruppe Berlin. I. Ludwigsfelde-Saarnund-Röhendorf, Abfahrt Anhalter Bf. 6 Uhr vormittags.

II. Birkenwerder-See. Abfahrt Eiteliner Borsdorf. 6.45 Uhr vorm.

III. Rintendrug — Brielung — Krämer — Schwant. Abfahrt Leichter Borsdorf. 6.35 Uhr vorm.

IV. Pankow-Schloßpark-Buch. Treffpunkt Pankow (Kirche) 2 Uhr nachmittags.

Ortsgruppe Neukölln. 30. November: Ludenwalde-Röster Zinna-Bierdorf-Ludenwalde. Abfahrt Bf. Neukölln 5.35 Uhr morgens.

Arbeiter-Wandererbund Berlin. Sonntag, den 30. November: Wanderfahrt nach Wannsee-Stolper See-Griebnitzsee-Glien-Blumensee-Rikofsee-Wannsee. Weglänge ca. 19 Kilometer. Abfahrt 7.30 Wannsee-Bahnhof. Gänge willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin Sonntag, den 30. November: Wanderungen. I. Königs-Lustgarten-

Wahl-Ordnung. Wähler nach Königs-Buchhändler Götlicher Str. 630
Schlesischer Str. 554. — II. Rüterbog-Kloster-Bücherei-Ludowalder. Ab-
fahrt nach Rüterbog Rüterbog Str. 538. Gasse stets willkommen.

Köpenick. Montag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im
Kaiserhof, oberer Saal, eine Versammlung aller Arbeiter-Sport-
vereine statt zwecks Gründung eines Arbeiter-Sportvereins. Die
Vereine werden ersucht, sich vollständig an dieser Versammlung zu beteiligen.
J. R. M. John.

Arbeiter-Zamariterbund, Kreis Brandenburg.
Berlin: Nächste Monatsversammlung am Freitag, den 28. November,
abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Haberlandt, Neue Friedrichstr. 35.
Taschen, die noch nicht nummeriert sind mitzubringen.
7. Abt.: Sonntag, den 30. November: Besuch des Pathologischen
Instituts, Alexanderufer. Treffpunkt vorm. 11 Uhr dortselbst.

Lehrabend haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr):
Berlin, 4. Abt. Donnerstag, 4. Dez., Lichtenberg, Schanzen-
straße 60, bei Pödenhagen.
Berlin, 6. Abt. Montag, 1. Dez., Neue Friedrichstr. 35, bei Haber-
landt.

Berlin, 7. Abt. Freitag, den 28. Nov., Charlottenburg, Bismarck,
Ede Gesehmer Straße, bei Bernide.
Köpenick, Dienstag, 2. Dez., Schönepfänder Str. 5, bei Skoppeloh,
Friedrichshagen, Donnerstag, 4. Dez., Friedrichstr. 60, 2. Hof,
parkiert.

Kariendorf, Mittwoch, 3. Dez., Chausseestr. 27 bei Benckel.
Kowames, Montag, 1. Dez., Wilhelm-, Ede Friedrichstraße, bei
Schmidt.
Kowames (Abt. Potsdam), Mittwoch, 3. Dez., Kaiser-Wilhelm-
Straße, bei Glaser.
Ober-Schöne-weide, Montag, 1. Dez., Siemenstraße 12, bei
Schulz.

Spandau, Mittwoch, 3. Dez., Fischerdorfer Straße 5, bei Damm-
berg.
Berlin: Sonntag, 30. Nov., vorm. 9-11 Uhr: Sonderkurse
bei Haberlandt, Neue Friedrichstr. 35.

Marktpreise von Berlin am 26. November 1913, nach Ermittlung an
des fgl. Volksgüterpräsidiums. Weis (mitgel), gute Sorte 16,50-16,90, mittlere
00,00-00,00, geringe 00,00-00,00. Weis (runder), gute Sorte 14,70-15,00,
Mittelsorte 5,10. Fein 6,00-7,50.
Marktpreisliste. 100 Kilogr. Getreide, gelbe, zum Kochen
34,00-35,00. Spelshobnen, weiße 35,00-40,00. Linen 36,00-70,00.
Kartoffeln (Kleinbl.) 4,00-7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule
1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,50. Schweinefleisch 1,40-3,00.
Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 2,40-3,00.
60 Stück Eier 4,40-7,20. 1 Kilogramm Karpen 1,00-2,40. Halm
1,60-3,00. Fander 1,20-3,20. Geste 1,20-3,60. Wäsche 1,00-2,00.
Salze 1,60-3,20. Steie 0,80-1,40. 60 Stück Krebse 1,00-2,40.

Todes-Anzeigen
Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 21. d. M. verstarb unser
Genosse, der Arbeiter
Karl Reddies
Gebl. 8.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 28. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Dantes-Kirchhofes in
Köpenick, Dantesstr. 12, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Artur Heydendorf
Kronprinzstr. 4
im Alter von 32 Jahren ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Marzahn
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
13/4 Die Bezirksleitung.

Am Dienstag, den 25. Novem-
ber, abends 8 1/2 Uhr, verschied nach
längerem Leiden unser lieber
Vater, Schwieger- und Großvater,
der langjährige Kassendirektor
August Hubert
im 77. Lebensjahre.
Um stillen Beileid bitten
Die trauernden Kinder.
Die Beerdigung findet Sonntag
3 Uhr von der Leichenhalle des
neuen Gemeindefriedhofes Baum-
schuldenweg, Niehölzstraße aus statt.

Am Dienstag, den 25. Novem-
ber, entfiel plötzlich meine liebe
Frau, unsere liebe Mutter, Frau
Emma Lohse
geb. Hoffmann.
Dies zeigen teilnehmend an
Artur Lohse
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. November 1913,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Stieglitz-Gemein-
defriedhofes, Bergstraße,
aus statt. 238/2

Allen Freunden und Bekannten
zur Nachricht, daß unsere liebe,
gute Tochter und Schwester
Martha
nach kurzem, schwerem Leiden am
Dienstag verschied ist.
Julius Haupt nebst Frau
Willy Haupt 1166
Erna Haupt.
Die Beerdigung findet am Son-
ntag, den 30. November, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Gemein-
defriedhof in Bohnsdorf statt.

Weiche ein
mit
Henkel's
Bleich-Soda.

nicht ein Luftzug auf den
Kehlkopf, schützen Sie sich
daher vor Husten, Niesen,
kehl, Katarrh durch
Wüper-Tabletten
Vorrätig in allen Apotheken
und Drogerien. Preis
der Originalschachtel 14

Das größte Abonnementshaus feinsten
Herren-Moden **J. Stock & Co.** verkauft seine
Monats-Garderobe
direkt an Private.
Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.
vis-à-vis der Karlstraße.

Stoffe
für **Maßanzüge,**
eleg. **Paletots** Meter **M. 5, 7, 9**
Kostüm- und
Ulsterstoffe Meter **M. 3, 4, 5**
Persianer imit.
Plüsch 130 cm br. **M. 7, 9, 10**
Seiden-Seal prima Qual. **M. 15**
Astrachan, Feh- **M. 4, 5, 6, 50**
fütter **M. 4, 5, 6, 50**
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Patrikirchstr.
Enorm billiger
Wäscheverkauf
bis 60% unter Preis
im früheren Lokal von
M. Greifenhagen Nachf.,
Brunnenstr. 17.
Eröffnung **Sonntag, d. 29. Nov.,**
nachmittags 3 Uhr.

Stenograf Prillwitz
Berlin NW 21, Thurnstraße 34.
Allgemeine
Orts-Krankenkasse
Berlin-Weißensee.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis
der Vertreter im Ausschuss,
daß am **Sonntag, den 20. De-
zember cr., abends 8-10 Uhr**, im
Restaurant „Bräutchen“ hierseits,
Lehrerstraße 122, die Wahl von sechs
den Arbeitnehmern angehörigen
Vorstandsmitgliedern nebst 12 Stell-
vertretern und die Wahl von 3 den
Arbeitgebern angehörigen Vorstands-
mitgliedern nebst 6 Stellvertretern
stattfinden wird. Die Wahlen der
Arbeitnehmer und der Arbeitgeber
gehen in getrennter Wahlhandlung
und werden bei den Arbeitnehmern
von den Vertretern der Arbeitgeber
im Ausschuss bei den Arbeitgebern
von den Vertretern der Arbeitgeber
im Ausschuss vorgenommen.

Es sollen wählen die Arbeitnehmer
in der Zeit von 7-9 Uhr und die
Arbeitgeber von 9-10 Uhr abends.
Wir laden zu diesen Wahlen
die Vertreter im Ausschuss ein und
fordern die beiden Gruppen von
Vertretern hiermit auf, jede für sich
und schriftliche Wahlvorschläge ein-
zureichen, indem wir darauf aus-
merksam machen, daß jeder Wahl-
vorschlag nicht mehr als die vorge-
zeichnete Anzahl von Bewerbern
(Arbeitnehmer 12, Arbeitgeber 6)
benennen darf.

Jeder Wahlvorschlag muß von
3 Ausschussmitgliedern (bei den Arbeit-
nehmern von 3 Arbeitnehmers-
vertretern, bei den Arbeitgebern von
3 Arbeitgebervertretern) unterschrieben
sein und es muß in jedem Wahl-
vorschlag außerdem ein Vertreter des
Wahlvorschlages und ein Stellvertreter
für ihn aus der Mitte der Unter-
zeichner ersichtlich gemacht werden.
An den Wahlvorschlägen sind die
einzelnen Bewerber unter fortlaufender
Nummer aufzuführen, welche die
Reihenfolge ihrer Nennung auß-
drückt und nach Zu- und Vornamen,
Beruf und Wohnung zu bezeichnen.
Mit den Vorschlägen der Arbeit-
nehmervertreter ist ferner von jedem
Bewerber eine Erklärung darzulegen,
daß er zur Annahme der Wahl
bereit ist.

Die Wahlvorschläge müssen bis
spätestens **Sonntag, den 13. De-
zember 1913**, beim Kassenvorstand
eingereicht werden, um zugelassen zu
werden. An die zugelassenen Wahl-
vorschläge ist die Stimmabgabe bei
der Wahl gebunden, die Wahl an-
derer Kandidaten ist unzulässig.
Die zugelassenen Wahlvorschläge
können von den Ausschussmitgliedern
in unserem Kassenvorstand, hier,
Pflanzstr. 17, während der Dienst-
stunden von 8-11 Uhr vormittags ein-
gesehen werden.
Jeder Vertreter im Ausschuss er-
hält überdies gleichzeitig mit dieser
Bekanntmachung noch eine schriftliche
Mitteilung über die Vornahme der
Wahlhandlungen.
Berlin-Weißensee, den 27. Nov. 1913.
Der Vorstand,
S. Fuhrmann, Vorsitzender.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Eisen-
industriearbeiter
Karl Reddies
am 21. November im Alter von
36 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 28. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Dantes-Kirchhofes in
Köpenick, Dantesstr. 12, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.

Zentralverb. d. Handlungsgehilfen
Bezirk Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Artur Heydendorf
(Bez. Lichtenberg)
nach längerer Krankheit ver-
storben ist. 295/11
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, nachm. 3 Uhr, von der
Halle des Lichtenberger hdt.
Friedhofes in Marzahn aus statt.
Abfahrt ab Siles. Bahnhof
(Wiesg. Bg.) 2.30 Uhr nachm.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am Mittwoch, den 26. d. M.,
starb unser lieber Kollege und
Mitarbeiter, der Maschinenführer
Ernst Klingbeil.
Sein feies Entreten für die
Interessen seiner Kollegen sichern
ihm ein ehrendes Andenken auch
über das Grab hinaus. 1175
Das Personal der Buchdruckerei
Boß u. Gerles G. m. b. H.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorstandsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schmelzer
August Köthke
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 29. November,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedens-Himmels-
Kirchhofes in Rixdorf, Blanten-
felder Straße 6, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für **Tempelhof.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am Mittwochmittag der
Genosse, Schriftleiter
Ernst Klingbeil
Friedrich-Wilhelm-Straße 27
nach langem, schwerem Leiden an
Krankheitsgrund im 37. Lebens-
jahre verschied ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, 30. November, nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Friedhofes an der Germaniastraße,
Ede Gottlieb-Dankelstr., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
203/17 Der Vorstand.

Lichtenberger Männerchor.
R. d. D. M. S. V.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Sangesbruder
Artur Heydendorf
Kronprinzstr. 4,
nach längerer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 29. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes in Marzahn
aus statt. 60/19
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Brandenb. Maschinensetzerverein
V. d. D. B. Sitz Berlin.
Am 26. November verschied nach
langem, schwerem Leiden unser
braves Mitglied, der Maschinen-
setzer
Ernst Klingbeil
im 36. Lebensjahre an Nadel-
schwund. Der Verstorbene ge-
hörte seit 1902 unserem Verein
an und war lange Jahre Vor-
standsmitglied, bis ihn sein Leiden
zum Rücktritt zwang. Er war
ein gader, offener Charakter und
treuer Anhänger und Förderer
seiner Berufsorganisation. Wir
werden ihm stets ein ehrendes
Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. November,
nachmittags 4 Uhr, auf dem Ge-
meinde-Friedhof in Tempelhof,
Germania-, Ede Gottlieb-Dankel-
Straße.
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht
Der Vorstand.

Am 25. November verschied
unser früherer Kassendirektor
August Hubert
im Alter von 76 Jahren.
Kassierer Pflichten sichern dem-
selben ein dauerndes Andenken.
Der Vorstand u. die Angehörigen
der Innungs-Krankenkasse der
Tischler zu Berlin.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 30. Novbr., nach-
mittags 3 Uhr, von dem neuen
Gemeinde-Friedhof Treptow-
Baumschuldenweg, Niehölzstraße,
aus statt. 299/7

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk Friedrichshagen.
Am Dienstag verstarb nach
langem Leiden unsere langjährige
Genossin
Marie Klaus.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 1/3 Uhr,
von der Leichenhalle des Fried-
hofes an der Treptowallee aus
statt. — Sammelplatz um 2 Uhr
an der Kirche.
Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Bohnsdorf.
Am Dienstag, den 25. No-
vember 1913, verstarb nach kurzem
schwerem Leiden unsere Genossin
Frau **Martha Greulich**
im blühenden Alter von 25 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Son-
ntag, den 30. November, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Gemein-
defriedhof in Bohnsdorf bei Grünau.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
203/8 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bezirk Friedrichshagen.
Am Dienstag verstarb nach
langem Leiden unsere langjährige
Genossin
Marie Klaus.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 1/3 Uhr,
von der Leichenhalle des Fried-
hofes an der Treptowallee aus
statt. — Sammelplatz um 2 Uhr
an der Kirche.
Die Bezirksleitung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
senden bei der Beerdigung unseres
lieben Käthchens sagen wir allen
Beteiligten, Freunden und Be-
kanten, insbesondere der Genossin
Frau Jahnenwald für die trostreichen
Worte unserer besten Dank. 1105
Paul Springer nebst Frau
und Tochter.
Familie Klotzsch.



JUNO
2+
cigarette

Knabenanzüge
Ulster, Paletots, einzelne Westen
am preiswertesten
direkt in der Fabrik
Bertha Pröbstel
50, Hindenburgstr. 50, I. Etage.
Kein Laden.

Nur ein Preis!
frische, fette, junge, 7-15 Pf. schwere
Gänse pro
Stück **72 Pf.**
Nur allerechte Qualität!
Gänseräupfe, 1/2 Gänse, 1/4 Gänse,
Spendenbühnen, Bratfische, Tauben,
empfehlen
F. Wegner, Berlin SO.
Nur Mariannenstr. 34.

Der neue Band
der
Vorwärts-Bibliothek:
Der Morgen graut.
Erzählungen aus dem Proletarierleben
von M. Anderson Herz.
Preis gut gebunden 1 Mark.
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69, Laden
Auch durch alle Vorwärts-
ausgabestellen zu beziehen.

Reichstag.

176. Sitzung. Donnerstag, den 27. November 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Lisco, Köln.

Der Abg. Kölsch-Baden (natl.) hat sein Mandat niedergelegt.

Wanderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Abg. Dr. Cohn (Soz.):

Die Erhöhung dieser Gebühren ist ein alter Wunsch aller Parteien. Freilich haben sich die Parteien die Erfüllung wesentlich anders gedacht, als geschehen ist. Man kann dieses Gesetz nur unrichtigerweise ein Gesetz für Zeugen und Sachverständige nennen, da es in Wahrheit nur für die Sachverständigen eine Verbesserung bringt. Die Begründung spricht von dem steigenden Wert an Zeit und Arbeitskraft, dies und auch die Teuerung der Lebenshaltung trifft aber in gleicher Weise, wie für die Sachverständigen, auch für die Zeugen zu. Der Satz von 10 Pf. bis 1 Mk. Zeitverlustentschädigung pro Stunde an die Zeugen, den die Vorlage beibehalten will, stammt schon aus der Mitte des 19. Jahrhunderts? Nach § 4a kann in Zivilprozessen den Sachverständigen ein vorher vereinbarter Satz gezahlt werden, wenn ein entsprechender Vorbehalt hinterlegt ist. Soll dieser Vorbehalt bei armen Parteien zu den Gerichtskosten gehören, von denen sie befreit sind? In zahlreichen Fällen, wenn zwei arme Parteien miteinander oder eine arme Partei mit einer reichen streitet, ohne daß das Armenrecht bewilligt ist, kann diese Bestimmung zu außerordentlichen Härten führen, weil die arme Partei dann schließlich nicht den von ihr gewünschten wertvollen Sachverständigen bekommen könnte. Schließlich enthält der Entwurf eine starke Ungerechtigkeit gegen die Beamten der Gemeinden und anderer Selbstverwaltungskörper. Sie sollen eine Entschädigung für Tagegelder und Reisekosten nur dann erhalten, wenn eine allgemeine Anordnung der höchsten Verwaltungsbehörde Bestimmungen über die Höhe der Tagegelder und Reisekosten getroffen hat. Das ist eigentlich ein Eingriff in die Selbstverwaltung; ob die Verwaltungsbehörde eine solche Anordnung erläßt, kann man nicht wissen und noch viel weniger, ob hier nicht wieder eine Schlechterstellung der Gemeindebeamten stattfindet. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Werr (Z.):

Meine Freunde begrüßen die Vorlage, die uns geeignet erscheint, die bisherigen Unzulänglichkeiten auf diesem Gebiete zu beseitigen. Der Kommissionsberatung stimmen wir zu. Doch bedarf die vorgesehene Mindestentschädigung für Zeugen von 10 Pf. pro Stunde der Erhöhung. (Sehr richtig.)

Abg. List (natl.):

Auch wir begrüßen die Vorlage als eine Verbesserung. Die Zeugengebühren sollten erhöht werden, doch werden wir davon den Entwurf nicht scheitern lassen. Jedenfalls aber darf diese Erhöhung nur aufgehoben, nicht aufgehoben sein. Wichtiger ist jedenfalls die Erhöhung der Sachverständigengebühren. Bedenklich erscheint es uns, die Vereinbarung über diese Gebühren nur den Parteien ganz ohne Mitwirkung des Gerichts zu überlassen, wie das § 4a vorsieht. Den Satz von 2 Mk. pro Stunde, der eintreten soll, wenn keine Vereinbarung vorliegt, halten wir für zu niedrig. Wünschenswert wäre auch, daß die Gerichte mehr Rücksicht auf die Zeit der Zeugen nehmen. (Zustimmung.)

Abg. Dr. Haas (Sp.):

In Bezug auf § 4a schließe ich mich dem Vorredner an. Die Zeugen sollten voll für den Zeitverlust entschädigt werden, wobei die Grenze in das Ermessen des Richters zu stellen wäre. Eine Unsitte fast aller Gerichte in Deutschland ist es, mehrere Fälle auf dieselbe Zeit zu legen und 20-30 Zeugen daher zur selben Zeit zu laden, so daß die meisten Stundenlang zu warten haben. Gestern sah ich eine Vorladung eines Berliner Gerichts, die von dem Geladenen verlangt, sich vom 10. November an 4 Wochen lang zur Verfügung des Gerichts zu halten. Also vier Wochen Stubenarrest, weil man zufällig etwas von einer Baumerei weiß. (Heiterkeit.) Diese Praxis zu ändern, ist noch wichtiger wie die allerdings auch notwendige Reform.

Abg. Dr. Giese (L.):

schließt sich im wesentlichen den Vorrednern an; bei der Höhe der Zeugengebühren müsse man doch auch bedenken, daß das Geld heute einen weit geringeren Wert hat als im Jahre 1878, aus dem die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige stammt.

Abg. Werner-Dersfeld (Ant.):

Klagt ebenfalls über die Rückständigigkeit, mit der die Gerichte mit der Zeit der Zeugen verfahren und wünscht, daß die Kommission die Zeugengebühren erhöhe.

Abg. Warmuth (wild):

findet, daß die Gebühren für Sachverständige in dem Entwurf in zufriedenstellender Weise geregelt sind; dagegen sollten die Zeugen besser entschädigt werden.

Der Entwurf wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Der Entwurf betreffend die Beschäftigung von Hilfsrichtern beim Reichsgericht wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen.

Errichtung eines Kolonialgerichtshofes in Berlin.

Der Entwurf stellt einen aus mindestens zehn Mitgliedern bestehenden Gerichtshof vor, der in der Besetzung von fünf Richtern entscheidet. Nur Richter können Mitglieder sein, eventuell auch im Nebenamt. Sie werden auf Lebenszeit oder für die Dauer des Hauptamtes ernannt. Es gelten die gleichen Disziplinarvorschriften wie für die Reichsgerichtsräte. Außer der Staatsanwaltschaft soll gegebenenfalls ein Vertreter des Reiches intervenieren. Alle deutschen Rechtsanwälte sind zugelassen, von den Kolonien nur die zum Richteramt Befähigten. Der Gerichtshof ist zuständig für die Revision gegen Schlichtungsgerichtsurteile.

Abg. Stolten (Soz.):

Die gegenwärtige Vorlage entspricht in manchen Punkten den bei der früheren Vorlage geäußerten Wünschen des Reichstages, aber die Ausschließung von der Kommissarischerbarkeit von der Kompetenz des Kolonialgerichtshofes ist keine Verbesserung gegenüber der früheren Vorlage, wir wünschen, daß dem neuen Kolonialgerichtshof die gesamten Rechtsbeziehungen, die bei den Kolonien in Frage kommen, unterstellt werden. Diese Frage kann im Plenum nicht gut erörtert werden und schon deshalb wünschen wir die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Auch andere Fragen bedürfen noch einer Erörterung in der Kommission, darunter vor allem die Frage, wo der neue Kolonialgerichtshof seinen Sitz haben soll. Bei der früheren Vorlage hatte die Mehrheit der Kommission sich zunächst für Hamburg entschieden, und erst als die Regierung dies für unannehmbar erklärte, wurde Berlin gewählt. Die sachlichen Gründe sprechen also für Hamburg. Wenn ich als Hamburger dafür plädiere, so tue ich es nicht aus lokalpatriotischen oder partikularistischen Gründen. Wir Sozialdemokraten gelten bei Ihnen ja überhaupt nicht als Patrioten. Aber in bezug auf wirklichen Patriotismus sind wir

besser als unser Ruf. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und gerade deshalb wollen wir uns nicht des Lokalpatriotismus schuldig machen, der zur jämmerlichsten Kirchstumpenpolitik führen muß. Wir sind auch nicht Partikularisten, wie viele der Herren rechts, die überall die preussische Eigenart haben wollen. Wir sind aber Gegner einer übertriebenen Zentralisation und wünschen nicht, daß alles unter den Einfluß der spezialisierten Berliner Luft kommt. Gegen eine so übertriebene Zentralisation wie in Frankreich, wo Paris alles, die Provinz nichts ist, sind wir einigermassen geküßt durch die überkommene Vielstaaterei. Ein einheitliches Staatswesen wäre uns lieber, aber nur, wenn es sich auf freierlicher Grundlage aufbauen würde, eine Einheitlichkeit auf dem Boden preussischer Rückständigkeit hielten wir für eine große Gefahr, der gegenüber ist die Vielgestaltigkeit unseres Staatswesens immer noch ein Vorteil, denn da gibt es doch noch die eine freiheitliche Entwicklung, die auf das reaktionäre Preußen eine Einwirkung ausüben kann. Dem speziell preussischen Geist treten wir mit größtem Mißtrauen entgegen. Aber dies Mißtrauen ist nicht der einzige Grund, weshalb wir den Kolonialgerichtshof nicht in Berlin wünschen. Hamburg ist die erste deutsche Handelsstadt, die weitreichende koloniale Beziehungen hat, es hat Gerichte, die sich mit Fragen des überseeischen Rechts und des überseeischen Handelsverkehrs sehr oft zu befassen haben und deshalb gehört an diesen Platz das oberste Gericht, das für koloniale und überseeische Streitigkeiten geschaffen werden soll. Unsere Richter leben dort unter dem Einfluß von Weltanschauungen, die etwas weiter reichen, als der Horizont manches hinnenländischen Richters. Vor allem verlangen wir auch, was in der Vorlage noch nicht enthalten ist, daß das Laienelement zu diesem Gericht mit herangezogen wird; ein geeignetes Laienelement würde sich aber gerade in Hamburg finden. In Berlin würde der Gerichtshof zwar nicht unmittelbar von der Regierung beeinflusst werden, aber doch unter den Einfluß des ganzen von ihr ausgehenden Milieus geraten. Um die Unabhängigkeit und Sachlichkeit des Gerichts zu wahren, wünschen wir, daß es seinen Sitz in Hamburg bekommt, und bitten auch Sie, dafür einzutreten. In erster Linie aber wünschen wir, daß Sie für die Kommissionsberatung stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Belzer (Z.):

Das beste wäre, koloniale Streitigkeiten einem besonderen Senat des Reichsgerichts zu überweisen. Ohne zwingenden Grund sollte kein neues Ausnahmegericht eingeführt werden. Die im Entwurf vorgesehene Institution eines „procureur du roi“, eines Vertreters des Reiches lehnen wir als überflüssig, ja unter Umständen gefährlich, von vornherein ab. Im übrigen sind wir bereit, die Einzelheiten des Entwurfs, insbesondere auch die Frage des Sitzes des neuen Gerichtshofes, in der Kommission zu prüfen.

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Wir stimmen den Grundlagen des Entwurfs zu. Auch dem in § 9 vorgesehene Vertreter des Reiches stehen wir sympathisch gegenüber. Der Gedanke, diesen Gerichtshof dem Reichsgericht anzugliedern, erscheint mir erwägenswert. Jedenfalls würden dann widersprechende Urteile über dieselbe Materie vermieden. Allerdings ist das Reichsgericht überlastet. Darüber möchte uns in der Kommission genaue Auskunft gegeben werden. Was den Ort anlangt, so würden wir lieber für Hamburg als für Berlin stimmen. Wir beantragen eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Dr. Giese (L.):

Auch uns wäre es am sympathischsten, wenn die Kolonialsachen dem Reichsgericht überwiehen würden. Bleibt es bei dem besonderen Kolonialgerichtshof, so sind meine Freunde in der Frage, ob Berlin oder Hamburg dafür der geeignetste Ort ist, verchiedener Ansicht. Wir hoffen, daß die Vorlage im Interesse der Kolonien so rasch wie möglich verabschiedet wird.

Abg. Dove (Sp.):

Wiel wichtiger als die Frage des Sitzes des Gerichtshofes ist, daß der Wunsch des Reichstages erfüllt würde und der Gerichtshof nur aus Richtern bestehen soll; der eine Verwaltungsbeamte als Vertreter des Reichsanwaltes ist auch überflüssig. Ich bin für Berlin — ein anderer aus einer Vorstadt von Hamburg stammender Fortschrittler (Lebhafter Heiterkeit; gemeint ist Abg. Waldstein) wird dann mit dem ganzen Fanatismus des Hamburger für Hamburg kämpfen und Kollege Jund mit Leipziger Löwenmut für Leipzig. (Heiterkeit.) Die Unabhängigkeit der Richter hängt von anderen Umständen ab als vom Sitz des Gerichts. Wenn das Reichsgericht nach Leipzig kam, so deshalb, weil das feinerzeitige Obertribunal durch die Hilfsrichter in läßeln kam. Aber es ist fraglich, ob alle, die damals für Leipzig waren, auch heute noch für Leipzig sein würden. Die Lokalfrage ist also eine untergeordnete. (Zustimmung.)

Abg. Warmuth (wild-L):

ist für Berlin, wo alle kolonialen Institutionen seien.

Abg. Dr. Jund (natl.):

tritt für die Angliederung des Kolonialgerichtshofes an das Reichsgericht ein.

Abg. Dr. Waldstein (Sp.):

Das Reichsgericht ist so überlastet, immer klagen wir hier darüber, und nun sollten wir ihn noch mehr aufzulassen? Die Aufgaben sind auch ganz verschieden, denn das Reichsgericht prüft Straf- oder Zivilkammerurteile, während der Kolonialgerichtshof die Urteile eines Richters und von vier Laienmitgliedern auch tatsächlich nachprüfen haben soll. Es handelt sich also nicht um eine eigentliche Revisionsinstanz wie beim Reichsgericht. — Die sonst niemals einigen Kolonien verlangen einmütig den Kolonialgerichtshof nach Hamburg.

Kolonialstaatssekretär Dr. Solz:

Der Entwurf ist aus fleißiger gemeinsamer Arbeit des vorigen Reichstages mit den Verbündeten Regierungen hervorgegangen. Leider scheint es jetzt, als ob unsere Landleute in den Kolonien doch noch länger auf die Privilegien warten müßten, die wir hier schon lange genießen. Es ist ein nobilis officium, den Kolonien das oberste Gericht schnell zu geben. (Beifall.)

Die Vorlage geht an eine 21er-Kommission.

Es folgt die Verhandlung der

Gewerbenovelle betreffend die Wanderlager.

Ministerialdirektor Dr. Caspar:

Der Entwurf will von dem Gewerbebetrieb im Umherziehen gewisse Dinge, wie Aobbernstein, Flandbeine, Gegenstände zur Verhütung der Empfängnis oder zur Verleitung der Schwangerschaft, ausschließen und will ferner die Errichtung von Wanderlagern von der Erlaubnis der zuständigen Behörde abhängig machen. Es ist dringend wünschenswert, daß er baldigt verabschiedet wird.

Abg. Breh (Soz.):

Ohne zwingenden Grund sollte man neuen Einschränkungen des schon heute schwer bedrängten Hausierhandels nicht zustimmen. Der Hausierhandel wird als Landplage hingestellt. Davon kann keine Rede sein. Die Moral der Hausierer ist unter Umständen gefährlicher als die Moral, wie sie in gewissen großhändlerischen Kreisen anzutreffen ist. Es handelt sich hier um eine Einschränkung der Gewerbefreiheit, durch die man die Käufer vor Ueberborteilung schützen will. Das werden diese aber durch besorgen, und diejenigen, die nicht alle werden, kann man durch keine Gesetzesparagrafen schützen; Belehrung ist hier wichtiger als der Schutz durch die Gendarmen. Indem der Entwurf den Hausierhandel mit

Mitteln zur Verhütung der Empfängnis verbieten will, wandert er Wege zu einem Ziel, das mit dem Kurpfuschergesetz nicht erreicht werden konnte. Der Entwurf will in die Regulierung des Geburtenrückgangs eingreifen, er tut das aber in so ungefähiger Weise, daß man an das Wirken eines gewissen Tieres im Porzellanladen erinnert wird. Die besitzenden Kreise sind längst zum Zweifeln überhört, gelangt, manche reiche Frau wendet Mittel zur Verhütung der Empfängnis an, um sich ihre gute Figur nicht zu verderben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Furcht vor einer Entvölkerung entspringt der mißlungene Versuch eines Kurpfuschergesetzes, und nun will die Regierung der Entvölkerung durch diesen Entwurf entgegenzutreten. Aber der auch von uns nicht gewünschte Geburtenrückgang wird weit wirksamer durch soziale Maßnahmen, durch eine gesunde Wohnungspolitik bekämpft. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei dem ganz mechanischen Verbot des Vertriebes jener Mittel läßt man ihre hygienische Bedeutung völlig außer acht. Wir sind bereit, mitzutreten und mitzutaten, um in einer Kommission, die wie in einer Stärke von 14 Mitgliedern beantragen, das, was an dem Entwurf nützlich ist, in Gesetzesform zu bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jrl (Z.):

Der Entwurf entspricht unseren Erwartungen durch aus nicht. Das Kleingewerbe möchte weit mehr gegen den Hausierhandel geschützt werden. Notwendig wären noch schärfere Maßnahmen gegen die Verwendung von Kindern beim Hausierhandel. Vielfach genießen solche Kinder keinen geordneten Schulunterricht, da sie alle paar Wochen die Schule wechseln. In Bayern werden die Hausierer und insbesondere die Hausiererinnen in der Tat vielfach als Landplage empfunden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Auch der Vertrieb von Schundliteratur durch Hausierer möchte verboten werden. Sehr zu begrüßen ist das Verbot des Vertriebs von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis. Ungenügend erscheinen uns auch die Bestimmungen des Entwurfs über Wanderlager. Das richtigste wäre, diese überhaupt zu verbieten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir werden uns bemühen, in der Kommission Bestimmungen in den Entwurf zu bringen, die den wirklichen Bedürfnissen der Praxis entsprechen. Wir beantragen eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Abg. Böttger (natl.):

Wir stimmen der Einsetzung einer Kommission zu, halten aber eine solche von 14 Mitgliedern für genügend. Was hier zur Einschränkung des Hausierhandels vorgeschlagen wird, ist gewiß gerechtfertigt. Darüber hinaus sollte auch der Handel mit Margarine verboten werden können. Auch dem Hausierhandel, der mit Pferd und Wagen von den größeren Städten aus auf dem Land betrieben wird, sollte entgegengetreten werden. — Weiter beschäftigt sich der Entwurf mit der unersreulichen Erscheinung der Wanderlager. Aber die Bestimmungen, mit denen der Entwurf sie bekämpfen will, bedürfen einer klareren und schärferen Fassung.

Abg. v. Payer (Sp.):

Wir treten an diesen Entwurf mit großer Vorsicht heran, und wünschen für die Beratung eine Kommission von 21 Mitgliedern. Wir können die Hausierer nicht einfach für vogelfrei erklären, sehr viele betreiben ihr Gewerbe in durchaus einwandfreier Weise. Man muß bedenken, daß manche Gemeinden und Städte auf das Hausieren angewiesen sind, zum Beispiel infolge Nichtbestehens einer Industrie oder aus der Natur der Artikel heraus, wie bei Gemüse- und Blumenamen. Das Vertrauensverhältnis zwischen den Käufern und gewissen Hausierern läßt sich nicht leugnen.

Abg. Graf Carmer-Biesertow (L):

ist für Einschränkung des Hausierhandels, der das Publikum belästigt und wenn er mit Bernstein betrieben wird, eine Konkurrenz gegen die staatlichen Werke bedeute. Juden sind die Hausierer vielfach gegenüber Ausländern. Die Zustände im deutschen Volk erfordern mindestens das vorgeschlagene Verbot des Hausierhandels der Mittel gegen die Empfängnis. Es ist unerlässlich zur Einschränkung des Geburtenrückgangs, der durch den Realitätsfanatismus und andere Agitationen gefördert wird. In öffentlichen Versammlungen treten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen dafür ein und das empfindene Verhalten wird sogar in Lichtbildern vorgeführt. (Heiterkeit.) Das ist ein schlimmer Schaden für Wehrkraft und Moral. (Zustimmung rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten: Und Ihre Kreise?) Die Wanderlager sollten ganz verboten werden. An meine Arbeiter sind auf solche Weise nicht weniger als fünf Grammophone verkauft worden. Dedes Konkurrenz am Sonntag zu hören, ist wirklich eine Qual. (Heiterkeit.) Dem realen Kleinhandel machen diese Warenlager unlautere Konkurrenz.

Abg. Dr. Hegenheidt (Sp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag 1 Uhr (vorher kurze Anfragen und Wahlprüfungen). Schluß 6 1/2 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (B. a. G.) zu Hamburg. Filiale Baumkühlenweg. Sonnabend, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal von Bohe, Baumkühlenstr. 67. Vortrag über die Reichsversicherungsbahn.

Witterungsübericht vom 27. November 1913.

Table with 10 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d., Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d.

Wetterprognose für Freitag, den 28. November 1913.

Zunächst etwas kühler, zeitweise heiter bei ziemlich frischen westlichen Winden; später wieder zunehmende Ermüdung, Trübung und leichter Regen. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Wasserstand, am 26.11., seit 25.11., Wasserstand, am 26.11., seit 25.11.

) + bedeutet Hoch, - Fall, - Unterpegel.

